Informations-Dienst

zur Verbreitung unterbliebener Nachrichten

ERSCHEINT WÖCHENTLICH NR. 305 26. OKTOBER 1979 2.50 DM incl. 6,5 % Mwst. D 1870 CX

ID-LESER BAUT WASSERSTOFFBOMBE

Oh Gott, wär ich doch bloß bei H-Milch geblieben!!

GENAUE ANLEITUNG ZUM BASTELN SEITE 12 bis 20

NERV GETROFFEN

Ihr Lieben!

Am 5.10. ließen unbekannte Täter in der Westberliner Feldherrenhalle (U-Bhf. Wittenbergplatz) ein Transparent fliegen und uns anschließend den beiliegenden Artikel samt Foto zukommen. Das Original des Fotos läßt euch wiederum morgen unser Bürodiensthabender zukommen. Soweit das.

Noch was zum Satirekrieg: „Ein Foto hat den Nerv getroffen, und das war durchaus beabsichtigt gewesen." „Ein harmloses ID-Magazin können wir aus taz und radikal zusammenschreiben" – ein Satz hat bei mir auch den Nerv getroffen, und das ist – egal ob beabsichtigt oder nicht – gut so.

Hasta Oldenburg & Siempre schwarzrote Füße

Wolfgang

Forts.: Ich habe gerade euer Werk Nr. 304 gelesen, so'n Magazin gefällt mir!

Jetzt wird's wieder dienstlich: an ID-Bilderdienst.

Hiermit bestelle ich (für das verehrte Radi-Kollektiv) einen möglichst kompletten Satz der Bilder vom kleinen Gespenst, irre! Etwaige Geldforerungen werden beglichen! Wo können wir in unserer geteilten Stadt die Vorlage für das Foto auf S. 31 kriegen? Wenn bei (unleserlich), vergeßt die Frage.

Wieder privat: Bei der Liegewagen-Firma wollt ich auch mal arbeiten.

Jetzt iss Schluß,

Gruß

Wolfgang

(Für „radikal", Soz. Zeitung für Westberlin)

Der Wind steht günstig, die Mauer ist zu, wenn Gorleben hochgeht, strahlst auch du!



Bürger verschönern ihre Stadt

Alle die Freude an bunten Luftballons haben, sollten wissen, daß Helium (nicht brennbar, kann ohne gesundheitliche Gefahren eingeatmet werden) für ca. 200 Ballons DM 66,- plus DM 200,- Flaschenpfand kostet. Es ist z.B. bei der LINDE AG - techn. Gase - **frei** erhältlich.

Bei der Verschönerung von depremierenden öffentlichen Großräumen mit schwebenden Kunstwerken ist Einiges zu beachten:

1. Damit sie sich in ganzer Pracht entfalten können, müssen sie an der Oberkante starr sein. Tapetenleisten sind nicht sehr schwer, Balsaholz ist noch leichter.
2. Kunstbanausen und Miesepeter werden unter Berufung auf Recht&Ordnung&Co versuchen, die Schmuckstücke zu entfernen. Am Wittenbergplatz hatten die Herren Glück, unter dem Ausstellungsstück konnten sie und ihre Hilfsmittel (vermutlich Leitern) gut Fuß fassen.

Die Phantasie an die Macht!

Luftikuß

Liebe IDler/innen,

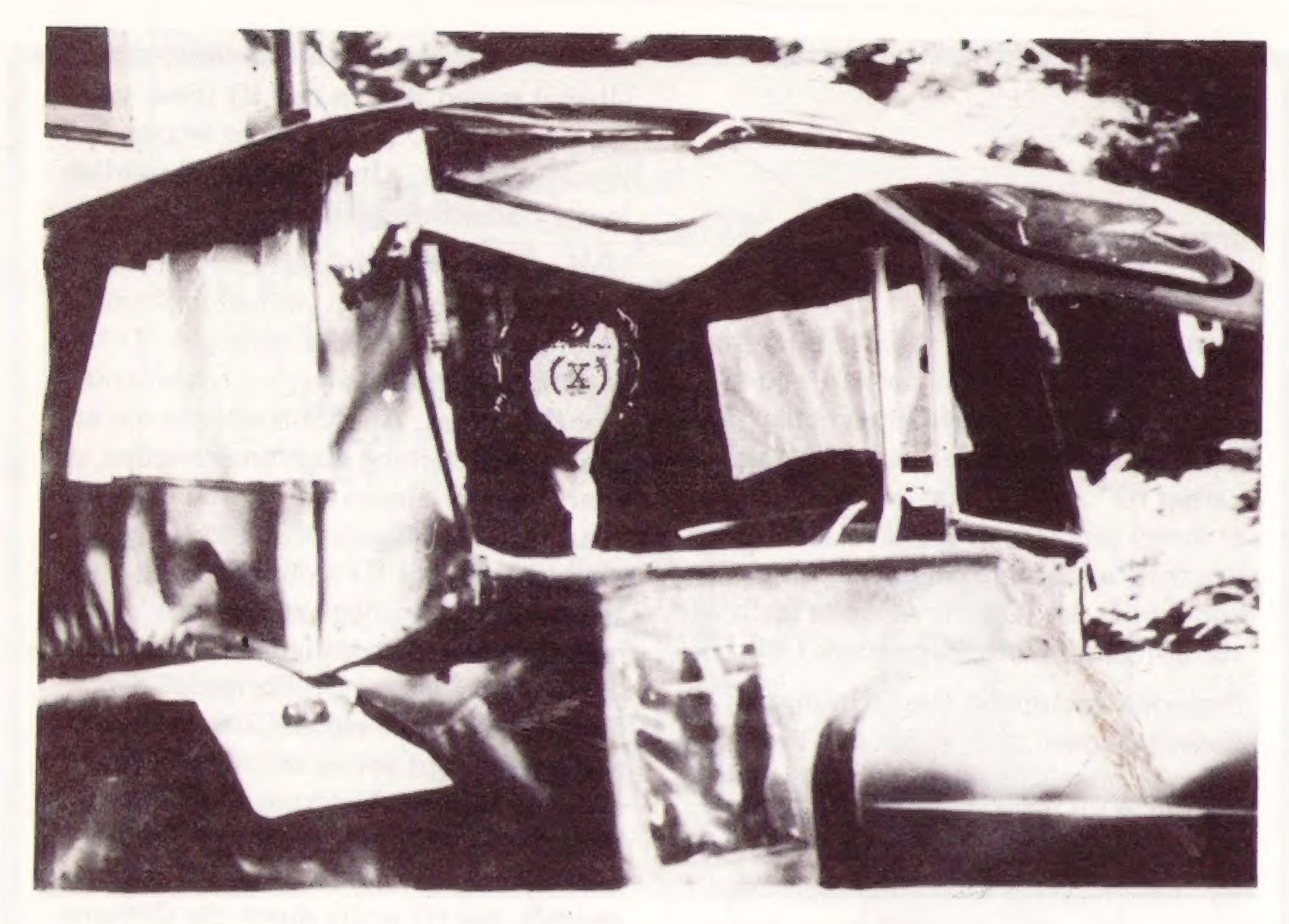
jetzt ist meine Identifizierung total im Eimer. Euer Titelfoto Nr. 303 sprengt wirklich alle Grenzen.

Als betroffener Kämpfer für eine emanzipierte Männerbewegung (was immer das auch ist) muß ich an diesem Foto Anstoß nehmen. Ebenso bin ich auch "Verfechter" einer sauberen Frauenbewegung und frage mich, was sucht der Kerl in den Kleidern? Aber ich vermute nicht nur Sittenwidriges, viel schlimmeres noch! Ist mir mit geschultem Blick das hängende Glied dieses, dieses, dieses, dieses .... nein, ich sag's nicht .... aufgefallen, so vermute ich trotz der latenten pornographischen Einflüsse in Eurer Redaktion . Nur ist noch abzuklären, ob hier Euer rechter oder Euer linker Flügel dahintersteht. Oder wollt Ihr mehr Frauenabos? Ich höre jetzt schon die Frauenbewegung lamentieren (wegen der Pornographie in Frauenkleider) während ich Euch als Vertreter der Männerrechtler einen Verweis aussprechen muß. Warum laßt Ihr das Glied nicht stehen? (Bitte um Beantwortung in der nächsten Ausgabe) Aber ich habe noch einen weiteren Verdacht, die Titelseite wurde von einer linksgerichteten Frauengruppe ausgetauscht, mit dem Ziel, den Männerhaß anzuschüren, da sich z.Z. keine Gründe für denselben finden lassen! Das aber läßt sich alles nur schwer beweisen. Ich will Euch noch mitteilen, wieso ich das Titelbild durchschaut habe. (Ihr werdet dann sagen, ich wär auch dort Mitglied) (bin auch Mitglied).

Unser "BND"-Chef zahlt gerade unserem Freund "Fred Hering" das "letzte" Honorar, weil der nach der ID-Aktion die Hosen gestrichen voll hatte, und sie voll, wie sie war, dem Chef vor die Nase –rümpf– geknallt hatte. (Jetzt wissen wir auch, warum es manchmal in unserer Nähe so stinkt). Mit liebem Gruß, macht weiter so, Ihr dürft auch veröffentlichen.

Grüße Paul

ALLES VERBOTEN!



(X) Der Autor -bzw. die Autorenschaft-,die gerade dabei ist,sich auf und davon zu machen.(Vielleicht,um nicht auf einen bestimmten Stil festgelegt zu werden, oder auf das -in der christlichen Tradition stehende- Prinzip einer gewissen Einheit des Schreibens genagelt zu werden,oder um nicht mit der eigenen Identität konfrontiert zu werden...).
Sie stiehlt sich leise davon und murmelt glücklich vor sich hin:"30 Sekunden länger und ich wäre erledigt gewesen/und es ist wichtig/daß man so einen Augenblick/ rechtzeitig kommen sieht/damit man weiter am Ball bleibt/und weiter herumrätseln kann/an dem hartnäckigen Lebenswillen einer/zertrampelten Blume eines Berges/eines Schiffes einer Frau/an der Geheimschrift von Frost und Stein."

Viele liebe Grüße an die ID-Redaktion und Unterstützung bei der Neukonzeption des Infos -Necrophiliacs Liberation Front.

(Auszug aus Neues Lotes Folum Nr.2,Nov./Dez. 1979)

Liebe IDler,

ich habe gerade die Nummer 303 durchgeblättert – so sieht es also aus, wenn der ID ein Magazin wird. Ich habe sehr unterschiedlich auf die einzelnen Beiträge reagiert, natürlich doch, bei Magazinbeiträgen muß i c h mich entscheiden, ob mir ein Gedicht oder ein Bild gefällt, bei den Nachrichten sind manchmal gerade die, die mir nicht "gefallen", die wichtigsten.

Ich will aus dieser Nummer zwei Beiträge herausgreifen:

Die Texte von Anneliese Hoff. Mir fehlt das richtige Wort dafür, was ich beim Lesen empfinde, weiß nur, daß sie stimmen, auf eine sehr einfache und gerade Art. Und die Frage: Warum ist diese Frau in der Irrenanstalt gewesen? – Natürlich weiß ich die Antwort, wozu studiere ich denn Medizin, wenn ich nicht auch das in einem Lehrbuch stehen hätte:

"Querulanten sind rechthaberische, halsstarrige, fanatische, unbelehrbare, zugleich verwundbare und auf geringfügiges oder auch nur vermeindliches Unrecht empfindlich reagierende Naturen, die stets zum Kampf gestimmt und für den Kampf gut ausgerüstet sind. Sie kämpfen um jeden Preis gegen gesellschaftliche Instanzen um ihr Recht, häufig sogar um d a s Recht gegen d i e Gesellschaft überhaupt. ..... Aus der querulatorischen Fehlhaltung kann in fließendem Übergang ein Querulantenwahn hervorgehen. In manchen Fällen ist Entmündigung nicht zu umgehen......"

P.S. Besagtes Lehrbuch ist Jahrgang 1975, und es gibt noch schlimmere.

Und dann die Montage auf Seite 20. Lieber Richard, Du hast ja recht: es ist Pornographie, was bewußtem Stammheim-Politiker damals aus dem Munde quoll!

FORTS.⇨

Hotz Pardon, ein Malör

Eine wirrgelaufene Lochkarte ließ letzte Woche die Preise fallen.

Die Nummern 304 und 305 wurden nur mit 1.50 DM berechnet, dementsprechend erschienen die ?!? seltener. Deshalb erlauben wir uns für die Nr. 306 einmalig 4,50 DM abzubuchen, damits wieder stimmt. –

Mancheiner hat seinen Dauerauftrag noch nach dem alten Preis laufen, es wäre sinnvoll, ihn zu ändern. 30,- pro Vierteljahr, 60,- im Halbjahr, 120,- im ganzen Jahr. Die Auflage ist ein bißchen gestiegen, etwa 100 sind es mehr geworden, also 4200.

Tschöö Alec im Büro



Was lange währt, wird endlich gut....

DIE ALTERNATIVZEITUNGS-LISTE IST DA

Sie erscheint als DIN A1-Plakat, vorn zweifarbig (schwarz, weiß, knallrot).

Die Vorderseite hat Matthias Horx gezeichnet. Die Rückseite ist mit rund 276 Zeitungsadressen vollgepuzzelt. Die Liste kostet drei Mark (mindestens). Wenn ihr jedoch z.B. fünf Mark zahlt, könnt ihr den Schein bequem in einen Briefumschlag stecken und wir brauchen unsere Brötchen nicht mehr mit Briefmarken zu bezahlen. Die Liste könnt ihr beim ID, Postfach 900343, Tel. 0611/704352, bestellen.

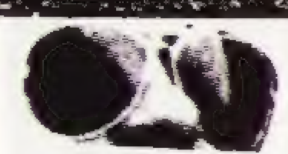
— Aber diese Montage ist nichts anderes. Satire muß parteiisch sein, muß in allen ihren Ausdrucksmitteln klar und deutlich zeigen, für wen sie eintritt und gegen wen sie gerichtet ist. Und nun sieh Dir die "Rechtsanwältin" und den "Polizisten" auf dem Bild an, und dann erkläre mir, was da nun eindeutig trifft und beißt; — ich find's nicht!
Und zu den Berührungsängsten, die Du unterstellst: Vielleicht kennst Du das § 218 — Plakat "...die Würde des Menschen ist unantastbar". Auch da ist eine nackte Frau drauf, an der sogar gleich acht Männer rumfingern, nämlich BGH — Richter. Da stimmt es, weil klar ist, wer unterstützt und wer angegriffen werden soll. Und zieh Dich bitte nicht auf die einmontierten Texte zurück, davon wird eine schlechte Montage nicht besser, und die da ist schlecht.

Zu den unterbliebenen Nachrichten will ich ich noch was sagen: Die Heide schreibt in der Nummer 302/303: "Es gibt an die 500 Alternativzeitungen, jede Menge Fachzeitschriften .... und als Krönung die Tageszeitung. Was bitte, rechtfertigt die Existenz des ID als Medium, das sich die unterbliebenen Nachrichten als Feder an den Hut stecken könnte". — Ich finde, gerade das! Es rechtfertigt d i e s e Existenz des ID nicht nur, es macht sie dringend notwendig. Ich weiß ja nicht, wieviele Alternativ— und Fachzeitschriften die Heide pro Woche liest. Bei mir reicht es für den ID und für den Pflasterstrand, für letzteren meist nicht mal vollständig. Das ist nicht nur ein finanzielles Problem, ich habe meistens auch nicht die Zeit, zig Zeitungen zu lesen, und die nicht unterbliebenen Nachrichten will ich ja auch noch mitbekommen. (Auch weiß ich z.B. nicht, wo ich in Sachsenhausen die Elbe-Jeetzel—Zeitung kaufen kann.)

Ich finde es wichtig, daß die Anti—KKW—Leute wissen, was in den Knästen passiert, und die Frauengruppen, was die Antimilitaristen machen, und nicht zuletzt: wo sollen eigentlich die vielen Leute, die nirgends "drin" sind, die unterbliebenen Nachrichten herbekommen?

Deshalb: Liebe IDler, macht auch mit den Nachrichten weiter, ja?

Viel Glück
Thomas



argumente & polemik IV

Briefe an den ID

Wenn es nach insgesamt fast 30 ID-Benützern geht, die nach der Aufregung über den ID 303 geschrieben haben, kann ich feststellen, daß so gut wie alle den „alten ID" zurückhaben wollen; als ob er ihnen genommen worden wäre. Und das trotz anderslautender Stellungnahmen von Seiten des ID (ich verweise nach wie vor auf „argumente & polemik I bis III).

Dennoch nochmals: Die Öffnung des ID bedeutet soviel, daß außer den bisher 16 oder 24 oder 32 Seiten ID wöchentlich weitere 8 bis 16 Seiten zusätzlich für die Öffnung zum „magazin im weitesten Sinne" bereitgestellt werden können. Berichte dafür gab es bisher genug. Anders die „unterbliebenen Nachrichten", die vermißt werden, obwohl sie erschienen sind: sie kommen lediglich nicht mehr so zahlreich wie zu anderen Zeiten hier an (könnte sich ändern). Und der Grund dafür hat mit TAZ und Alternativpresse zu tun. Was da nicht unterkommt, findet allemal seinen Weg in den ID (bzw. wollen wir hoffen). Während der letzten Wochen ist das „Unterbliebene" spärlich in die Redaktion geflattert.

Und nochmals zum Geld: Die Öffnung hin hin zum „magazin im weitesten Sinne" kann und soll nicht die defizitäre ID-Kasse auffüllen, und das hat auch niemand hier behauptet. Allenfalls könnte das von einer ID-Mitteilung abgeleitet werden, die allerdings vor einem Jahr durch eine „ID-Hausmitteilung" geisterte und sinngemäß lautete, das ID-Kollektiv habe „beschlossen, die Auflage zu steigern". Wenn mensch sowas „beschließen" kann, dann allenfalls bei einer „Stoßbrigade" zur Erfüllung des Jahresplans, und dort und nur dort klappt sowas dann auch. Auf mich wirkt diese Meldung nach wie vor lächerlich, und niemand sollte sie für bare Münze nehmen. Daß der druckladen glaubte, der ID wolle durch die Öffnung bzw. Erweiterung das Defizit des ID bekämpfen, bleibt ebenso papieren. Tatsache ist, daß wir nach wie vor das Loch von ca. 40 000 Mark haben und es von Nummer zu Nummer schlecht und recht zu flicken versuchen.

Indulis

Lieber ID,

seit Ihr aus dem Urlaub zurück seid, scheint es Euch ja immer besser zu gehen. Nicht nur wegen dem verstärkten Maß von "Blödsinn" auf Titel- und sonstigen Seiten (nee wirklich, ich meine schon, der Inhalt der Zeitung muß auch im Layout zum Ausdruck kommen), sondern auch wegen den einigen längeren Beiträgen oder Beitragssammlungen (Briefe aus Südamerika, Atomkommission — Atomexpress Indianer ....)
Ich finde es schon wichtig, neben den kleinen aktuellen Meldungen aus und von neben den Knästen einen großen Magazinteil zu haben, für die mehr oder weniger intelligenten Arbeits- und Reiseberichte und für umfangreichere Materialsammlungen zu bestimmten Themen.
Und vergessen wir dabei nie die Phantastereien!
Schöne Grüße
Peter

Liebe IDler,
ich hab auch bemerkt, daß ihr euch verändern tut, und eigentlich wollte ich ja auch was schreiben über die Richtung, in die ihr euch verändert. Aber der ID Nr. 303 ist jetzt bald zwei Wochen her, und im letzten Heft, da war nicht so viel, wo ich mich hätt drüber aufregen können. also, macht bitte möglichst bald wieder ein richtiges Schweineheft mit guten Schweinepornos, dann hätt ich euch auch was zu sagen.
Mit freundlichen Grüßen
Thomas.

Liebe ID-ler!

Wenn es so ernst mit dem ID steht, will ich mich endlich auch mal aufraffen, um Euch etwas Trost zu spenden.

Ich werde den ID weiterhin abonnieren, trotz TAZ und auch als Magazin (wie auch immer). Als Magazin, das nicht immer das neueste vom Tage bringen muß, kann der ID Meinungen und Stimmungen besser ausdrücken. Ich denke da z.B. an den Artikel des türkischen Jungen. Solche Sachen, die man sich in aller Ruhe durchliest, erklären vielleicht mehr als ein ausgefeilter Aufruf über die Situation der Ausländerkinder.

Aber den alten ID würde ich doch etwas vermissen. Ich kann + will mir nicht 2 bis 3 Zeitungen halten, um zu wissen, was bei der Ökologie oder in der Knastsache läuft. Bisher standen da immer kurze Meldungen im ID und wenn mich etwas interessiert hat, habe ich mich an die Kontaktadresse gewandt (die deshalb auch sehr wichtig ist). Und wenn heute z.B. der Bundschuh so bekannt ist, hat das vielleicht auch mal mit einer kurzen Notiz im ID angefangen.

Die Revolution mag vielleicht für die WG-Scene in den Städten vorbei sein, hier auf dem Lande unterbleibt noch so manche Nachricht. Und so hoffe ich, daß der ID seine Schulden überleben möge.

Axel



Liebe ID'ler!

Ich finde den Anfang nicht so recht bei diesem Leserbrief; ich bin auch nicht so geübt im Leserbriefe-Schreiben, weil das mein erster ist. Aber als ich die letzte Nummer (303) gelesen hatte, war ich doch einigermaßen entsetzt und dachte, jetzt muß ich Euch unbedingt mal schreiben. Also, wenn das der neue Stil des ID sein soll, - auf den kann ich in Zukuft dann gut verzichten! Ich hab den ID von vorne bis hinten durchgelesen und hatte nachher das Gefühl, da hat nichts dringestanden, oder nur Mist, oder ich hab nichts verstanden.
Vielleicht bin ich ja zu blöd, um manche Sachen zu kapieren, aber ich kann mir gut vorstellen, daß es vielen anderen Lesern bei dieser Nummer genauso ergangen ist. Z.B. Gedichte find ich schön und gut, aber nicht so unvermittelt und ohne jeden Zusammenhang. Oder die Rezensionen über den Faßbinder hab ich überhaupt nicht kapiert; ich kann mir jetzt weder von dem Film ein Bild machen, noch davon, was die „Familie Corleone" davon hält.

Zum Kotzen fand ich die Titelbilder auf Vorder- und Rückseite und natürlich diese „Satire" auf Seite 20, die ja schon in der Nummer selbst genügend kritisiert worden ist. Und dann den Artikel von Heipe! Ist das der Stil des progressiv-dynamischen Spontis der 80er Jahre?

Das einzige, womit ich was anfangen konnte, waren die beiden Artikel über Gorleben.
Auch auf die Gefahr hin, von Euch jetzt als unaufgeschlossen, engstirnig und moralisch abgetan zu werden: ich hab den alten ID immer sehr geliebt. Obwohl man nicht jede Woche alle Meldungen lesen kann, ich fand's gut, daß es so ein Blatt gibt, wo man Termine erfährt, von Treffen die stattfinden und Aktionen, die stattgefunden haben, grad auch auf dem Land, also von Leuten, die sich auf dem Land oder in den Kleinstädten regen. Am besten aber fand ich immer die Auslandsberichte, wo die Schreiber davon ausgingen, daß sie selbstverständlich auch zu den Meldungen ein bißchen Geschichte aufrollen müssen.

Deshalb will ich auch die Leute unterstützen unter Euch, die den ID zu einem Magazin umändern wollen, in denen sie mehr Artikel mit Hintergrundinformationen bringen wollen, und hoffe, die Nummer 303 war nicht der Stil, den sie gemeint haben.

Macht mit dem Leserbrief, was Ihr wollt, aber lest ihn bitte vorher.

Viele Grüße
Kristiane

Zum letzten ID (Nr. 303)

Mal ganz ehrlich, ihr habt doch nicht mehr alle Tassen im Schrank, so 'ne Nummer rauszubringen und für den Mist auch noch 2,50 zu verlangen.

Ich hab mich über die Stellungnahme vom Druckladen (ID 302) unheimlich aufgeregt - hier einfach ihre Machtposition in Form ihres Druckmaschinenparks gegen euch auszuspielen, aber angesichts der letzten Nummer oje oje, wie seid ihr auf den Hund gekommen.

Der ID war die ganze Zeit über noch die einzige Hoffnung im überregionalen Blätterwald linken Ursprungs. Wenn die vom Druckladen von 2 linken Tageszeitungen reden, kann man schon gar nicht mehr lachen angesichts der schauderhaften Wirklichkeit.

Der ID ist und war unheimlich wichtig - und zwar in der Form, wie er bisher erschienen ist - als Organ unterbliebener Nachrichten (wobei ich keine Lust hab', hier sozialphilosophisch den Begriff Nachrichten zu problematisieren).

Es gibt immer noch massenhaft unterbliebene Nachrichten von Leuten und Gruppen, die gerade in den sogenannten linken Tageszeitungen nie erscheinen, denn dort wird „journalistisch" gearbeitet, d.h. Nachrichten werden umgeschrieben, gekürzt oder einfach ignoriert. Gerade hier aber ist der ID als überregionale Zeitung so wichtig, wo die Artikel von den Betroffenen so rein kommen, wie sie bei euch im Briefkasten gelandet sind, und nicht „aufgearbeitet" wie in der TAZ

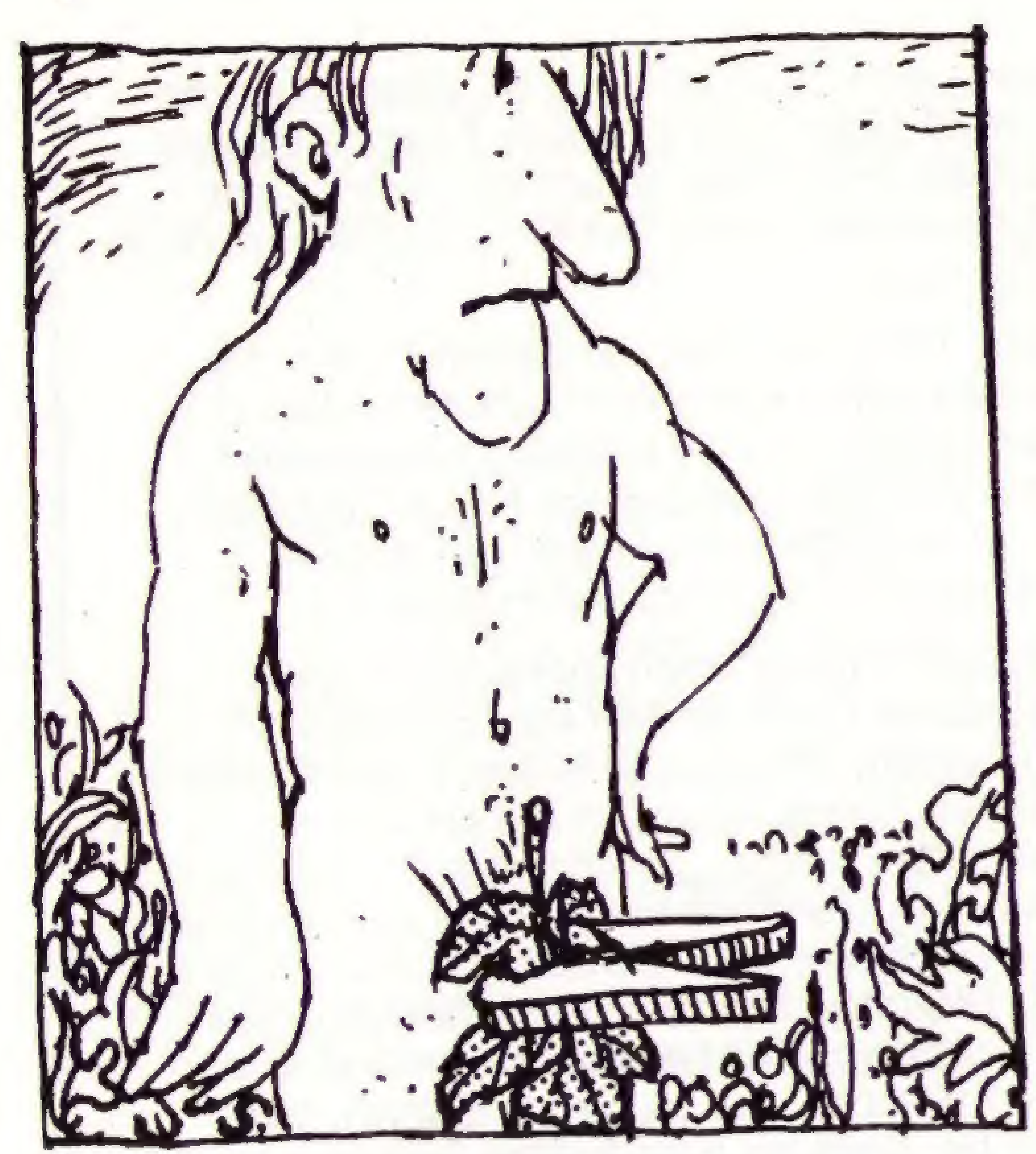
Die Leute, die diesen Magazin-Mist produziert haben, können den Scheiß doch wirklich im Pflasterstrand oder anderen heruntergekommenen linken Blättern, u.a. TAZ, loswerden. Da ist dann auch das dementsprechend ausgeflippte lila-glitzernde Publikum für dererlei Produktion.

So, jetzt ist mir schon etwas wohler zumute, ich hoff' daß ihr noch möglichst viele Briefe bekommt, die diesen Magazin-Mist verurteilen, und ihr doch wieder zu der ursprünglichen Idee des ID zurückkommt.
Das wär' verdammt schade, wenn's nicht so wäre.

Tschüß Werner

Liebe IDler,

seit Nr. 136 benutze/lese/genieße (manchmal) ich den ID. Und zwar, weil der ID für mich immer einen bestimmten Gebrauchswert hatte: die unterbliebenen Nachrichten halt, die man sonst nirgendwo finden konnte oder höchstens in irgendwelchen Alternativblättern, die nur der lokalen Leserschaft zugänglich sind.
Wenn der Quatsch, der nun in Form von Nr. 303 vor mir liegt, das neue ID-Magazin sein soll, kann ich nur sagen: ID, nein Danke!!! Ich habe genausowenig Lust, wie die Frauen auf Seite 20, meine Meinung zu begründen, will nur ganz kurz nochmal meine Bedürfnisse darlegen: Der ID soll so bleiben (werden?) wie er früher mal war, d.h. kurze Nachrichten und Artikel über Dinge, die laufen und über die ich sonst nix oder nur mit Schwierigkeiten erfahren hätte. Ich brauch keine Fotos, keine Satiren, keine Leitartikel und keine Recherchen (wenn mich eine Sache besonders interessiert, kann ich mich ja an die angegebene Kontaktadresse wenden.) Und wenn ich Gedichte lesen will, besorge ich mir einen Gedichtband. Erst recht nicht brauche ich derartige Fotos, wie in Nr. 303, da will ich nicht



mehr drüber sagen, kann mir vorstellen, daß Ihr zu dem Foto auf S. 20 schon genug entsprechende Post bekommt.
Ich glaube, die Nr. 303 ist eh das Resultat eines schon länger laufenden Prozesses. Ich denke da an die seltsamen Reiseberichte und an die noch seltsameren Berichte aus der "Arbeitswelt". Zu letzteren: OK, es sollte viel mehr im ID über Sachen aus dem Betrieb berichtet werden (wenn nix kommt, könnt Ihr nix drucken, klar) aber: Wenn Freak/Sponti notgedrungen mal gezwungen ist, seine/ihre Ware Arbeitskraft zu verkaufen und dabei feststellt, daß entfremdete Arbeit überraschenderweise ziemlich auf den Geist geht, dann ist das für mich keine neue Erfahrung und ich kann mich nur fragen, ob diese Leute denn mit Scheuklappen durch die Gegend rennen.
Genug geschimpft: Ich hab' ja jetzt noch 4 Nummern Zeit festzustellen, wie das mit dem IDnoch weitergeht. Aber wenn's so weitergeht wie bisher, werde ich mein Abo nicht verlängern.

Mit'm Gruß
Jürgen

BETR.: MEINE BESTELLUNG DES INFO.-DIENSTES IHR HEFT 303

Die Abbildungen auf dem Titelblatt und auf Seite 20 könnt Ihr Euch sparen. Ich habe nämlich kein Pornoheft a la Pardon bestellen wollen, sondern ein Info-Blatt über unterlassene Nachrichten. Zudem haben wir drei Kinder und unsere Zeitschriften liegen offen zu Hause herum. Vom bundesdeutschen Schweineblätterwald haben wir eigentlich genug!
Da mich jedoch die Reihe über Gorleben brennend interessierte, will ich probeweisen den ID bis Jahresende weiter beziehen.

Mit freundlichem Gruß, N.

Hallo Leute!

Könnt Ihr mir mal ein Probeexemplar von Eurer Zeitung schicken, vielleicht bin ich auch an einem Abo interessiert.
Eure Adresse habe ich vom „Regenbogen", einer Alternativzeitung bei uns, ich weiß nicht, ob Ihr die kennt.
Ich wünsch Euch, daß Eure Zeitung wieder mehr Erfolg hat, weil ich es wichtig finde, daß der Einzelne zum Wort kommt und nicht nur Kollektiv-Meinungen.

Ciao Alex

Liebe IDler,

trotz gegenteiliger drohungen ist das id-magazin ála 303 noch nicht wieder erschienen. Das findet meine ungeteilte begeisterung. Ich hab nämlich die schnauze voll von jenen spontis, denen es wichtiger ist, sich auszuagieren, als sich zu vermitteln. Meine Fresse, geht doch nach indien oder nach bockenheim.
Ich brauche den ID als medium der nachrichten-verbreitung, nicht als realsurrealistisches kunstwerk, dessen gesammelte jahrgänge in einer panzerglasvitrine auf der nächsten dokumenta landet. Die nummer 303 ist mir einfach zu unverdaulich. Nachdem ich die seiten aufgetrennt hatte, reichte meine energie gerade noch zu einmaligen durchblättern. Seitdem hab ich ihn nur aus der ecke geholt, um leuten zu beweisen, daß die linke medienlandschaft endgültig verkommen ist. Ich bin darüber entsetzt und verärgert, weil der ID für mich immer noch der wichtigste Informationsträger innerhalb der undogmatischen linken ist. Eure These, er sei durch die taz, alternative presse, fach- und stadtzeitungen zu ersetzen, fühle ich schlichtweg als falsch.
Das ihr etwa die liberale tageszeitung mit anführt, ist allein schon ein witz. Originalinformationen über linke grup pen und projekte oder deren aktionen erscheinen höchstens als anzeige. Nach wie vor ignorieren die zentralen mediengötter in berlin jede kritik. Nach wie vor entsteht in berlin eine zeitung, die sich vielleicht alternativ aber auf gar keinen fall linksradikal nennen kann. (die argumente in kommentaren zur Bremer wahl oder zur frage bonn oder gorlebendemo entlarven jedenfalls den etikettenschwindel.)
Und wie stellt ihr euch die sache mit den stadtzeitungen vor? Soll ich blatt, kölner volksbaltt, nordwind, de schnüss, fragezeichen und wie sie alle heißen, abonniere um zu erfahren, daß leute in x-dorf 'ne broschüre rausbringen oder welche sauerei es bei den verhaftungen in z-burg gegeben hat? Und übernahm nicht die stadt- und alternativpresse ihre meldungen zum großen teil vom ID, während es erst in jüngster zeit umgekehrt lief?

Liebste ID'ler,

seid so nett und schickt mir eure Alternativzeitungsliste. Wie empfohlen, habe ich oben einen 5 Mark-Schein festgepонnt;. Nur tut mir den Gefallen und finanziert daraus nicht den Abdruck eines nackten Mädchens/Frauen und so. Mann, ich kaufe mir den ID wegen der unterbliebenen Nachrichten!!!

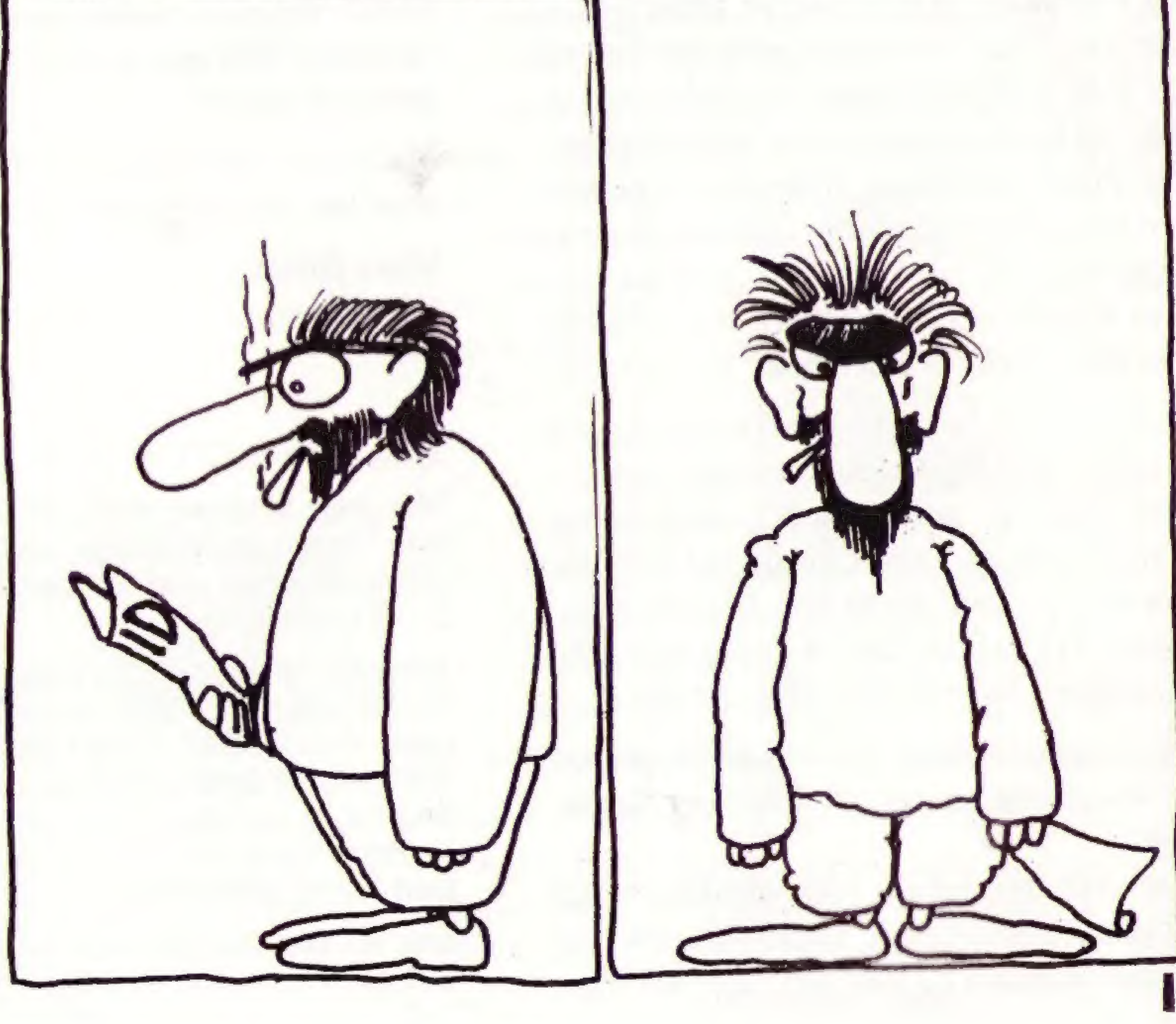
Inzwischen freue ich mich immer mehr, wenn ich zwischen den Nackten und dem allgemeinen Chaos, das sich langsam über den ID verbreitet, eine solche entdecke! Was soll der abwaschbare Umschlag, was der farbige Druck???? Ist das billiger oder umweltfreundlicher oder was??

Wenn ihr mich nicht über lang oder kurz der TAZ ausliefern wollt, dann verbreitet nach Möglichkeit das, was der Titel verspricht: ÜUNTERBLIEBENE NACHRICHTEN!

Ich wünsche euch, daß ich mich denn doch noch entschliesse, mein Abo zu verlängern.

Tschüß denn, Stephanus

Die Seite 20 vom ID 303 war ja wohl DER Hammer.



Ich kann mir auch nicht ständig den ND, atomexpress, päd extra, graswurzel und derlei mehr leisten. Außerdem erscheinen sie selten öfter als 1 mal im monat. Fachzeitungen erfordern auch intensives studium, wo mir manchmal ein oberflächliches informiert sein ausreicht.
O.K., ich verstehe euch, wenn ihr nicht immer nur nachrichten zusammenkleben wollt. Ein bißchen exhibitionismus schadet ja auch nicht.
aber warum könnt ihr euch nicht im Pflasterstrand austoben und die finger vom ID lassen?
Kommt, seid brav! sagt, daß es nur ein scherz war, daß ihr nur mal hören wolltet, wie unverzichtbar ihr seid!
Macht den ID!

Volker (Hannover)

Liebe Freunde,

staunte neulich nicht schlecht, als mir nach langer Zeit mal wieder eines Eurer Machwerke ausgehändigt wurde. Es war die Nummer 303. Und wie zufällig erblickte ich nach dem Titelbild Euren Versuch (?) umsatzfördernde 'Satire' in Form...... unter die Leute bringen zu wollen.
Kann mir nicht helfen, aber mir scheint, als wenn Ihr Euch zu sehr von einer umsatzfördernden Gestaltung Eures Blattes habt leiten lassen. Mir ist die alte Machart lieber, auch wenn ich sie nur selten zu Gesicht bekomme und einige Infos in anderen Blättern fand.
Ansonsten leg ich etwas zur weiteren Verwendung bei, wenn es Euch nicht bereits auf Umwegen erreichte.

Viele liebe Grüße

Hans

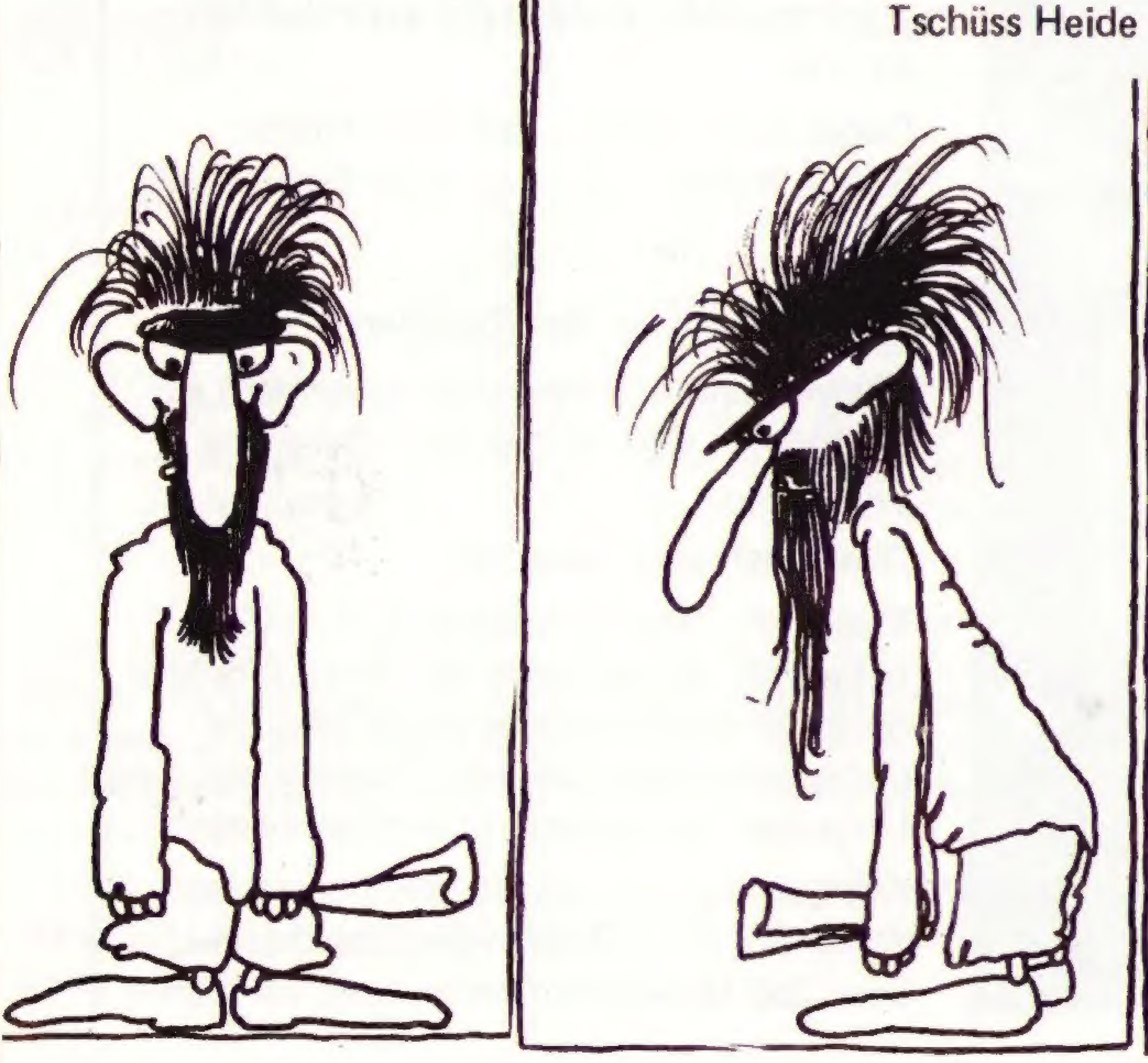


DIE KLUGE ELSE

6 Frauen aus Freiburg machen zusammen ein Frauenstück, das noch gewaschen werden soll.
Warum? Eben drum.
Programm:
Der Gorilla und die Lady
Der große Regen
Die Riesin
Geliebt, gejagt und unvergessen
The knack
Das Geheimnis vom Bodensee
Italienisch für Doofe
Die Frauen setzen sich wie folgt zusammen: 4 auf der Bühne, 2 am Klavier = 8 insgesamt. Termine (im Ernst): 7., 8., 10. November 1979.
• Ort: Freiburger Kammertheater. Zeit: 20.00 UHr. Alles nachzulesen auf unserem ein- und ausdrucksvollen Plakat
Die Bühne lebt!
oder
Wer einmal lügt, dem glaubt man nicht
oder?

Liebe ID

ja weitermachen - wie - ach wird schon werden!!
B. Ritzel ID 302/3 S. 6 schickt ihm doch die Karte hier? !) sucht was gegen Milben wir haben da so ein pflanzliches Insenktengift, das heißt Pyrethrum (gemahlene Chrysanthemenblüten). Wir wenden es meistens für Schädlingsbekämpfung (Milben, Maden, Käfer) in unserem Laden an - aber Katzen kriegen auch Läuse und Flöhe weg damit - Schafe auch. Pyrethrum killt alles tierische außer Warmblütler (das sind wir) ist also für uns unschädlich.
Also wenn ich da nächste Mal Tierchen an mir habe, werde ich es ausprobieren. Man kann es als reines Pulver kriegen aber auch alle möglichen undurchsichtigen Konzentrate in Sprayflaschen...
Apotheken müßten das Zeug auch haben - müßt nur eine gute suchen
Tschüss Heide





Liebe IDler,

Ich wußte gar nicht, daß finanzielle Probleme so rapide aufs Niveau drücken können. Ich hatte immer gedacht, daß Ihr in den leider immer noch viel zu vielen unterbliebenen nachrichten erstickt und deshalb das eine oder andere nicht bringt. Seit Ihr jetzt aber ne Bücher-, ne Porno- und viele „Gäg"-seiten habt, glaub ich das nicht mehr. Mit so was stellt Ihr Euch nur selbst ins Abseits. Überlegt Euch mal in wie weit Eure „Daseinsberechtigung" von Euch im ID 303 korrekt ist in Bezug auf die Taz etc. Bei Euch hat man — oder hatte man? — die Möglichkeit, mal selber Stellung zu beziehen und kriegt(e) ne ganze Menge Menge Kontakte mit. Nur so als Beispiel. Und seid bitte nicht so borniert zu sagen, es gibt keine unterdrückten Meldungen mehr. Es kommt mir fast so vor, als wenn Ihr keinen Bock mehr habt, jetzt wo's mal ein paar Probleme gibt. Mir schient fast, soweit ich das so mitkriegen kann - Ihr solltet mehr auf Eure Druckerei hören.
Und wenn Ihr es schafft, Euer Konzept — das alte meine ich — weiter zu entwickeln, z.B. auch mal dahinter kommt, daß auch Kürzungen von Beiträgen, Zensur ist, dann spielt der Preis wohl keine Rolle - guckt Euch mal die taz an.

Und jetzt noch: so wie die 303 kann ich nicht sprechen von „unserer" oder „meiner" Zeitung. Deswegen wohl auch die ganze Zeit die Form von mir: „Ihr müßt". Aber das ist das erste, was Ihr selbst auch nur machen könnt, Euch darüber klar werden, wo's lang gehen soll.
— Ich finde es schlimm, wenn der ID ne Punk - Porno - Witz - Zeitung werden sollte!
Soweit ist mal ne immer noch solidarisch gemeinte Kritik, das obwohl ich doch auch schon ganz schön sauer auf Euch war, wegen anderer Sachen, wie z.B.:
— ID nicht in den Knast nachgeschickt, obwohl für draußen ein Abo lief.
— Ihr Beiträge von Gruppen abdruckt, die eigentlich Betroffenen aber nicht zu Wort kommen laßt.
— Ihr zumindest durch Kürzen zensiert (und bestimmt auch durch Auswahl, was denn unterdrückt ist und was nicht.
Also trotzdem: macht weiter. wo Ihr aufgehört habt! Da kann man nörgeln, aber man braucht den ID. Die bunten neuen Dinger brauch ich so nicht!

Jörn (Borstel)

Neues aus der Löwenstraße gibt es nicht — Außer dem

ANTRAG AUF ABRISS

Offenbach
24. Oktober

Der Hauseigentümer Herr Werner, hat sich zwar dazu bereit erklärt, mit uns in Verhandlungen zu treten, aber nur unter bestimmten Bedingungen. Sein Anwalt, RA Goliasch - gleichzeitig Anwalt des Mieterschutzbundes und Stadtverordneter der CDU - verlangt von uns, daß wir unserem RA eine Vollmacht erteilen, um Verhandlungen führen zu können.

Was wollen Sie, Herr Goliasch? ? ?

Wollen Sie durch solche Formalitäten etwa einzelne Hausbesetzer herausgreifen, um sie verantwortlich zu machen oder zur Rechenschaft ziehen zu können? Trotz unserer berechtigten Angst - Sie werden eine Vollmacht bekommen.

Was wollen Sie, Herr Werner?

Warum erklären Sie sich bereit, mit uns zu verhandeln und beantragen gleichzeitig den Abriß?
In Offenbach herrscht eine katastrophale Wohnungsnot. Das Amt f. Wohnungswesen konnte 1978 bei mehr als 7000 Antragstellern lediglich 750 Wohnungen vermitteln. Trotzdem wird ununterbrochen Wohnraum zerstört.

Pennt die Stadt wirklich? ? (s. FR v. 17.10.)

Wir klagen die Stadt an!!

- der kontinuierlichen Vernichtung von Wohnraum
- der Zerstörung der Infrastruktur von gewachsenen Stadtteilen

Wir fordern von der Stadt

- keine Abrißgenehmigung für die Löwenstr. 36 und anderswo
- sofortige Lieferung von Wasser + Strom, um das Haus weiterhin in einem bewohnbaren Zustand halten zu können.



Die Wohnungs- und Sanierungspolitik der Stadt selbst schließt all das ein, was wir bekämpfen: Die Stadt selber läßt Wohnungen und Häuser leer stehen, obwohl es nach Aussagen des Sozialdezernenten Anfang des Jahres bereits 2.117 Wohnungssuchende gab.

Jeder private Spekulant tut dies im Einverständnis mit der Stadt, die die Abrißgenehmigung erteilt. Es gibt genügend Spekulationsruinen in Offenbach, die eine unsoziale und menschenfeindliche Wohnungs- und Sanierungspolitik eindeutig kommentieren: „Stadtbad Mitte", Bieberhaus, Sanierungsgebiet Waldstr./Gross Hasenbachstr. etc.

Dabei verfährt man nach dem Motto: Billige Wohnungen weg, teure Wohnungen her!

Wir fordern vom Hausbesitzer:

- keine Scheinverhandlungen, sondern ein sofortiger Mietvertrag auf mindestens 2 Jahre.

Was sonst noch passierte:

Eine recht rechte Methode wählten 3 Unbekannte, als sie uns in der Nacht ihre Meinung zur Haubesetzung mitteilten: Sie demolierten eines unserer Autos direkt vorm Haus und ein weiteres in der Eginhardstr.

Am Samstag war ein Kinderfest mit etwa 40 Kindern - Theater, Film, Sackhüpfen, über 250 Unterschriften wurden vor dem

Haus und während des Festes gesammelt.

Sofortiger Abriß von KWU, Rathaus und Busbahnhof!!

PS. Schöne Grüße an alle

Freiheit und Liebe
die Besetzer

Vom ID sind wir in der Löwenstraße vorbeigegangen, weil wir nach der Meldung der letzten Woche wissen wollten, wie es im besetzten Haus weitergeht. Sie haben uns dann ihr Flugblatt gegeben - was hier abgedruckt ist und erzählt, daß sie ziemlich fertig sind, weil sie von außen zu wenig praktische Unterstützung bekommen.

Es sind ca. 20 Leute, die teilweise arbeiten oder zur Schule gehen und dazu müssen sie noch Nachtwache im Haus halten, seitdem das Auto demoliert wurde.

„Eine gute Unterstützung wär', wenn Leute kommen würden zum Nachtwache schieben", einer meinte: „Es ist verrückt, heutzutage ein Haus zu besetzen".

Ziemlich am Anfang der Besetzung wurde ein Cafe im Parterre des Hauses eingerichtet, - wer sich informieren oder Kontakt aufnehmen will, kann es jeden Tag dort machen.

Plenum ist Mo, Mi und Fr. von 18 - 22 Uhr 605 Offenbach, Löwenstr. 36

Spendenkonto: Städt. Sparkasse Offenbach, Kto.-Nr. 5507693
Kennwort: Spende Wohnraumnot

GEHT DOCH MAL HIN, LEUTE!!



AN ALLE BUNDESDEUTSCHEN KELLER-GENERÄLE!

Frankfurt/Bücken
3. September

Bei weitem nicht nur der ID veröffentlicht hierzulande unterbliebene Nachrichten. Das betreibt zum Beispiel auch der Verlag Arbeit und Wirtschaft in Hoya an der Weser, der die „Vertraulichen Mitteilungen aus Politik und Wirtschaft" seit 1951 in Bücken bei Hoya herausgibt. In Nummer zweitausendzweihundertachtzehn zum Beispiel, am 3. September, erschien der folgende praxisnahe Tip:

Ein Briefwechsel veranlaßt uns generell zu folgender Feststellung: Deponieren Sie keine Waffen in Ihrem Schutzraum! Werden im Kriegsfall von den Truppen des Ostblocks Waffen in einem Luftschutzbunker gefunden, so werden die Insassen als Partisanen betrachtet und entsprechend behandelt. Der Bunker soll nur das ÜBERLEBEN während der Kampfhandlungen ermöglichen und die Basis für das anschließende WEITERLEBEN sein. Als militärischer Stützpunkt ist er nicht gedacht.

Lieber ID!

Zu den 2. Erlanger Videotagen (15.-18.2.79) ist jetzt unter dem Thema "Dokumentarisches Arbeiten Video Film Fernsehen" eine Auswertung erschienen, die - als Nr. 4/79 der "Erlanger Beiträge zu Medientheorie und -praxis" - einen mehr subjektiven Beitrag zum Entstehen, Planen, Durchführen (und auch Scheitern) dieser Veranstaltung leisten soll.

Zu beziehen sind die "Erlanger Beiträge..." über die Videogruppe Erlangen e.V. c/o Christian Stelzer, An der Röth 11a, 8520 Buckenhof.

Fehlende Frage in dem Artikel „Komm, wir gehen Faschos verhaun"

In den letzten ID-s gab es eine breite Diskussion über schlechte Artikel, die unterbleiben könnten. Aber viel mehr als das geküsste Mädchen' im ID 303 hat mich der Artikel „Komm wir gehen...." von Richard (ID 304) gestört - ja, er hat mich als alten (51) Antifaschisten grundsätzlich gestört.

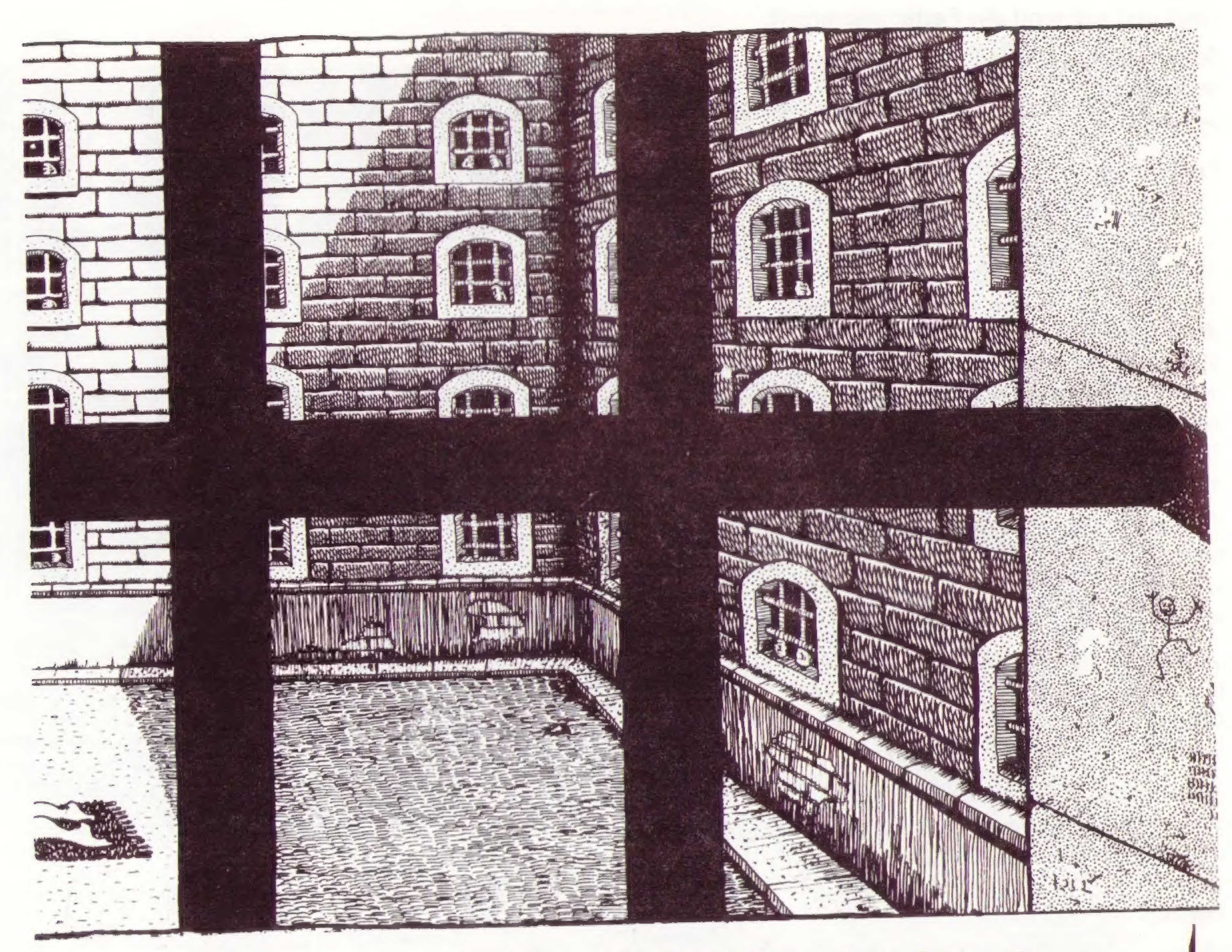
Zuerst. Dann habe ich es mir überlegt und glaube schon, daß der Artikel in den ID hineingehört. Er drückt ein echtes Problem aus - Richard ist sicher nicht der einzige, der sich fragt, ob man mit 50 Leuten 13 Faschisten verhauen soll oder ob es mehr bringt, wenn 13 Antifaschisten von 50 Faschisten und der üblicherweise mit ihnen befreundeten Polizei verhauen werden. Dann sind sie wenigsten ritterliche Märtyrer.

Ich persönlich habe eine starke Vorliebe, siegreicher Held zu sein. Man bekommt ja so selten die Gelegenheit dazu, und man sollte sie ausnützen. Aber meine persönliche Präferenz beiseite; ich will hiermit die - fehlende - Frage an Richard und die ID-Leser stellen:

Wie soll man sich denn zu Faschisten, zu (echten) Nazis, verhalten? (außer sie zu vermeiden, wie dies Intellektuelle üblicherweise tun, mit der nicht ganz auszuschließenden Gefahr, daß sie eines Tages unvermeidbar werden, wenn sie dich abholen kommen?)

Max Watts

Knast



ZWEI JAHRE NACH STAMMHEIM

Drei Haftbefehle im § 90 a – Prozess

Hamburg, 19. Okt.: Am 18.10.79 sollte der § 90 a-Prozeß gegen Mirka S. Hertel, Maria C. Jarowoy und Birgit Soffel beginnen. Das scheiterte wegen eines zu kleinen saales (20 Sitzplätze) bei über 100 Prozeßbesuchern und einem öffentlichkeitsscheuen Richter.

Um der Forderung nach einem größeren Verhandlungsraum Nachdruck zu verleihen, drängten sich etwa die Hälfte der Prozeßbesucher/innen in den Saal. Da der Richter mit Polizei drohte, zogen sich die Leute wieder zurück, um einer Knüppelei in dem winzigen Saal zu entgehen.

Die gab es dann aber kräftig im Gerichtsgebäude. Ohne weitere Vorwarnung griffen ca. 50 Bullen zum Knüppel und droschen auf die Leute vor dem Gerichtssaal los. Dabei wurden mehrere Leute verletzt, darunter eine Journalistin schwer.
Da die Angeklagten mit den übrigen Leuten aus dem Gerichtsgebäude rausgeprügelt wurden, stellte der zurückgebliebene Richter Graue Haftbefehle aus – weil sich die Angeklagten angeblich dem Strafverfahren entziehen wollten. Diese Haftbefehle sind reine Schikane: die Angeklagten wollen sich diesem Prozeß nicht durch Flucht entziehen. Die drei wollen den Prozeß offensiv führen als Teil eines Kampfes um Öffentlichkeit über die Stammheimtode am 18.10.77 und die Zustände in deutschen Knästen.
Angeklagt sind sie wegen eines Flugblattes, in dem es hieß, daß sie nicht an die Selbstmordthese glauben, sondern daß sie glauben, daß der Staatsschutz die Gefangenen ermordet habe. Außerdem sollen einige Formulierungen gegen die Haftpraktiken und die medizinische (Nicht–)Versorgungvon Gefangenen kriminalisiert werden. Die Zweifel an der staatlichen Selbstmordversion von Stammheim sollen in der Prozeßerklärung ausführlich begründet werden: z.B. damit, daß das Bundeskriminalamt in einem Gutachten erklärte, daßdie Genickeinschußstelle bei Andreas Baader Schmauchspuren aufwies, wie sie für einen Schuß aus 30 – 40 cm Entfernung typisch seien. Und das bei einer 17 cm langen Schußwaffe.
Bei den anderen beiden Toten gibt es ebenfalls schwerwiegenste Ungereimtheiten. Die Angeklagten wollen zeigen, daß solche Vorfälle wie Stammheim vor allen Dingen durch die Isolierung der Gefangenen vor jeder Öffentlichkeit ermöglicht wurden. Öffentliche Diskussion der Knastzustände ist deshalb gerade jetzt wichtig, weil der Staat mit dem derzeit verfolgten Konzept der Hochsicherheitstrakte diese Isolation perfektionieren will – sowohl nach innen – es gibt wie in Stammheim keine Gefangenen-Öffentlichkeit – als auch nach außen. (Trennscheibe, Besuchsverbote, Briefzensur, Anwaltsausschlüsse, Geräuschisolierung)
Auch die Kritik des Flugblattes an medizinischer "Versorgung" bleibt aktuell: War es vor einem Jahr Werner Hoppe, dessen Leben durch die Haftbedingungen akut bedroht war, sind es heute Herbert Soffel, der Ehemann einer der drei Angeklagten, Irmgard Möller und Günter Sonnenberg.

Nach der Räumung des Gerichtsgebäudes zogen sich die Prozeßbesucher überwiegend in ein in der Nähe liegendes Lokal zurück. Nach etwa 30 Minuten kamen etwa 150 Bullen, später noch zusätzlich ca. 30 – 40 normale Streifenwagen, vor die Kneipe. Sie riegelten alles ab, ließen keinen mehr rein oder raus, kamen mit kleineren Greiftrupps in die Kneipe. Diese Belagerung dauerte über drei Stunden. Zunächst sollten alle Personalien überprüft werden, dann die der Frauen (weil angeblich die drei Angeklagten gesucht würden). Der Anwalt des Lokals – das sich geschäftlich geschädigt sah, aber zum Glück niemand von den Prozeßbesuchern des Hauses verweisen wollte – verhandelte mit den Bullen. Es sollte nach diesen Verhandlungen eine Ausweiskontrolle durch drei Bullen stattfinden – rein kamen dann aber ca. 25 – 30, meist in Zivil. (Eine ganz gute Aktion für den Anwalt, der wohl ziemlich verduzt war. Mir fiel das Wort vom Pfarrer Helmut Ensslin ein, als er bestritt, daß Gudrun Selbstmord begangen hätte: "Und einen Selbstmord hat sie absolut ausgeschlossen. Gudrun hat nicht gelogen, genauso wie die anderen von der

RAF nie gelogen haben........Die anderen, die ihr jetzt den Prozeß machen, die schon, die erzählen Lügen, ganz dicke sogar.")

Nach heftigen Protesten im Lokal wurde dann nur die Kneipe durchsucht und "Gesichtskontrollen" durchgeführt – natürlich wurde keine der drei Frauen gefunden. Daß sie längst nicht mehr in dem Lokal waren, hatten deren Anwälte aber schon lange erklärt. Danach zogen die Bullen – samt ihrer drei mitgebrachten Gefängniswagen – nur halb verrrichteter Dinge wieder ab. Gut für die Prozeßbesucher war das relativ große Aufsehen, das die Bullenaktion bei Presse und Publikum erzeugte, sehr schlecht ist, daß die Personalien von zwei Genossen festgestellt wurden, von denen sie einem anhängen wollen, daß er mit einem Gummiknüppel (?) "Beamte" geschlagen hätte.

Kontaktadresse: C. Jarowoy, Oelkersallee 15, 2000 Hamburg 50
Spendenkonto: Concordia Jarowoy, Hamburger Sparkasse 1044/757407

Postler und Ex-Postler suchen ebensolche

Bremen

24.10.

Mehrere Postler und Ex;–Postler aus Bremen wollen anhand ihrer Entlassungen und Disziplinierungen eine Dokumentation zur Entrechtung und politischen Unterdrückung bei der Bundespost zusammenstellen. Kollegen, die auch betroffen sind, werden gebeten, einige Dokumente, Anhörungen, Disziplinarverfügungen usw. an die untenstehende Adresse zu schicken, damit sie in die Dokumentation aufgenommen werden können.

Kontakt: Wilfried Willenbrock
An der Eisenbahn 59
2815 Etelsen
Tel. 04235/1438

ROCK GEGEN RECHTS – BEWEGUNG

Bremen
2. Oktober

Anregungen und Erfahrungen sucht das Antifaschistische Aktionsbündnis Bremen, da sie wegen der Auseinandersetzungen mit der DKP/SDAJ Führung, sich in ihren Kräften geschwächt fühlen. Und sie schreiben noch: „Was wir wollen? Unser Ziel ist eine politische Front gegen jede faschistische Entwicklung in unserem Land aufzubauen und nicht nur kurz vor den Wahlen im Stil der bürgerlichen Parteien ein „Rock-Festival" zu veranstalten."

Kontakt: Günther Kahrs, Lessingstr. 33
2800 Bremen



NACHFOLGEVERFAHREN ZUM PROZESS GEGEN FANTASIA UND IVK WERDEN VORBEREITET

nachdem im prozess gegen fantasia und ivk das verbreiten von erklärungen von politischen gefangenen zu ihren haftbedingungen und zu ihrer politik kriminalisiert werden soll, geht es hier um den versuch des staatsschutzes, allein schon den besitz solcher schriften zu kriminalisieren.

vor einigen wochen hat die stuttgarter staatsanwaltschaft bei der staatsschutzkammer des stuttgarter landgerichtes anklage gegen mich erhoben. der vorwurf: ich soll broschüren und zeitungen besessen haben, die erklärungen von gefangenen aus der guerilla und beiträge enthalten, die sich mit der politik der guerilla auseinandersetzen. konkret: 23 exemplare der broschüre „klassenkrieg in der brd", ein interview von 1976 mit den gefangenen aus der raf, die damals in stammheim waren, zum tod von ulrike und der funktion der brd in europa. 3 exemplare „info, je mehr sie uns wegnehmen, umso mehr drucken wir", eine broschüre, in der kriminalisiert werden: die erklärungen von andreas vogel, gefangener aus der bewegung 2. juni, zur befreiung till meyers und zum 13. prozesstag, in der es um die verhaftung der anwältin lohstöter und die kriminalisierung der anwälte geht, ein brief von günter sonnenberg, gefangener aus der raf, zu seinen haftbedingungen und ein beitrag zum prozess gegen harry stürmer und heinz herlitz, in dem hergeleitet wird, warum der staat auf die angriffe der guerilla mit internierung und verfolgung sogenannter „sympathisanten" und „unterstützer" antwortet.

weiter wurde der besitz eines exemplars der letzten texte von ulrike und eines exemplares der „dokumentation zum beginn des dritten russelltibunals" angeklagt, in der hungerstreikerklärungen der gefangenen aus dem bewaffneten widerstand, ein brief von werner hoppe an vladimir didjer, mitglied der jury des russelltribunals,eine erklärung des kommando holger meins zu den morden an den gefangenen in stammheim und stadelheim und die prozesserklärung verena beckers enthalten ist.

obwohl zumindest die einzelexemplare deutliche benutzungsspuren aufwiesen,stellt die staatsanwaltschaft - ohne sich die mühe einer begründung zu machen - die behauptung dazu, ich hätte die schriften verbreiten wollen und klagt so den besitz sogar einzelner exemplare von erklärungen politischer gefangener nach § 88a an.

das ist der versuch, schon die kenntnisnahme von der realität der brd zu kriminalisieren, mit dem ziel, auch noch den letzten funken öffentlichkeit zu den haftbedingungen politischer gefangener und zur politik der guerilla auszuschalten.

die staatsschützer wollen so die gefangenen ohne die geringste öffentliche kontrolle in den händen haben und die militanten der guerilla ohne den geringsten prozess auf der straße erschiessen können.

das werden wir nicht zulassen.

kontakt: j. stockburger, burgstr. 142, 6000 ffm 60

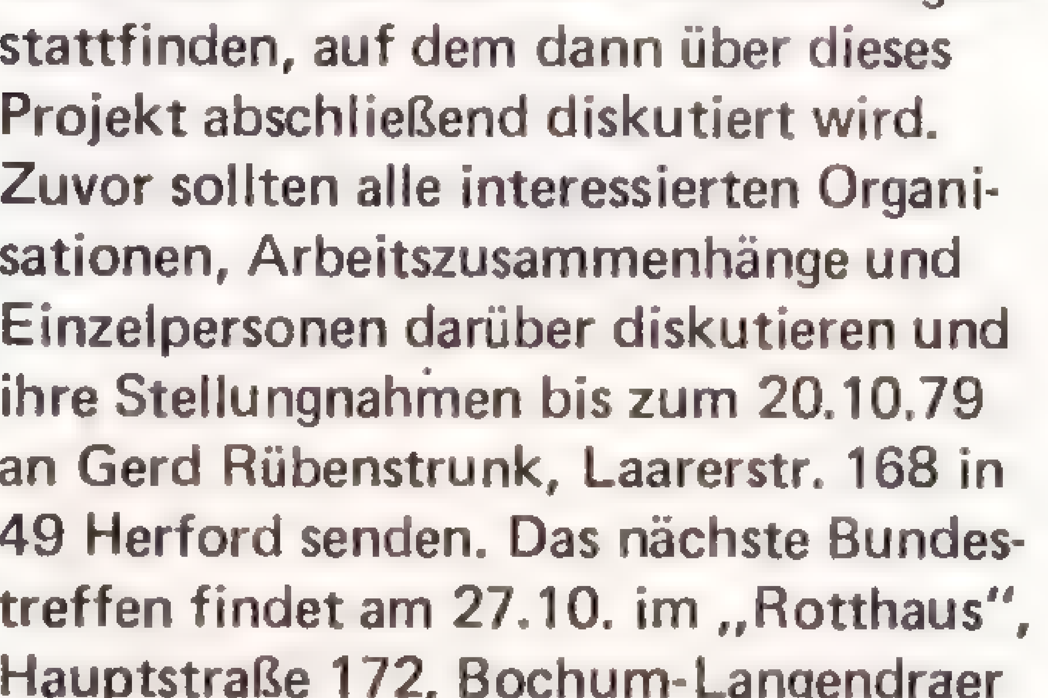
teilt bitte mit, wenn noch weitere ähnliche verfahren laufen.

NEUER ANTIFASCHISTISCHER INFODIENST IN VORBEREITUNG

Bielefeld
10. Oktober

Am 15.9. trafen sich die Vertreter antifaschistischer Arbeitskreise aus Hamburg, Göttingen, Oldenburg, Kiel, Hameln, Bielefeld, Bochum, Essen, Frankfurt, Stuttgart, Tübingen und Pforzheim, um über die Herausgabe eines bundesweiten Informationsblattes zu diskutieren. Viele weitere Arbeitskreise und Personen äußerten schriftlich ihre Bereitschaft, sich an einem solchen Projekt zu beteiligen, konnten aber aus zeitlichen Gründen nicht an diesem Bundestreffen teilnehmen. Vertreten waren aktive Gewerkschafter, Leute aus Bürgerinitiativen und Alternativen/Bunten Listen, aber auch solche aus linken Organisationen wie Jusos, VVN, DKB, KB und SAG.

Nach längeren sehr sachlichen Diskussionen einigten sich die Teilnehmer darauf, ein Informationsblatt zu starten, daß sich gezielt an alle Antifaschisten wendet. Es soll vor allem sachliche und genau recherchierte Informationen über die Neonaziszene und die mit ihr verbundenen Kräfte sowie konkrete Informationen für die antifaschistische Kleinarbeit bringen. Der Vorschlag einiger Teilnehmer, eine linke Publikation wie die TAZ darum zu bitten, einen regelmäßigen Antifateil aufzunehmen, wurde aufgrund der bisherigen schlechten Erfahrungen verworfen. Das Informationsblatt soll nicht dazu dienen, allgemeinpolitische Grundsatzdiskussionen zu führen. Falls es an konkreten Punkten zu Antifabündnissen kommt, werden die kontroversen politischen Positionen dokumentiert. Deshalb bekannte sich die Mehrheit der Teilnehmer zu einer prinzipiellen Offenheit. Zu diesem Bundestreffen antifaschistischer Arbeitskreise kam es nicht nur durch die verstärkten Aktivitäten der Neonaziszene. Die „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes/Bund der Antifaschisten" (VVN) leistet zwar eine sehr wertvolle Aufklärungsarbeit durch ihre Wochenzeitung „die tat" und die Schriften des Frankfurter Röderbergverlages. Die Verbandsarbeit ging in den letzten Jahren aber immer mehr in die Hände jüngerer Mitglieder über, die der DKP entweder angehören oder ihr sehr nahestehen. Das hat dazu geführt, daß die Abgrenzungsbeschlüsse dieser Partei auch für die VVN gelten, die eine Zusammenarbeit mit unabhängigen linken Tendenzen ausschließen. Auf den nächsten Bundestreffen wird daher darüber diskutiert werden, wie diese prinzipielle Offenheit zu gewährleisten ist. Voraussichtlich Anfang 1980 wird auf Initiative der Landeskonferenz der antifaschistischen Arbeitskreise aus



Nordrhein-Westfalen ein Bundeskongreß stattfinden, auf dem dann über dieses Projekt abschließend diskutiert wird. Zuvor sollten alle interessierten Organisationen, Arbeitszusammenhänge und Einzelpersonen darüber diskutieren und ihre Stellungnahmen bis zum 20.10.79 an Gerd Rübenstrunk, Laarerstr. 168 in 49 Herford senden. Das nächste Bundestreffen findet am 27.10. im „Rotthaus", Hauptstraße 172, Bochum-Langendraer pünktlich ab 14 h statt (Fahrverbindung über B 1, Ruhrschnellweg, Ausfahrt Provinzialstraße in Richtung Bochum)





MÄNNERGRUPPEN

Am letzten Wochenende des Septembers fand bei Wetzlar ein Männergruppen-Plenum statt. In einem Bauernhaus spannen wir über uns und unsere Umgebung aber nicht soft über Gott und die Welt. Wir spannen auch Fäden um unsere Nachbargruppen und nahmen uns vor, das nächste Plenum nach diesem Kennenlernen wieder hier in diesem Männernest zu machen, schon wegen der Atmosphäre in diesem Haus und der tollen Gegend. Da wir nur 8 Spinner waren, nahmen wir uns vor, es in die Blätter zu bringen, um unser nächstes Plenum am 27/28-10 zu erweitern.

Es gibt im Raum WI-MZ-F-GI 9 Männergruppen. Da sollte man voneinander wissen.

Bei diesem ersten Kleinplenum nach den Gründerjahren haben wir gemeinsame Wünsche festgestellt: Mehr Leute und Ideen kennenzulernen, was zusammen machen.

Kontakt: Rudi Gerhartz, Marburger Str. 9
6000 Frankfurt a.M.
Tel. 0611-704529

BUNDESTREFFEN DER JUGENDZENTREN

Vom 9.-11. November findet das 6. Bundestreffen der Jugendzentrumsprovinzen statt. Angesprochen zum Treffen zu kommen, sind diesmal nicht nur die Kontaktpersonen der regionalen Jugendzentrumszusammenschlüsse, sondern alle die Zeit und Lust haben, in einem selbstverwalteten Jugendzentrum mitmachen oder in einer Initiativgruppe für ein selbstverwaltetes Jugendzentrum kämpfen.

Das Treffen findet in Roßdorf im Bessunger Forst bei Darmstadt statt. Freitag um 19.00 gehts los, Sonnabend soll's ein Fest geben und Sonntag mittag geht's wieder nach Hause. Das ganze kostet 25 DM, Fahrtkosten gibt's bei Anreise zu zweit im Auto ganz zurück, sonst zur Hälfte.

Anmeldung: Tiedeke Heilmann, Uelzenerstr. 10, 3111 Suhlendorf
Tel. 05820/638 (bitte nicht nach 21.oo Uhr)

CISNU-DEMO: ZEUGEN GESUCHT

FRANKFURT
24.10.

Am 25.11.78 wurde neben zwei anderen der Perser Ahmad Tavakkoli an der Tiefgarage Uni verhaftet und zusammengeschlagen. Ihm wird schwerer Landfriedensbruch vorgeworfen. Er soll kurz vor seiner Festnahme einen Stein geworfen haben.

Am 8.11. soll ihm der Prozeß gemacht werden. Bisher konnte kein Zeuge für den Vorfall gefunden werden. Wer die Festnahme beobachtet hat, bitte melden bei:

RA Borowsky, Bergerstr. 29, 6 Ffm 1, Tel.: 43 51 08



der amerikanische Pazifist Tom Dunphy in seinem Kostüm als General Westmoreland

DIE H-BOMBE. Und wir.

In den USA spielt sich derzeit ein Konflikt ab, dessen Tragweite die Anti-AKW-Bewegung hierzulande noch nicht wahrgenommen hat. Amerikanische Gerichte haben mehrfach den Abdruck von Artikeln verboten, die eine Beschreibung der Funktions- und Herstellungsweise von Wasserstoffbomben enthielten.

Das Brisante daran ist, daß die Informationen, die den Artikeln zugrunde liegen, aus allgemein zugänglichen Quellen stammen, z.B. aus der Bücherei der Energiebehörde. Im September '79 schrieb der Hobbyphysiker Chuck Hansen aus Kalifornien einen langen Brief an den Senator Charles Percy/Illinois, in dem er auf den Widerspruch hinwies, daß einerseits alle notwendigen Informationen zum Bau einer H-Bombe quasi öffentlich zugänglich seien, andererseits jeder verfolgt werde, der dies praktisch und öffentlich unter Beweis stelle. Deshalb enthielt sein Brief auch eine detaillierte wissenschaftliche Auseinandersetzung mit Struktur und Auswirkungen der H-Bombe, gestützt auf die Informationen, die nur „offiziell" geheim sind.

Der Abdruck dieses Briefes im „Daily Californian" wurde auf Druck der Behörden verhindert. Daraufhin druckte ihn die Alternativzeitung „Madison Press Connection". Die Zeitung will mit den Informationen die Grauzone durchleuchten, die von jeher als „Nationale Sicherheit" beschworen wird.

Allgemeine Information und öffentliche freie Diskussion über die Gefahren, die das Leben und Überleben der Menschen betreffen, sollen die absolute Notwendigkeit sofortiger weltweiter Abrüstung verdeutlichen. Das Monopol der Regierung über know-how und die Definition, was geheim ist und was nicht, soll mit der Verbreitung auch technisch-wissenschaftlicher Einzelheiten angegriffen werden.

Informationen, mit denen gegenwärtig vielleicht Videla, Sadat, Figeureido und andere Galgenvögel der Dritten „Freien" Welt an H-Bomben basteln lassen können, sofern sie zum „Allgemeingut" werden, für die Strategie der US-Regierung an Wert verlieren. Mann/Frau stelle sich vor, der ID würde kurz vor der Ratifizierung von Salt II durch den US-Kongreß Einzelheiten einer neuen Massenvernichtungswaffe (allerstrengstens geheim!!!) der US-Army veröffentlichen. . . Da könnte ja jeder.

Die Mauer des Schweigens, die fast alle modernen Waffen des geplanten Massenmordes umgibt, rückt sie in eine Ferne, die sowohl die Vorstellungskraft der Menschen über deren Wirkung als auch die Möglichkeit ihrer Anwendung in derselben Abstraktheit beläßt, die Begriffe wie „flexible response", „Prinzip der Abschreckung" usw. suggerieren. Auch die AKW-Gegner in der Bundesrepublik vertrauen letztlich darauf, daß die tausende von atomaren Sprengköpfen und die Unzahl biologisch-chemischer Waffen, die auf europäischem und besonders deutschem Boden gelagert sind, wegen des sogenannten „Rüstungsgleichgewichts" nie zum Einsatz kommen. Das scheinbar festgefügte „Ost-West-Verhältnis" läßt uns die Zeitbombe eines Rüstungskriegs verdrängen, während wir unablässig und zu Recht gegen die ökologische Zeitbombe protestieren. Wir räumen dem Staat kein Recht ein, über unsere Lebensumstände zu entscheiden. Aber unsere Angst vor den Vernichtungswaffen läßt uns nicht einmal nach den Standorten der Bombenlager fragen, geschweige den Versuch — ähnlich der Veröffentlichung von Katastrophenschutzplänen von AKWs - die konkrete Wirkungsweise der gepriesenen Abschreckungs-Wunderwaffen zu publizieren und sie damit von der allein Adelbert Weinstein (Kriegswaffenfetischist der Frankfurter Allgemeinen) selig machenden „strategischen" Ebene herunterzuholen. Mittelstreckenrakete hört sich eben doch eher wie Mittelstreckenläufer an.

Natürlich baut kein US-Hippie jetzt seine persönliche H-Bombe zwischen zwei guten Joints. Dazu fehlen ihm nicht nur — trotz allem — Kenntnisse und Geld, sondern auch die strategische Absicht, ohne die nichts Schöpferisches zustande kommt, wie die Geschichte lehrt. Dennoch verliert mit jeder Veröffentlichung dieser (unten dokumentierten) Art der Mythos von der sauberen Abschreckung an politischer Ausstrahlung, weil die ganz banale Katastrophe plastisch hervortritt. Das Wort „Brutalität" ist den Militärstrategen fremd. Sie haben Höheres im Sinn. Zum Beispiel „Cruise Missile", unter dem sich jeder was anderes vorstellt, bestimmt aber nicht sich häutende Menschengesichter und abfallende Gliedmaßen.

Die Ohnmacht vor der Zwangsläufigkeit der „anonym" forcierten Aufrüstung bewußt zu machen, nicht, sie zu verdrängen, könnte auch bei uns ein Anfang sein, den Schrekken zwischen Moskau und Washington zu lokalisieren und den Rüstungsexperten ihre „Sachkompetenz" vor die Füße zu schmeißen. Am Ende des „Editorials" schreibt „Madison Press Connection": „Es ist höchste Zeit, daß diese Debatte dahin kommt, wohin sie gehört: in die Öffentlichkeit."

Reinhard, ID

DER MYTHOS DER "WASSERSTOFFBOMBEN-GEHEIMHALTUNG" IST EXPLODIERT

Von einem Genossen, der zur Zeit in Madison/USA lebt, kommt die H-Bomben-Geschichte:

USA — schwere Niederlage des Atomstaats

MADISON (Wisconsin) 2. Oktober — Als das liberale Magazin „Progressive" einen Artikel über den Bau von Atombomben aus jedermensch zugänglichen Quellen verbreiten wollte, ver anlaßte die Washingtoner Regierung mit einer einstweiligen Verfügung einen Veröffentlichungsstop. Begründung: der Artikel gefährde die nationale Sicherheit. Doch die Diskussion über die Gefahr der Verbreitung und Nutzung atomaren Wissens und die Notwendigkeit von Abrüstung war da, angeheizt noch durch einen Jahre zurückliegenden Vorfall, das mysteriöse Verschwinden einer großen Menge spaltbaren Materials. Von ihm wird angenommen, daß es nach Israel gegangen ist und dessen Entwicklung zur

munitionsfabrik während des ersten weltkrieges — des krieges, "der alle kriege beenden sollte".

Atommacht im Vorderen Orient ermöglicht hat. Die Redaktion der Zeitschrift zog vor Gericht, um den Druck des Artikels zu erzwingen.

Als der „Daily California" den Druck eines Briefes über die H-Bombe ankündigte, erwirkte die Regierung erneut einen Veröffentlichungsstop. Daraufhin druckte ihn kurzerhand die „Madison Press Connection", eine alternative Tageszeitung. Sie berief sich auf das Verfassungsrecht der freien Rede.

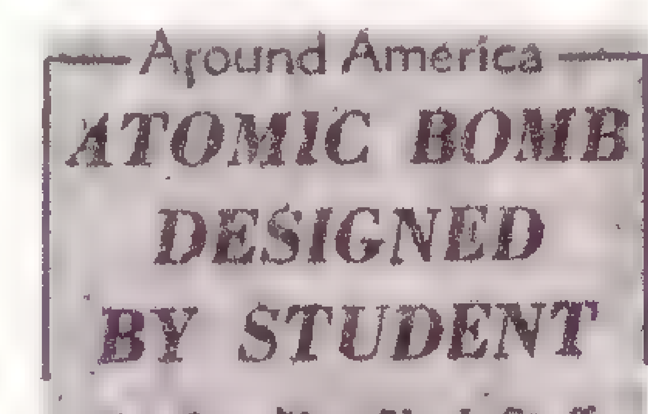
In diesem Brief beschreibt Hobbyphysiker Hansen Herstellungsmöglichkeiten einer H-Bombe mit Einzelheiten über den Bau eines Bombenauslösers. Empfänger des Briefes ist Senator Percy. Der Brief enthält zugleich Angaben über die Quellen, die übrigens wiederum öffentlich zugänglich waren, sowie über die verheerenden Folgen des H-Bomben-Einsatzes, über den die U.S.amerikanische Öffentlichkeit von der Regierung weitestgehend im Dunklen gelassen wurde.

Der politische Skandal ist perfekt. Die Regierung selbst ist nämlich die Quelle, aus der Hansen — wie übrigens schon andere vor ihm — gesch öpft hatten. Die Einzelheiten seines Briefes basieren auf Materialien einer öffentlich zugänglichen Bibliothek des Energieministeriums. Dieses Ministerium war bislang federführend in allen Verbotsanträgen von Veröffentlichungen. Hansen schreibt dazu: „Obwohl das Energieministerium jetzt zugibt, daß diese Art Informationen in der Öffentlichkeit zugänglich sind, versucht es nichtsdestoweniger die Verbreitung dieser Informationen zu unterdrücken (*im „Progressive"-Fall, ID*), um sowohl die Illusion der Geheimhaltungsmöglichkeit als auch das reale Monopol über die Veröffentlichung waffentechnischer Informationen und über die öffentliche Diskussion der amerikanischen Atompolitik aufrechtzuerhalten, die sowohl Atomreaktoren wie Atomwaffen betrifft."

Das Justizministerium sah sich nach dieser Veröffentlichung gezwungen, seine Anklage gegen das „Progressive Magazin" aufzugeben und die einstweilige Verfügung gegen die kalifornische Tageszeitung zurückzuziehen, die den Hansen-Brief ebenfalls hatte abdrucken wollen. Ob es eine Anzeige gegen die „Madison Press Connection" erheben wird, ist noch offen.

Die Diskussion um Atomwaffen, Atomenergie und Atomstaat ist damit in eine neue Phase eingetreten. Weitere spektakuläre Schritte der Atomgegner stehen kurz bevor. So wird z.B. ein Antrag gegenüber der staatlichen Atomenergiekomission vorbereitet, der die Schließung zweier Atomreaktoren vor den Toren New Yorks wegen Gefährdung der öffentlichen Sicherheit erwirken soll.

Eckhard Dittrich


— Around America —

ATOMIC BOMB DESIGNED BY STUDENT

By Our New York Staff

A CHEMISTRY student, aged 20, has satisfied experts that a plan he has devised for making an atomic bomb would work.

The student, an undergraduate of Massachusetts Institute of Technology, has gone into hiding for fear that an anarchist group might kidnap him. His name is also being kept secret.

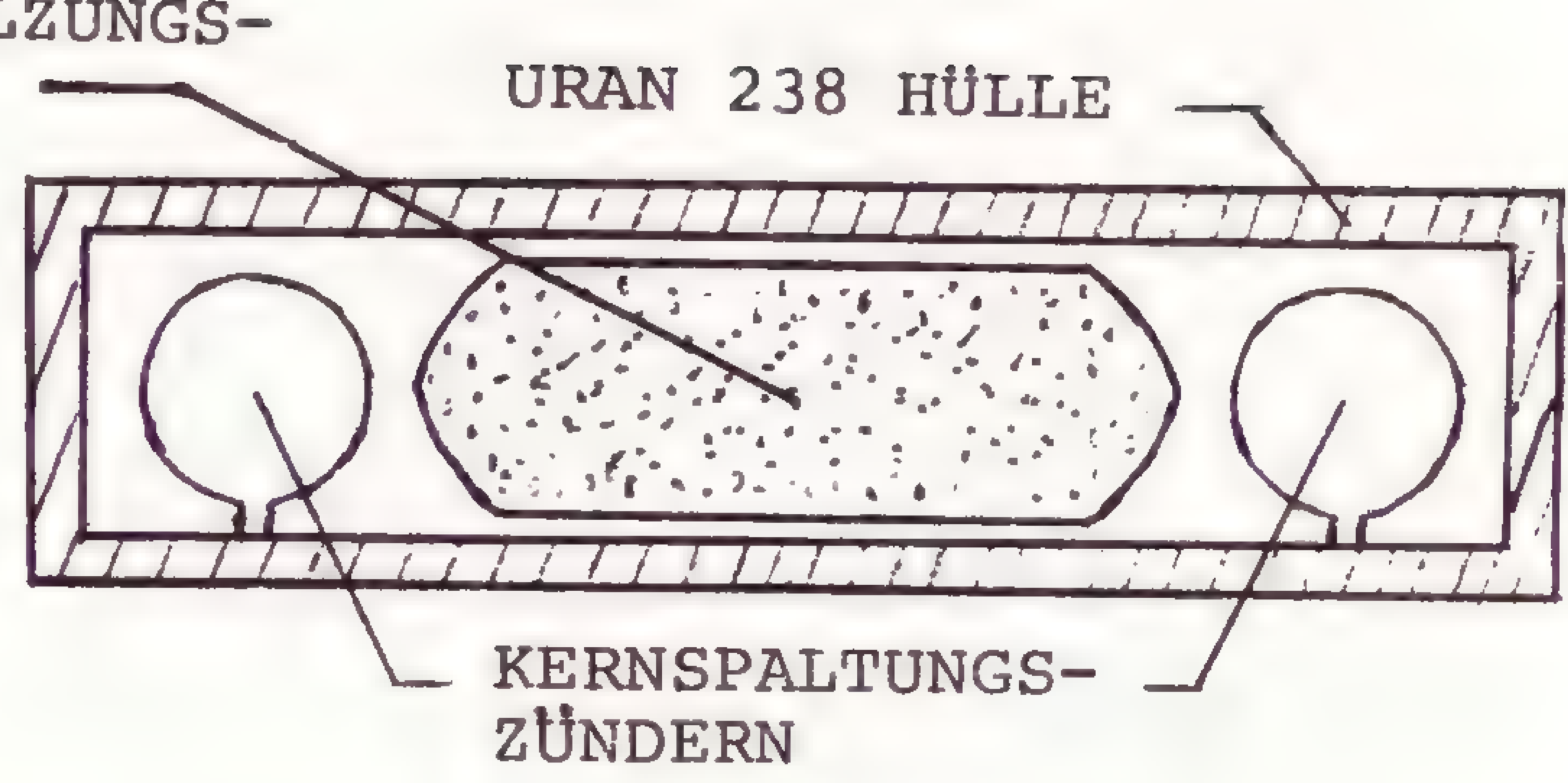


DIAGRAMM 1

QUERSCHNITT DURCH EINE H–BOMBE

MY DEAR SIR: Das fand Senator Percy eines Morgens in der Post

Aus dem Brief von Chuck Hansen, dem Hobbyphysiker aus Kalifornien, an Senator Percy:

Die „geniale Erfindung": eine Atombombe als Zünder

Die erfolgreiche Detonation einer Wasserstoffbombe erfordert, daß eine Anzahl von sich widersprechenden Prozessen in ein präzises Gleichgewicht gebracht werden, unter Bedingungen von Temperatur und Druck, die sehr genau den Zuständen im Zentrum der Sonne entsprechen. Die zwei grundlegenden Prozesse, die in Konkurrenz zueinander stehen, sind diejenigen, die die Struktur des atomaren Kerns auseinanderzureißen versuchen, und damit die Kernverschmelzungs-Reaktionen beenden, und diejenigen, die die Struktur lang genug zusammenzuhalten versuchen, so daß die Waffe einen abschätzbaren Teil von ihrem vorgesehenen Ertrag (Explosivkraft) erreichen kann. Diese sich widersprechenden Prozesse bewirken eine Kette von unglaublichen physikalischen Phänomenen in unendlich kleinen Zeitspannen (normalerweise gemessen in Bruchteilen von Mikrosekunden), zum Beispiel: der Neutronenstrom (die Menge von Neutronen), in einem explodierenden Kernfusions-Apparat schafft ein ionisierendes Plasma (ein überhitztes Gas) mit der Dichte von gediegenem Blei. Die Methode, diese Bedingungen herzustellen und eine thermonukleare Explosion von beliebigem Umfang zu zünden und aufrechtzuerhalten, ist in amerikanischen Waffen auf einem unmenschlich klugen und sinnreich--einfachem Weg erreicht worden, wie im folgenden beschrieben(. . .)

Die Pioniere der thermonuklearen Waffen standen vor dem Problem, wie sie eine von selbst aufrechterhaltene thermonukleare Reaktion (oder „Verbrennung") von beliebig großem Umfang mittels der Explosion eines relativ kleinen Kernspaltungszünders (Atombombe) erreichen könnten. Dieses Problem bestand aus vier Schlüsselmomenten: 1) Die richtigen Bedingungen von Temperatur, Druck und Neutronenstrom für ein Umfeld zu schaffen, das geeignet ist, die thermonukleare Zündung und „Verbrennung" herbezuführen; 2) die thermonukleare Treibstoffmasse (oder -massen) von beliebig großem Umfang zu zünden; 3) diese „Verbrennung" durch viele Generationen thermonuklearer Reaktionen zu verlängern; und 4) den Zusammenhalt der Kraftstoffstruktur (die thermonukleare Kraftstoffmasse und die umgebende Plasmawolke) für eine Zeitspanne zu verlängern, die genügt, um die erwünschte Explosivkraft und -effizienz (bestimmt durch den Anteil der Kraftstoffmasse, die verbraucht wird, bevor die Struktur auseinanderfliegt), zu erreichen. (. . .)

Die Forscher hatten eine Wahl zu treffen zwischen verschiedenen Fusions-Kraftstoffen, die alle Deuterium (das schwere Isotop von Wasserstoff) enthalten. Lithium 6 - Deuterid wurde gewählt, weil es ein „trockener", d.h. fester Kraftstoff ist, was den Lufttransport der Waffen praktikabel machte (Lithium 6 ist das leichte Isotop von Lithium). Was jetzt gebraucht wurde, war ein geeignetes „Zündholz", um den Fusions-Kraftstoff zu zünden. Zwei Wissenschaftler, Teller und Ulam (die „Väter der H-Bombe"), hatten endlich die Idee von der „Teller-Ulam-Struktur", was sich als die Lösung des Problems erwies: der springende Punkt dabei war, Tritium, ein weiteres Isotop von Wasserstoff, als Zwischenzünder, der wiederum von einer Spaltungsreaktion (wie in der Atombombe) gezündet wurde, zu benutzen. Dieses „Treibstoffgemisch" muß unter so hohem Druck stehen, daß die Atomkerne dicht genug beeinander liegen, um zusammenschmelzen zu können.

„Die Teller-Ulam-Struktur war ein geometrisches Muster und Arragement von Bombenteilen, um Hitze und Druck innerhalb der Kaftstoff-Masse mittels „sanfter" Röntgenstrahlen (das heißt, solcher mit niedriger Energie) zu entwickeln. Ungefähr siebzig bis achtzig Prozent der ursprünglichen Energie einer explodierenden A-Bombe besteht aus diesen „sanften" Röntgenstrahlen, und Teller und Ulam ist ein Plan eingefallen, diese Röntgenstrahlen zu benutzen, um den Fusions--Kraftstoff ausreichend zusammenzupressen, so daß eine Fusionsreaktion stattfinden konnte. Was sie machten, war folgendes: sie richteten diese Röntgenstrahlen in die äußere Bombenverschaltung aus Uran 238 (ein normalerweise nicht spaltbares Isotop von Uran); die Strahlen werden von der Verschalung aufgenommen und dann wieder auf einem anderen Energieniveau ausgestrahlt. Diese veränderten Ellipsoids (das ist ein Körper, der wie ein american football oder eine Zwetschge geformt ist) in die Kraftstoff-Masse oder -massen, die sie erst zusammenpreßten, und dann aufheizten, geleitet. Was danach geschieht, wird bei der Beschreibung des Diagramms diskutiert werden, wenn der Begriff des „isentropischen Drucks" erklärt wird.

Im Frühjahr 1951 testeten die Vereinigten Staaten mit der Greenhouse-Testserie im Pazifik auch eine Parallelentwicklung zum Teller-Ulam Prinzip, das Konzept der Fusionsverstärkung, bei der eine relativ kleine Atombombe mit einem zentralen Kern von Fusions-„Brennstoff" gefüllt war, um so eine kraftvollere Bombe zu produzieren. Diese Technik — der Gebrauch einer großen Menge spaltbaren Materials zur Zünddung einer relativ kleinen Menge Fusion-„Sprengstoff" — was das Gegenteil der Ausführung von Teller und Ulam, aber es führte zur Entwicklung von Kernspaltungszündern, stark genug, um größere Mengen von Fusions-„Sprengstoff" zu zünden. Das heißt, eine kleine H-Bombe (die fusionsverstärkte Atombombe) wird zur Zündung einer viel größeren H-Bombe benutzt. Diese Technik der Fusionsverstärkung war mit einigen Details in einem illustrierten Artikel im Time Magazine vom 12. April 1954 beschrieben. Obwohl einige Aspekte davon bis heute geheim sein sollten, kann keine Rede davon sein, daß sie es noch sind. (. . .)

Die neue Generation: „verbesserte" H-Bomben

(. . .) Wie man auf dem abgedruckten Diagramm 1 erkennen kann, enthält die Grundbombe zwei „fusionsverstärkte" Zünder, an den beiden entgegengesetzten Enden der Fusionsmasse aus Lithium 6 - Deuterid, alles zusammen in einem äußeren Koffer aus Uran 238. Diese bestimmte geometrische Anordnung von einzelnen Elemente (Zündern und Fusionsmasse) entspricht den Schaubildern, die den Artikeln von Edward Teller in der Encyclopedia Americana und von Hans Bethge in der Merit Student's Encyclopedia beigegeben ist. Für diese Anordnung ist es nötig, daß die äußere Waffenhülle eine wichtige Rolle spielt (als Material, das Röntgenstrahlen absorbiert und in die Fusionsmasse verändert wieder ausstrahlt), um damit eine Fusions-Zündung in einer Waffe mit einem hohen Wirkungsgrad zu erreichen. (Die äußere Hülle spielt später in der Explosionskette eine zweite Rolle, sie ist auch Teil der totalen Explosionskraft einer hochwirksamen Bombe).

Diese Teile sind voneinander getrennt und zum Teil auch getragen von einer „Füllung" der Hülle aus Polystren- oder Polyurethan-Schaum (in unzensierten Quellen veröffentlicht), Dieser Schaum bildet ein Gitterwerk, in dem das Fusionsmaterial eingebaut ist.

Wie vorher erwähnt, sind zwei Zünder in der Bombe. Die Absicht davon ist, eine symmetrische Druckerzeugung auf das Fusionsmaterial zu ermöglichen, und auch, eine Röntgenstrahlenquelle an jedem Ende der Bombe zu haben. Diese zwei Kernspaltungszünder müssen exakt gleichzeitig gezündet werden, sonst kommt es zu keiner Verschmelzung. Ein Exemplar eines solchen Zünders ist in Diagramm 2 gezeigt. Im Zentrum des Zünders ist ein Apparat, genannt Neutronen-Generator, eine Hochspannungs-Neutronenquelle, die die Kettenreaktion in der Atombombe auslöst (der Zünder).

In den „schlechten alten Zeiten" der Geburt der nuklearen Waffensysteme wurden die auslösenden Neutronen zur Zündung des Spaltungsprozesses von auseinandergebrochenen Halbkugeln („golf balls") aus Polonium und Beryllium produziert. Wenn sie zusammenkrachten, verursachte die mechanische Aktion eine nukleare Reaktion, die ziemlich niedrig energetische Neutronen aussendeten, die die nukleare Kettenreaktion im Uran 235 oder im Plutonium 239, dem „Kernbrennstoff", auslösten.

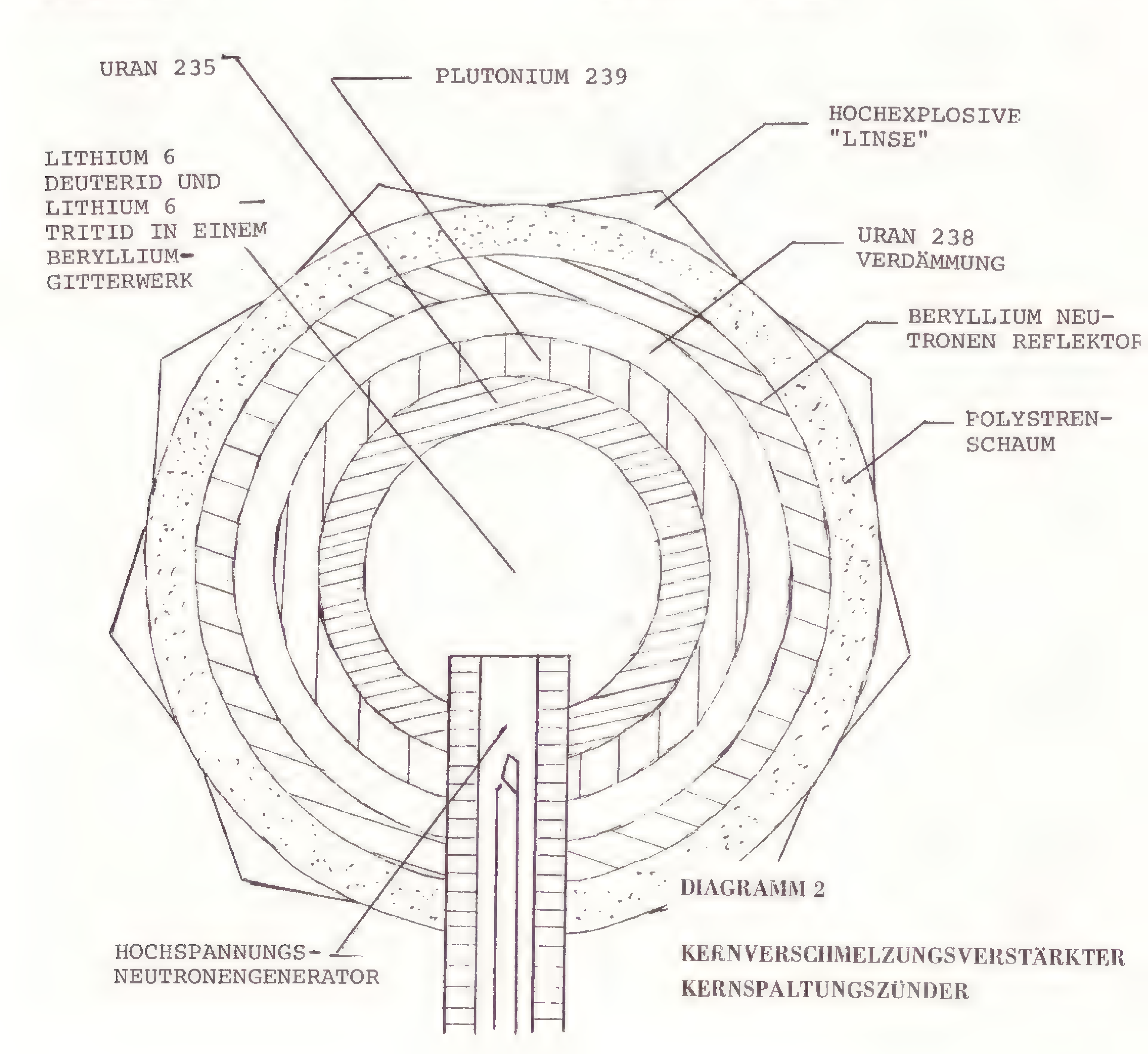
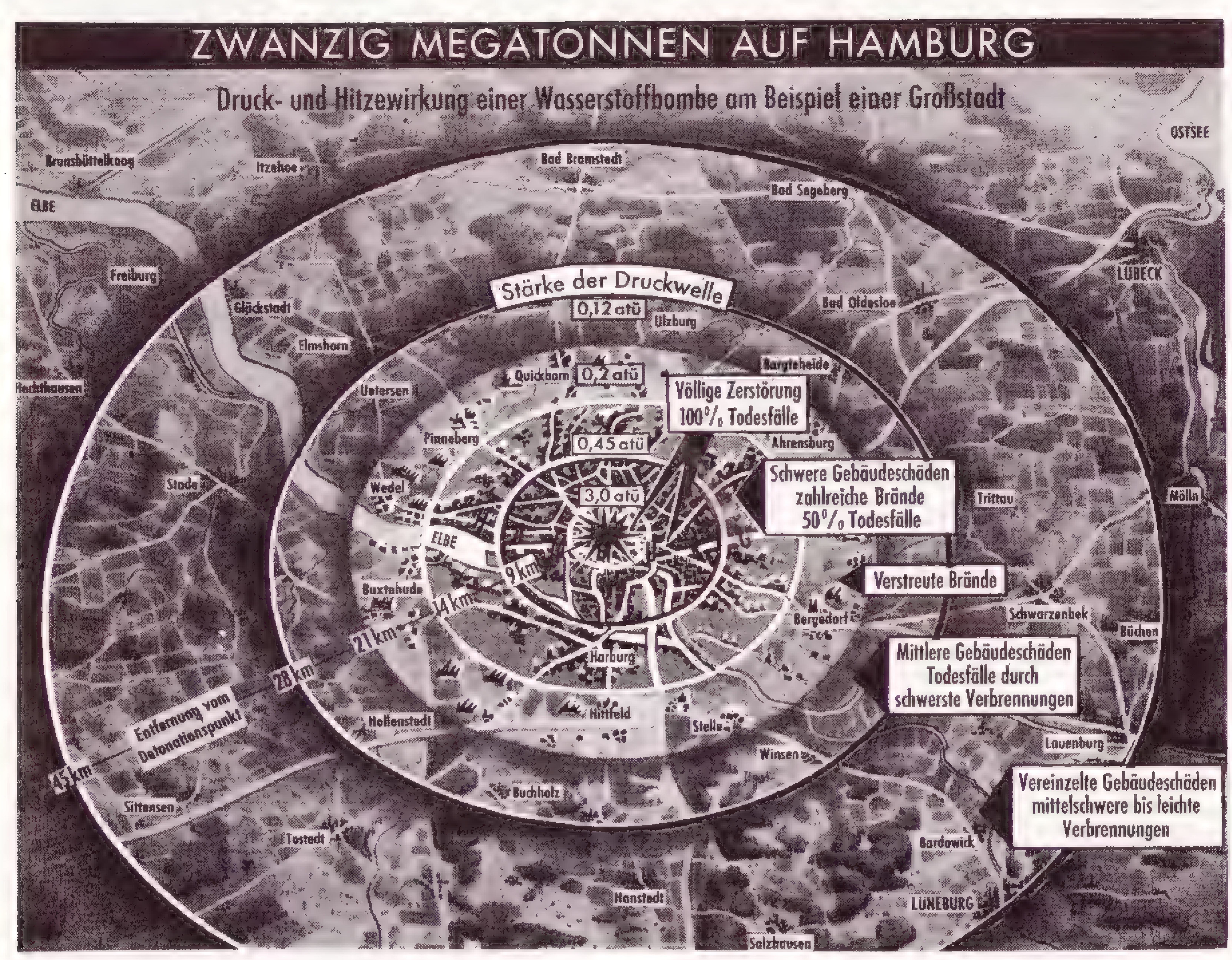


DIAGRAMM 2

KERNVERSCHMELZUNGSVERSTÄRKTER KERNSPALTUNGSZÜNDER



Die gegenwärtige Generation von Hochspannungs-Neutronen-Rohren bringen den Neutronen-Strom durch die Beschleunigung kleiner Mengen von Tritium oder Deuterium auf hohe Geschwindigkeiten. Wenn das Tritium oder Deuterium zusammenstößt (verschmilzt), werden Neutronen — in der Größenordnung von einigen zehntausenden von Millionen — produziert. Diese große Anzahl von auslösenden Neutronen löst viele Spaltungsreaktionenzu Beginn der Spaltungsreaktion aus; diese erhöht die Wirksamkeit des Zünders, so daß mehr spaltbares Material im Inneren „verbrannt" werden kann. Diese Generatoren funktionieren auch als Sicherheitsmechanismus: wenn sie nicht genau im richtigen Moment zünden, beginnt die Spaltungsreaktion nicht.

Der Rest des Zünders enthält eine Reihe von ineinander gebauten Elemente, die in unserer Grafik als Kugelschalen gezeichnet sind, aber in Wirklichkeit wahrscheinlich mehr in konischer Form aufgebaut sind, um die Röntgenstrahlung und die Neutronen, die der Zünder erzeugt, eff izienter lenken zu können.

Die äußerste Schale ist eine Anordnung von speziell geformten hochexplosiven „Linsen", die an eine hochkomplizierte und präzise elektronische Zündungs-Kontroll-Einheit angeschlossen sind, deren Einschaltung von einem Zeitzünder ausgelöst wird. Diese „Linsen" sind von der Oberfläche der nächsten Schale durch eine Schicht von Polystren- oder Polyethuran-Schaum getrennt. Die Funktion von diesem Schaum ist weiter unten beschrieben.

Die nach innen hin nächste Hülle ist eine Verdämmung aus Beryllium (erforderlich als Neutronen-Reflektor), in das spaltbares Material zurückgestoßen wird. Darin befindet sich eine schwere Verdämmung aus Uran 238, die durch ihre physikalische Trägkeit verursacht, daß die miteinander reagierenden Bestandteile länger zusammenbleiben (als sie es sonst tun würden). In ihrem Inneren befinden sich kugelförmige Schalen aus Uran 235 und Plutonium 239. Diese Materialien sind in dieser Kombination angeordnet, um entweder eine günstigere Wirkung zur Gewichtsrelation zu erreichen oder eine effizientere Spaltungsreaktion zu erhalten, oder um eine zusätzliche zweite Verdämmung zu bilden. Im Zentrum des „Spaltungszünders" ist ein Kern aus Lithium 6 - Deuterid und Tritium, eingebaut in ein Netzwerk von Beryllium. Der Neutronengenerator ragt in das Zentrum dieser Anordnung herein.

Der Ablauf der Zündung einer hochwirksamen Nuklearwaffe (wie der hier entwickelten) ist eine komplexe Präzisionsangelegenheit. Jedes Ereignis muß ohne Fehler und im richtigen Moment stattfinden, sonst würde die Bombe nur verzischen oder nur einen schlechten Wirkungsgrad erreichen (nur etwa so schwach wie Hiroshima). Mit einem Doppelzünder (aufgebaut wie der hier gezeigte (so wenig war's ja auch wieder nicht!!)) wird eine Gesamtzahl von acht aufeinander folgenden Einzel-Explosionen erreicht — in einem Zeitraum von einigen Mikrosekunden vom Beginn der Explosion des Sprengstoffs bis zur letzten gigantischen Spaltungsexplosion der äußersten Hülle. Die einzelnen Schritte werden im folgenden beschrieben.

1. Die hochexplosive Detonation:

Die „Linsen" um den Zünder herum explodieren gleichzeitig und schaffen eine nach innen gerichtete Implosionswelle, die die ganze Struktur bis auf 1/2 oder 1/3 ihres ursprünglichen Durchmessers zerquetscht. Die Schaumschicht um den Spaltungskern ermöglicht, daß die Schockwellen sich vereinigen und wachsen, bevor sie auf den Kern aufschlagen. Eine doppelte Explosion findet in den Linsen um den anderen Zünder herum statt.

FORT ⇨

2. Die erste Kernspaltung:

In irgendeinem Moment während der Implosion des Zünders produziert der Neutronengenerator einen ursprünglichn Feuerstoß von Neutronen, die die Kernspaltung im Uran 235 und Plutonimum 239 auslösen. Die Uran 238 -Verdämmung hält die Struktur zusammen, wenn die kugelförmi igen Schalen zerquetscht werden.

3. Die erste Kernverschmelzung:

Wenn die Implosionsschockwelle von den hochexplosiven „Linsen" ausgeht, produziert die sich ergebende Explosion einen unglaublich hohen Druck und eine hohe Temperatur in der Mitte des Zünderkerns. Diese Bedingungen reichen aus, um die Kernverschmelzungsreaktionen in dem in der Zündermitte liegenden Lithium 6 - Deuterid-Tritid-Kernbrennstoff zu beginnen. Das Netzwerk von Beryllium produziert weitere Neutronen für die Verschmelzungsreaktionen (Berryllium ergibt Neutronen, wenn es von Hoch-Energie-Neutronen getroffen wird; diese berylliumproduzierten Neutronen brüten neues Tritium aus dem Lithium - 6). Das neuerlich produzierte Tritium verschmilzt der Reihe nach mit dem Deuterium in der Lithium-6-Deuterid-Verbindung. Die Erhaltung einer 50:50-Mischung von Tritium und Deuterium ergibt die optimalen Bedingungen für Kernverschmelzungsreaktionen.

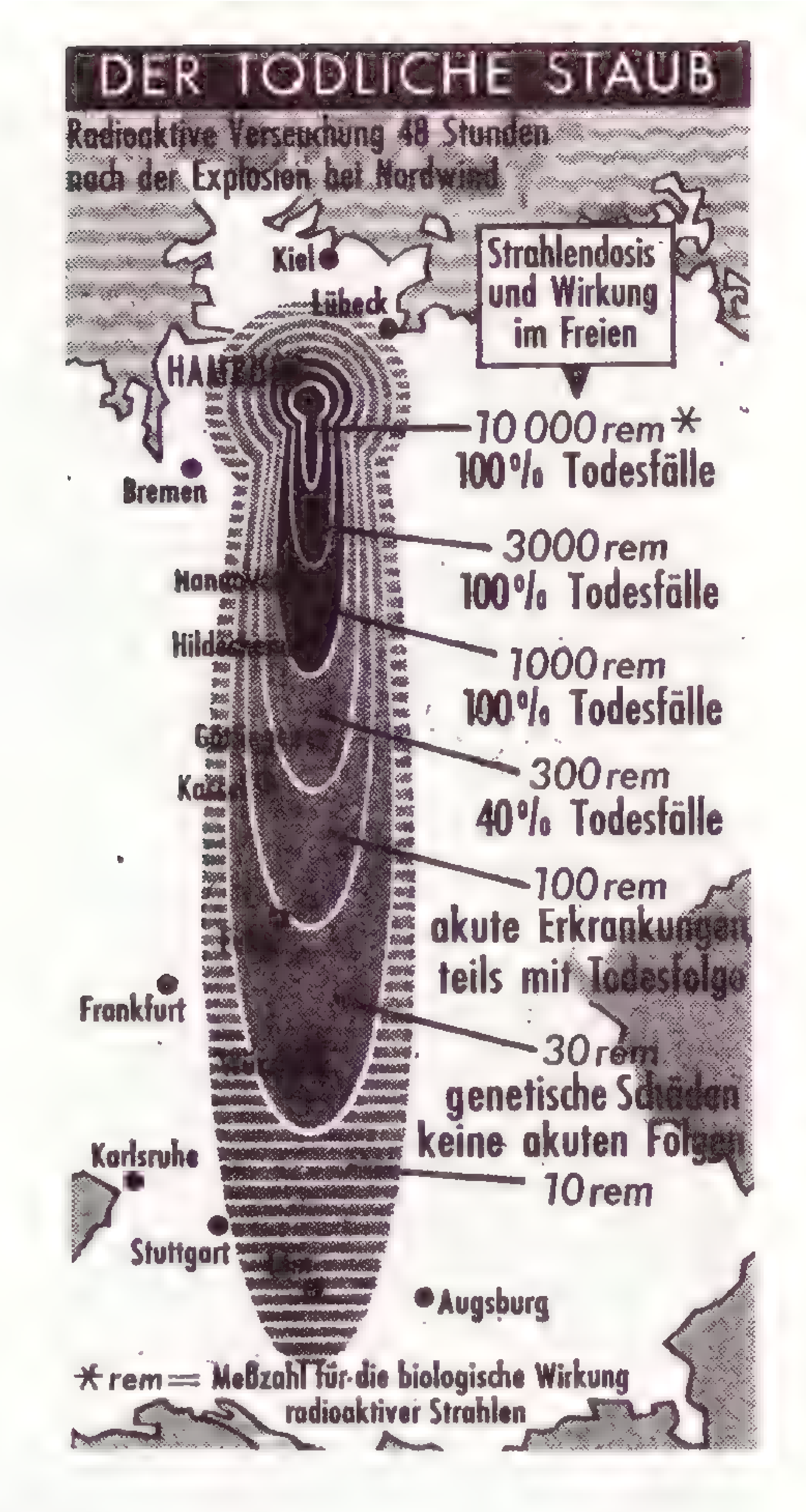
4. Isentropischer Druck:

Die explodierenden Spaltungs- und Verschmelzungszünder lösen eine breite Anzahl von Elementarteilchen und Strahlen aus; unter den letzteren sind die sogenannten sanften (niedrige Energie) Röntgenstrahlen. Die Zünder sind so geformt und gebaut, daß sie diese Röntgenstrahlen und auch Neutronen verschiedener Energieniveaus erhöhen. Manche von diesen Neutronen sind kraftvoll genug, um die äußere Waffenhülle zu spalten; andere werden dazu benutzt, um in der größeren Kernverschmelzungsmasse Tritium auszubrüten. Die „sanften" Röntgenstrahlen werden aufgenommen und in die Hauptkernbrennstoffmasse geleitet. Diese Masse — wahrscheinlich in Wirklichkeit von einer Menge von Submassen eingeschlossen — hat eine ähnliche Mischung wie die in den Kernspaltungszündern; d.h. Lithium-6-Deuterid in einem Gitterwerk von Schaum gehalten, wahrscheinlich in einer gesamten Ellipsoiden-Form (Zwetschge) arrangiert. Jede kleine Masse ist in einer dünnen Folie von Uran 238 eingehüllt. Wenn die Röntgenstrahlen vom Inneren der Waffenhülle die Uran-238-Hülle treffen, nimmt sie diese auf und strahlt andere Röntgenstrahlen aus, die die äußere Schicht der Kraftstoffmasse ionisieren. Diese Ionisierung verursacht eine nach innen gerichtete Schockwelle, die die Lithium-6-Deuterid-Verbindung zusammenpreßt. Weil die Ionisierung nur in der äußeren Schicht des Kraftstoffes stattfindet, wird die Masse in diesem Moment nicht so sehr erhitzt. 1/9 m^3 Kraftstoffmasse — etwa 100 kg — könnten vielleicht in eine Masse, die einen Teelöffel füllt, zusammengepreßt werden, und zwar zu einem Umfang von nur ein paar Kubikzentimetern. Wenn das passiert, steigt die DIchte des Kraftstoffs sehr stark. Der Kraftstoff entwickelt auch eine äußere Plasmaschicht, eine Wolke von Elementarteilchen mit elektrischer Ladung (Atomkerne ohne Elektronen).

5. Die Hitze:

Eine kolossale Hitze strahle in die Kernverschmelzungskraftstoffmasse, von beiden Zündern aus. Die Hitze wird meistens als kinetische Energie der Neutronen und anderer Elementarteilchen bezeichnet. Sie schafft innerhalb der Waffenhülle eine Temperatur von einigen 10 Millionen Grad.

Diese plötzliche Temperatursteigerung der Kernverschmelzungsmasse nach dem isentropischen Druck verursacht die große Hauptkernschmelzungsreaktion in der Waffe.



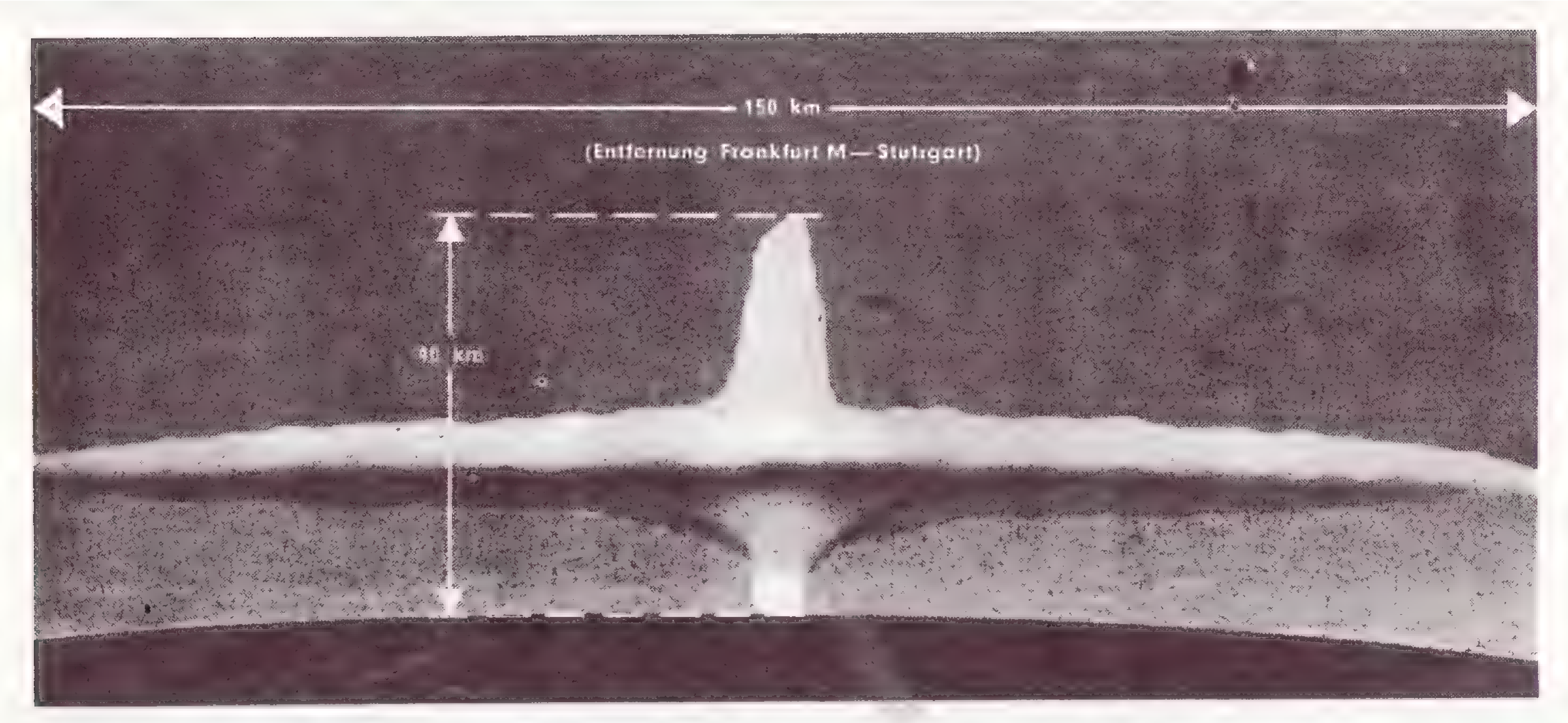
Die zweite Kernverschmelzung:

Der hochkompromierte Kernverschmelzungskraftstoff und die umgebende Plasmawolke werden plötzlich erhitzt und veranlassen ein intensives Neutronenbombardement, daß von den Kernspaltungszündern ausgeht. Die Temperatursteigerung allein genügt, um die kinetische Energie des Tritiums im Kraftstoff zu erhöhen, so daß er anfängt, mit dem Deuterium in der Lithium-6-Deuterid-Verbindung zu verschmelzen, während die Neutronen — ausgehend von den Kernspaltungsexplosionen — mehr Tritium innerhalb der Kraftstoffmasse produzieren (durch Lithium-Transformationen).

Das Vorhandensein des Beryllium in der Nähe des Kraftstoffes würde auch den Neutronenstrom verstärken und die Menge von Tritium würde sich merklich erhöhen. Wenn das Tritium gebrütet wird und mit dem Deuterium verschmilzt, würde die Temperatur der Kraftstoffmasse schnell steigen, bis eine Deuterium-Deuterium-Verschmelzung stattfinden könnte. Der Reihe nach würde dies die Temperatur und den inneren Druck des übriggebliebenen Kraftstoffs und der umgebenden Plasmawolke weiter erhöhen und dazu führen, daß die Kernverschmelzungsreaktionen schneller und öfter stattfinden, bis die Energieverluste an der Atmosphäre in der Nähe der Explosion (als ausgestrahlte ionisierende Energie sowie atomatische und Elementarteilchen und Strahlen) die Energieproduktionsgeschwindigkeit überschreiten oder bis die Reaktionsstruktur (der übriggebliebene Kraftstoff und die Plasmawolke) in die Luft fliegt. Die Folieschichten um die einzelnen Submassen würden tendenziell als eine Kernverschmelzungsverdämmung zu wirken beginnen, die die einzelnen Massen zusammenhält. Die äußere Waffenhülle aus Uran 238, zwischen 2 1/2 und 7 1/2 cm dick, würde als eine gesamte Verdämmung, die die ganze Kernverschmelzungsreaktionsstruktur und die Kernspaltungszünder zusammenhält, dienen.

Die zweite Kernspaltung:

Während der großen Kernverschmelzungsreaktion baut sich die Waffenhülle von innen auf. Die Hülle wird mit Hoch-Energie-Neutronen aus den Kernverschmelzungsreaktionen bombar-



Wasserstoffbombe über dem Pazifik

diert. Diese Neutronen sind kraftvoll genug, um eine Kernspaltung in der Hülle zu verursachen, und schaffen so eine sehr große Kernspaltungsexplosion, die bis 50 oder 60% des ganzen Explosivinventars der Bombe einbezieht. All diese vielen Explosionen, Implosionen und Kernreaktionen finden in einer Zeitspanne von wenigen Millionstel Sekunden statt. Sie wirken zusammen, jede Stufe erhöht die Intensität der nächsten. Wie gesehen, ist die Zündeinstellung sehr wichtig — die Ereignisse müssen in der richtigen Reihenfolge stattfinden, mit der richtigen Zeitspanne zwischen den Explosionen. Oder die Bombe wird nur zischen bzw. gar nicht zünden. Alle diese Bombenteile sind in einem Zylinder von ungefähr 1,5 m Länge und 0,5 m Durchschnitt eingebaut. Ein sehr kleiner Raum, wenn man die kolossalen Kräfte bedenkt, die in einer Kernspaltung oder Kernverschmelzungsexplosion enthalten sind.

Kontakt: Eckhard Dittrich, 5422 Lake Mendota Drive, Madison, Wisconsin 53705, U.S.A', Tel. 001-608/238-7063, und ID-Auslandsgruppe. Wir wollen eine Diskussion in Gang bringen über den Sinn solcher Veröffentlichungen, über die militärische Nutzung der Kernenergie und über unsere Ignoranz, über die Lager an Waffen und spaltbarem Material in der Bundesrepublik, über die sogenannten Sicherheitsvorkehrungen. Wer hat Informationen darüber?



G.I.s AGAINST THE NEUTRON BOMB



diese fotos zeigen schäden, die den opfern der ersten Atombomben in Hiroshima und Nagasaki/Japan zugefügt wurden. Heute werden diese Bomben nur noch "Knallfrösche" genannt, heutige H-Bomben der USA wirken etwa 25mal stärker. Soldaten der US-Armee protestierten am 9.April 1978 in Mannheim gegen die Neutronenbombe (davon das Foto oben mitte).

Ein ‚Comic' über Auschwitz? Und eines, das Tabus bricht? Nicht nur Adorno wäre im Quadrat gesprungen.

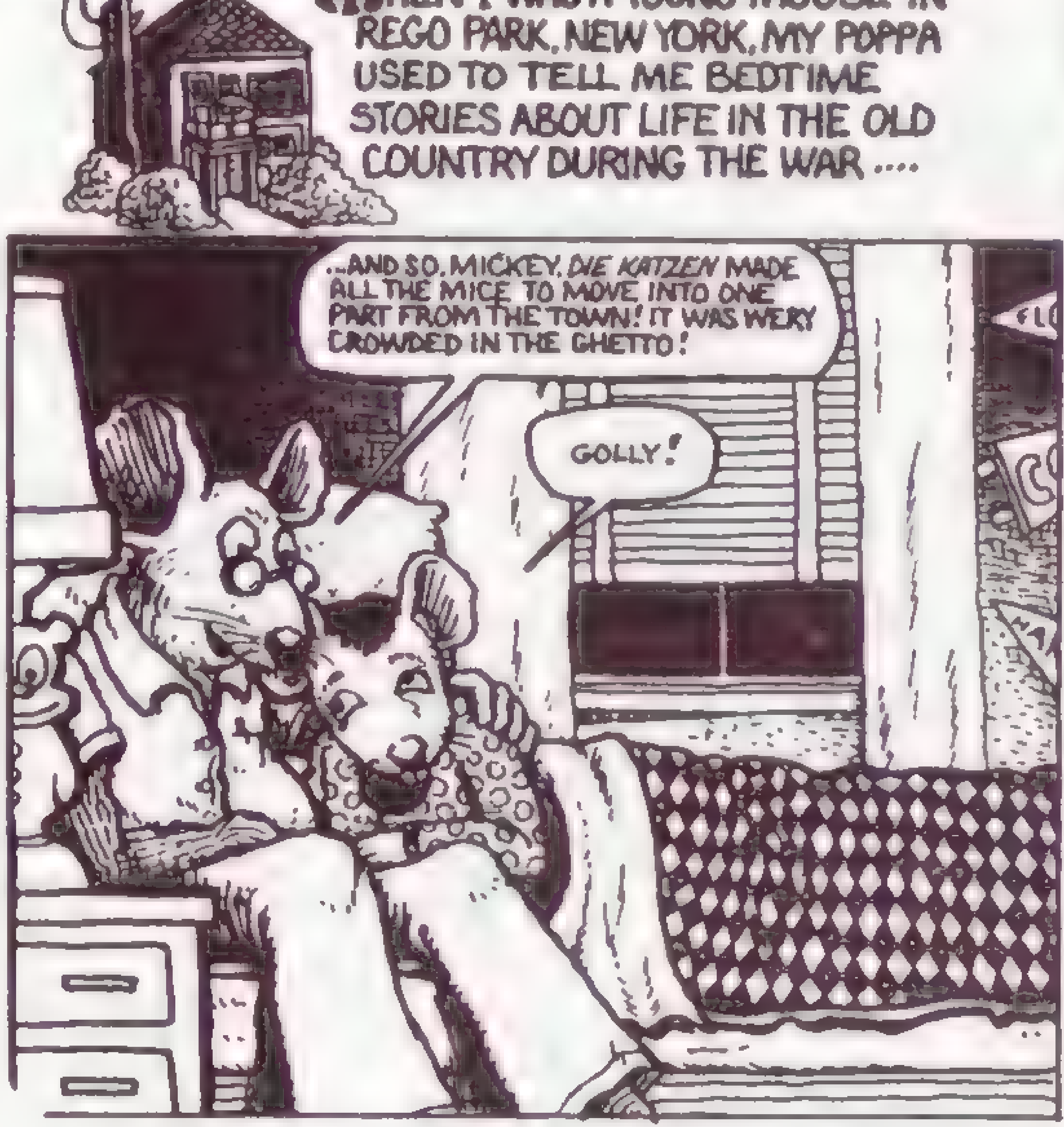
Art begreift den Alptraum Gegenwart. Das Unerhörte: er stellt dieses Begreifen auch noch dar. Und: er benutzt das ‚triviale' Medium ‚Comics' (im 3.Reich und in der Bundesrepublik der 50er Jahre als ‚Schund' klassifiziert).

'BREAKDOWNS' von Art Spiegelman erscheint in deutscher Übersetzung (von Heinz Emigholz) im Frühjahr 1980 im Verlag Strömfeld/Roter Stern

ART SPIEGELMAN

MAUS

POPPA

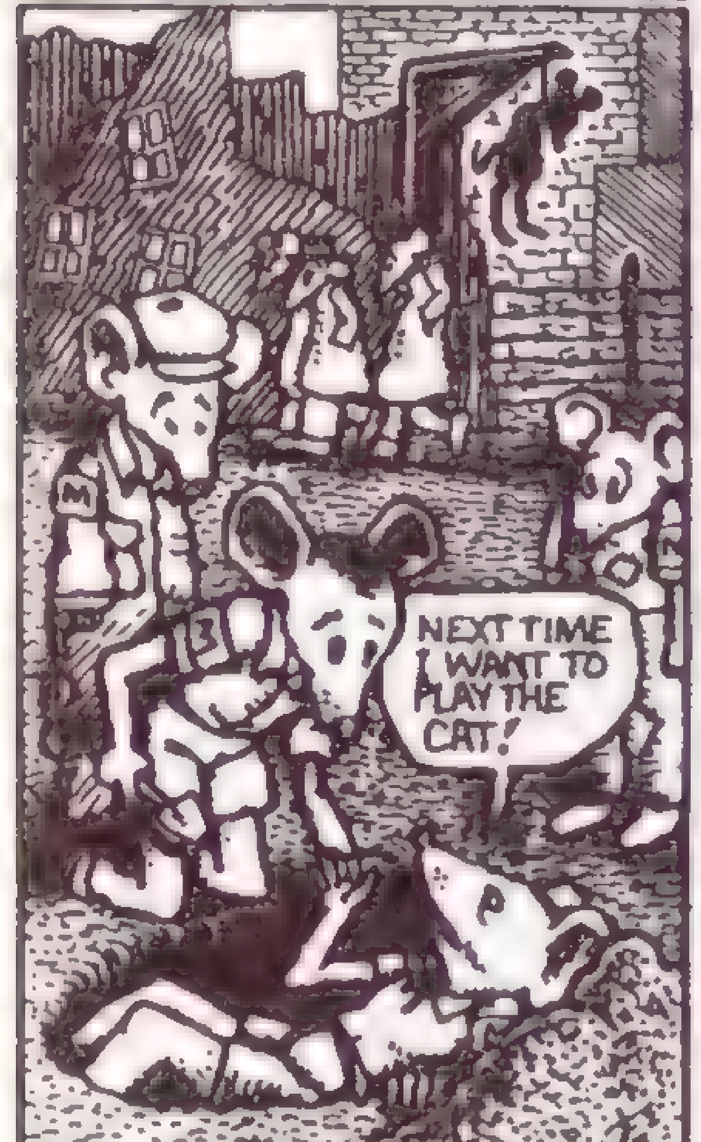




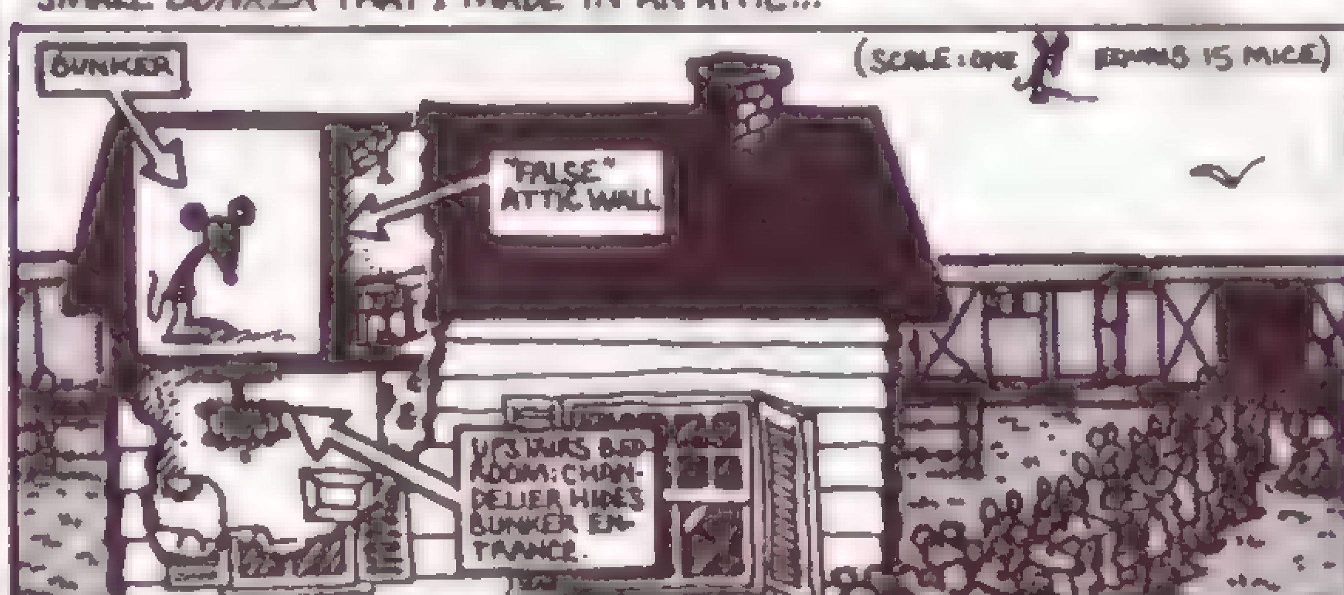
Textfragmente aus : "Ein toter Mann blutet noch", AUTONOMIE Nr. 14, 10/79, Materialien gegen die Fabrikgesellschaft, Schwerpunkt : Faschismus.

MAUSCHWITZ Comic aus : The Acme Reader / Comix 1974, USA (rip off press (?),

genaue Quelle wird nachgereicht, reader zu beziehen über Volksverlag Linden.

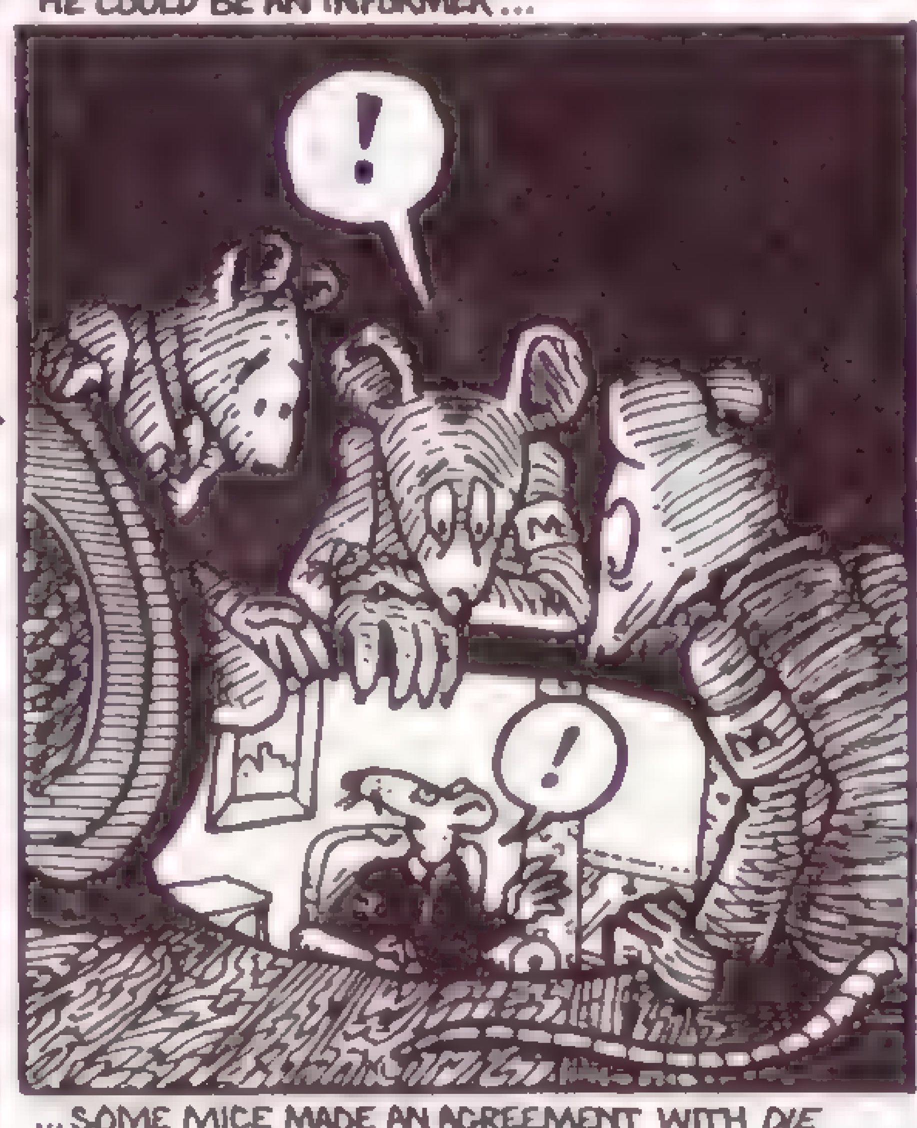

"CHILDREN LIKE YOU STILL PLAYED IN THE STREETS SOMETIMES. THEY PLAYED *FUNERALS* AND THEY PLAYED *GRAVEDIGGER*!
NEXT TIME I WANT TO PLAY THE CAT!


"SOON IT WAS DECIDED TO CLEAN OUT THE GHETTO. ONLY WAS LEFT A KITTY LITTER FACTORY AND ITS WORKERS. MOST MICE WERE TAKEN TO THE PRISON CAMPS...


"...WE HEARD HOW TERRIBLE IT WAS, THE CAMPS! 15 OF US HID IN A SMALL *BUNKER* THAT I MADE IN AN ATTIC...
BUNKER
(SCALE: ONE EQUALS 15 MICE)
"FALSE" ATTIC WALL
UPSTAIRS BEDROOM: CHANDELIER HIDES BUNKER ENTRANCE.


"ONE COULDN'T LIVE THERE!... IT WASN'T WHAT TO EAT!
YOU SEE? IF YOU CHEW THE WOOD, IT FEELS A LITTLE LIKE EATING FOOD!

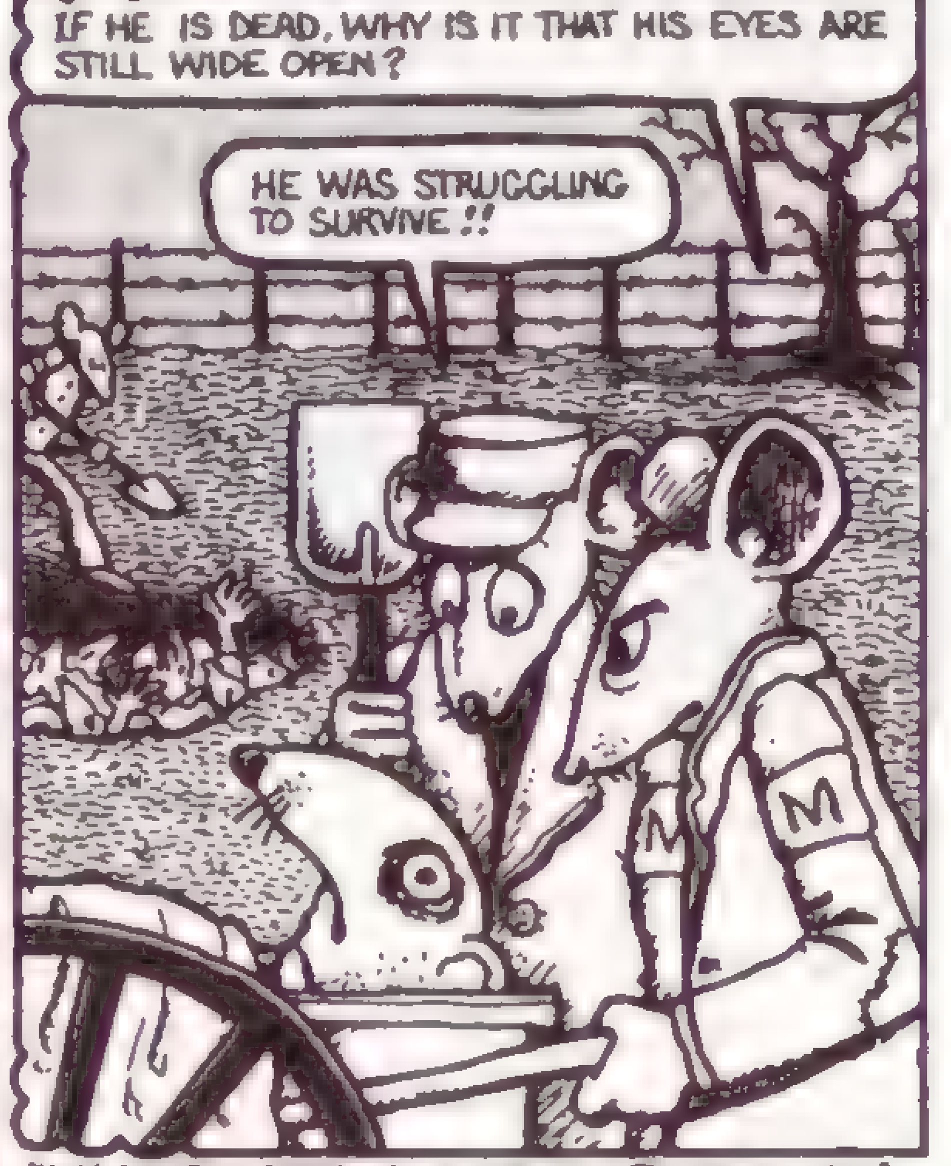

"AT NIGHT A FEW FROM US WOULD SNEAK OUTSIDE TO SEARCH FOR SCRAPS.


"ONE NIGHT IT WAS A STRANGER SITTING IN THE DOWNSTAIRS OF THE HOUSE. WE WERE AFRAID HE COULD BE AN INFORMER...
!
!
...SOME MICE MADE AN AGREEMENT WITH *DIE KATZEN*. THEY TURNED IN OTHERS SO THEY WOULD NOT BE SENT TO THE CAMPS THEMSELVES!


"WE DRAGGED HIM INTO OUR BUNKER...
I WAS ONLY LOOKING FOR FOOD FOR MY SICK WIFE AND BABY! I DIDN'T KNOW IT WAS ANYBODY HERE, SO I STOPPED TO REST A MOMENT! *OY! MY POOR BABY!!!*
HE IS LYING! THE SAFEST THING IT WOULD BE THAT WE KILL HIM!!!


"...AFTER A FEW DAYS WE TOOK PITY AND LEFT HIM GO. *DIE KATZEN* TOOK US THAT SAME AFTERNOON!"


MOST WERE SENT AWAY OR KILLED. I HAD A COUSIN ON THE *MAUS POLICE* AND I HAD A LITTLE MONEY STILL HIDDEN. I BRIBED A JOB FOR MOMMA AND MYSELF AT THE KITTY LITTER FACTORY!
BUT, POPPA - WHAT HAPPENED TO THE RAT THAT SNITCHED ON YOU?


"YOU KNOW, I BURIED HIM! I.... **BURIED....HIM....**
IF HE IS DEAD, WHY IS IT THAT HIS EYES ARE STILL WIDE OPEN?
HE WAS STRUGGLING TO SURVIVE!!
"MY COUSIN ARRANGED FOR HIM TO BE KILLED! IT HAPPENED THAT I WAS ON THE WORK DETAIL AND I BURIED HIM!





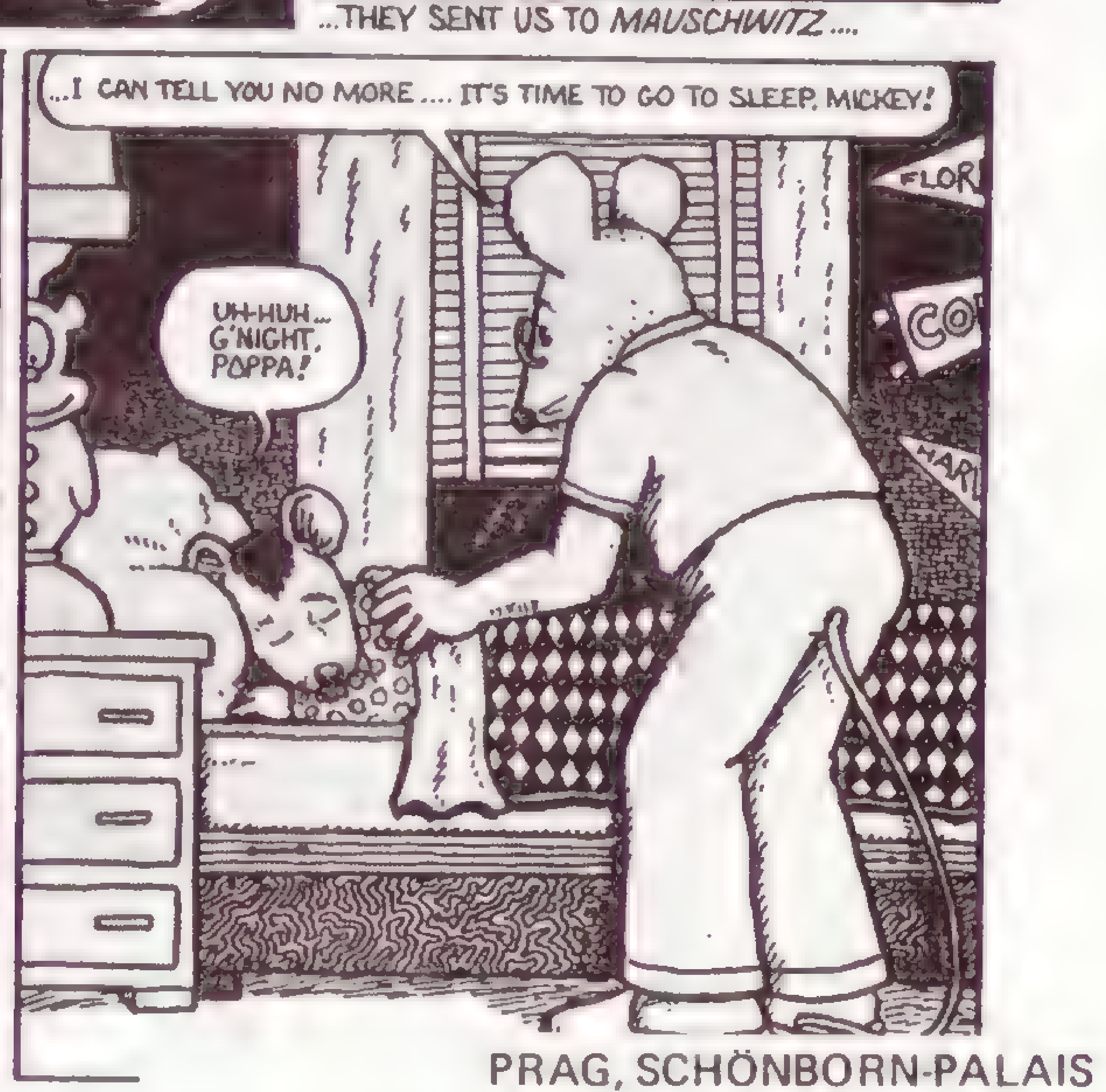






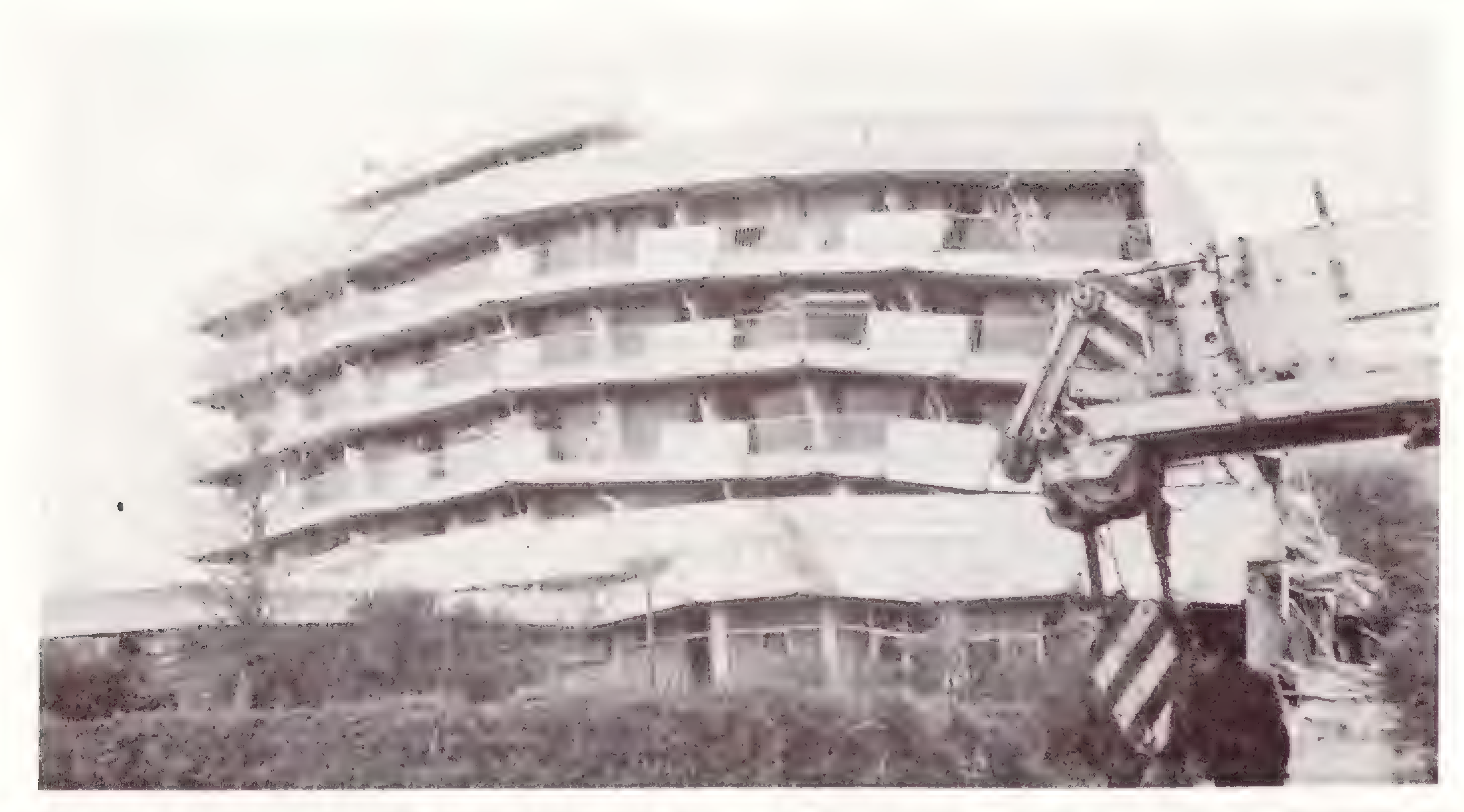






PRAG, SCHÖNBORN-PALAIS

Der Schreiber Franz Kafka sieht im Herbst 1920 die Sache so: *„Ach", sagte die Mickymaus, „die Welt wird enger mit jedem Tag. Zuerst war sie so breit, daß ich Angst hatte, ich lief weiter und war glücklich, daß ich endlich rechts und links in der Ferne Mauern sah, aber diese langen Mauern eilen so schnell aufeinander zu, daß ich schon im letzten Zimmer bin, und dort im Winkel steht die Falle, in die ich laufe." — „Du mußt nur die Laufrichtung ändern", sagte die Katze und fraß sie.*



BRIEFE AUS EINEM VERGESSENEN ERDBEBEN-GEBIET

Bar/Montenegro 20.Juni *Über das Erdbeben, das Montenegro am Ostersonntag verwüstet hat, wurde breit in der deutschen Presse berichtet — solange es eine Sensation war. Wie es den Leuten dort später ergangen ist, ist eine unterbliebene Nachricht.*

Einen Tag nach dem Erdbeben hat Max Watts eine deutsche Lehrerin, Alwine Simon, die seit Jahren mit dem jugoslawischen Architekten Sasche befreundet ist, in der Hafenstadt Bar getroffen.

Bar, sowie die untenerwähnten Städte Budvax und Ulsinj liegen an der montenegrischen Küste im Zentrum des Erdbebengebietes. Neun Wochen nach dem Erdbeben hat Alwine einen Brief an Max geschrieben, aus dem wir Auszüge bringen:

E drugovi,

Ich denke an Euch, seit ich hier bin; nun wird's Zeit für einie Sätze, denn Freitag geht's wieder heimwärts. Sascha hat es geschafft — trotz Urlaubssperre — 9 Tage mit mir in Dubrovnik zu sein. Nach nahezu 70 000 qm untersuchten Erdbebenschäden an beschädigten Häusern war er der Zerstörung und den Tränen müde, aber seine Katastrophenempfindlichkeit wäre kein Grund gewesen (selbstverständlich nicht, schließlich sind sie alle genervt), was zählte, war „die Njemica" (die Deutsche); diese Begründung akzeptierte der Direktor mit Augenzwinkern. Warum erzähl ich das? NIcht nur, weil es für mich gut war, sondern weil diese Story am Rande irgendwie exemplarischen Charakter hat.

Wie sieht's aus nach fast neun Wochen? Auf den ersten Blick hat sich nicht viel verändert: das Hotel Agave ist ein bißchen mehr in sich zusammengefallen, alle Bedürftigen haben inzwischen Zelte. Die Häuser sind alle mit grünen, gelben, roten Zahlen beschriftet: grün für O.K., gelb für reparaturwürdig, rot für ‚zum Abriß bestimmt'. Viele gelbe Zahlen sind nach dem 2. großen Beben, Richterskala 8, 5, das allerdings nur 6 Sekunden dauerte (das erste dauerte nicht 3 Sekunden, wie ich behauptete, sondern 25 Sekunden!) — durchgestrichen und rote daneben geschrieben worden. Ansonsten ist nicht viel passiert. Man arbeitet mit verschiedenen Komitees an Plänen für den Bau provisorischer Häuser, die allerdings einige Jahre überstehen müssen. Abgerissen wurde wenig, repariert noch gar nichts, außer in Selbsthilfe. Die ‚erste Hilfe' von den anderen Republiken wird nach Schadenshöhe vergeben; die internationale Solidarität (vor allem Gastarbeiter aus der BRD spendeten 600.000 DM) — alles in allem: nichts weiter als der berühmte Tropfen auf den heißen Stein.

Wie reagieren die Leute? Sieb habenzunächst mal ihre Gelassenheit nicht verloren, obwohl sie meinen, daß alles ein bißchen schneller gehen sollte. Sascha meint dasselbe. Er hat mit einem Freund zusammen einen Artikel geschrieben mit der Intention, den Leuten die Ursachen und Zusammenhänge der Erdbewegungen zu erklären und um ihnen die irrationale Angst zu nehmen. Man diskutierte Wochen über Erdbeben, inzwischen gibt es 1000e von ‚Experten' in Bar!

Bei seinem Freund Zoran allerdings konnten die Informationen die Angst nicht abbauen; er hat eine Macke davongetragen und glaubt jede Nacht, daß die Welt untergeht. Bei jedem Beben (2000 hat's inzwischen gegeben) wird er kalkweiß, rennt rum und will weg. Er ist nur noch Haut und Knochen. Sascha schläft jede Nacht mit ihm im Zelt; in der ersten Woche hat er keine Nacht geschlafen, weil er Zoran, der sich in seine Arme flüchtete — oft weinend — trösten und ihn mit Reden beruhigen mußte. Jetzt, wo ich da bin, ist es selbstverständlich, daß ein anderer Freund mit Zoran schläft.

Das läuft alles, obwohl Sascha z.B. oft 10 Stunden arbeiten mußte. Dafür wird Sascha, dessen Eltern in Beograd im Exil sind, von Freunden mit Wäsche und Essen versorgt.

Zur Bekundung der Solidarität sind Brigaden der kommunistischen Jugend zum Arbeitseinsatz hier. Da kein Material da ist , bedeutet es für die Organisatoren eine Menge zusätzlicher Arbeit, die Einsätze zu planen. Aber da dieser Anteilnahme ein hoher gesellschaftlicher Wert beigemessen wird, ist es selbstverständlich, daß FÜR die Jugendlichen alles getan wird. Sie sind in einer Schule untergebracht, der Chef des ehemals größten Hotels kocht für sie excellent (alle machen Witze darüber). Abends findet immer Programm statt mit Singen, Tanzen, Pantomime etc. und Beat.

Und das Tanzen und Singen hat hier eine andere Tradition als unsere Fahrtenlieder-Lagerfeuer-Sentimentalität. Die gehen nicht traumselig in sich, die gehen aus sich. Zwei Tage, bzw. Abende, war ich jetzt im Lager und habe mit großem Vergnügen beobachtet. Ich hatte nie das Gefühl von Kasernendrill und -disziplin, wie z.B. bei den jungen Pionieren, weswegen mir diese aufgesetzten Sozial-Jugendorganisationen zuwider sind.

Hier gibts Sonderregeln und gleiche Arbeitsanzüge und Kontrollen beim Rein- und Rausgehen, aber — verdammt noch mal — so furchtbar menschlich und UNverkniffen geht man miteinander um; z.B. verbrüderten sich gestern zwei Gruppen miteinander. Man stand in Reihen hintereinander, Fahnen vorn. Brüderküsse, Ansprachen, Singen von Partisanen- und Brigadenliedern, nicht rührselig, aber feierlich. Zum Schluß des letzten Liedes begleitete die Band im Hintergrund sehr zurückhaltend im Rhythmus des Originals, fast unmerklich gingen sie in Beat-Rhythmus über, dann lauter werdend wurde im Beatsound gesungen und später trotteten die Brigaden wie wild auf dem Platz herum. Stellt Euch „Brüder - zur Sonne, zur Freiheit" oder die „Internationale" verhottet vor! Undenkbar — oder? Die Genossen würden um den Sozialismus fürchten, er könnte ja Schaden nehmen. Wichtig noch, daß die Kafanas bestens ausgerüstet sind, daß es zum Essen und Trinken genug gibt. Man hat die „Lust" nicht verloren. Der Tourismus ist gestorben in dieser Saison. Die Strände sind leer — paradiesische Zustände wie vor 15 Jahren. Ich genieße diesen Anblick, obwohl das fast zynisch klingen muß bei Berücksichtigung der Ursache. Ich werde allen Leuten empfehlen, die fern des Massentourismus Urlaub machen wollen, diesen Ausnahmezustand zu nützen! Platz für ein Zelt gibt's immer und viele neue Privathäuser, die Zimmer vermieten, sind unbeschädigt.

Der Anblick des alten Budva ist mir sehr nahe gegangen, da gibt's wirklich keinen unzerstörten Flecken. Da sitzt man in der Sonne und starrt auf Steinhaufen. Alles soll wieder aufgebaut werden, nur weiß niemand, wann. Das kostet x-Milliarden Dinare. Wenn ich meine Fotos angucke, die ich zwei Tage vor dem Erdbeben gemacht habe, wird mir ganz anders. Das alte Bar und Ulcinj habe ich uns deswegen erspart. Das ist zwar Vogel-Strauß-Gebaren, aber was soll's .

(. . .)

Seid nochmals gegrüßt von uns, Alwine Simon

Stellungnahme des Frankfurter ASTA zum Prozeß gegen Brigitte Heinrich

Frankfurt
16. Oktober

Am 3.10.1979 hat vor der Staatsschutzkammer des Landgerichts Karlsruhe der Prozeß gegen die Präsidentin des Studentenparlaments der Universität Frankfurt — Brigitte Heinrich — begonnen. Die Anklage lautet auf Verstoß gegen das Kriegswaffenkontrollgesetz und Unterstützung einer kriminellen Vereinigung. Ihr wird vorgeworfen, Ende 1973 und Anfang 1974 in der Schweiz gestohlene Waffen an der Grenze übernommen und an eine Gruppe der RAF weitergegeben zu haben.

Als Brigitte im November 1974 im Zuge der Aktion „Winterreise" verhaftet wurde, lauteten die Vorwürfe gegen sie noch ganz anders. Aufgrund von Aussagen der „Zeugen" Mauer und Bodeux wurde behauptet, Brigitte sei „Mitglied einer kriminellen Vereinigung" gewesen, sie habe als „Anlauf- und Kontaktstelle" für anarchistische Gruppen" gedient. Diese, nie näher konkretisierten pauschalen Beschuldigungen reichten den Behörden aus, um Brigitte fast fünf Monate in Untersuchungshaft zu halten, aufgrund derer sie lebensgefährlich erkrankte. Erst eine breite Öffentlichkeitskampagne und der Protest von Medizinern gegen Brigittes Behandlung im Gefängnis bewirkte, daß sie im April 1975 aus der Haft entlassen wurde. Es war wohl kein Zufall, daß die Freilassung kurz vor dem zweiten Haftprüfungstermin erfolgte, an dem die Behörden die Anklagepunkte und die behauptete „Flucht- und Verdunkelungsgefahr", die für einen Haftbefehl notwendig ist, hätten näher belegen müssen. So wurde der Haftbefehl lediglich außer Vollzug gesetzt, besteht aber seit dieser Zeit fort. Aufgrund des Haftbefehls ist Brigitte seit nunmehr viereinhalb Jahren schikanösen Auflagen ausgesetzt.

Unter Hinweis auf den bestehenden Haftbefehl („Im Rechtsstaat wird niemand ohne Grund verhaftet") hatten der hessische Kultusminister und die Leitung der Universität Frankfurt nichts besseres zu tun, als Brigitte auch noch ihren Lehrauftrag am Fachbereich Gesellschaftswissenschaften zu entziehen.

Nachdem sich auch in Kreisen der Ermittlungsbehörden herumgesprochen hatte, daß mit ihren Zeugen Bodeux und Mauer wenig Staat zu machen war, wurde plötzlich, im Oktober 1976, ein neuer Haftbefehl präsentiert, in dem nichts von den alten Vorwürfen, wegen derer Brigitte immerhin fast ein halbes Jahr in Untersuchungshaft war, wieder auftauchte. Die alten Vorwürfe wurden restlos fallengelassen, über die neuen Anklagen wird nun, drei Jahre später in Karlsruhe verhandelt.

Der Vorwurf des Waffentransports stützt sich auf Aussagen der drei Schweizer Zeugen Städeli, Egloff und van Arb, die in der Schweiz wegen Diebstahls der Waffen, die Brigitte weitergegeben haben soll, verurteilt worden sind. Da mit diesen Aussagen der Anklagepunkt „Verstoß gegen das Kriegswaffenkontrollgesetz" und damit mittelbar auch „Unterstützung einer kriminellen Vereinigung" steht und fällt, wenden die Ermittlungsbehörden in der bisherigen Rechtssprechung außergewöhnliche Methoden an, um die Aussagen im Prozeß verwenden zu können. Da den drei Schweizern bei Einreise in die Bundesrepublik die Verhaftung droht, wurden die für den Prozeß relevanten Vernehmungen am 18.9.79 von der Bezirksanwaltschaft Zürich in der Schweiz vorgenommen. Brigitte konnte an der Befragung nicht teilnehmen, da die Schweizer Justiz ihr mitgeteilt hatte, sie müsse, falls sie von ihrem Recht der Zeugenbefragung Gebrauch mache, mit ihrer sofortigen Verhaftung rechnen. Auch die Verteidiger konnten nicht, wie in jenem Prozeß üblich, die Zeugen direkt befragen. Von den Belastungszeugen ist einer erst gar nicht erschienen, ein anderer wollte zu seiner alten Aussage nichts mehr hinzufügen. Der dritte Zeuge verweigerte unter den gegebenen Bedingungen die Aussage und verlangte, die Voraussetzungen für ein persönliches Erscheinen in Karlsruhe zu schaffen, das heißt, freies Geleit.

Vernommen wurden am 18.9. deshalb nur die Schweizer Polizeibeamten, die vor Jahren die ersten Aussagen der Zeugen zu Protokoll genommen hatten. Sie antworteten auf ihnen seit längerem bekannte Fragen durch Verlesen von Berichten, die sie aus den alten Vernehmungsprotokollen zusammengestellt hatten. Eigenartiger Weise haben sie noch nicht einmal die Genehmigung zu einer Dienstreise erhalten, um im Prozeß in Karlsruhe aussagen zu können.

In den bisherigen Verhandlungstagen hat sich schon gezeigt, daß das übrige „Beweismaterial" der Staatsanwaltschaft nicht annähernd für eine Verurteilung ausreicht. Den Aussagen der Schweizer wird daher für den Prozeß ausschlaggebende Bedeutung zukommen. Wenn die Behörden die Aussagen in der Form, wie sie bisher vorliegen: als Zusammenstellungen jahrealter polizeilicher Vernehmungsprotokolle im Prozeß verwenden wollen, so deutet dies darauf hin, daß sie eine Verurteilung auf Biegen und Brechen anstreben. Eine Verurteilung wird schließlich gebraucht, um die Untersuchungshaft, den über fünf Jahre aufrechterhaltenen Haftbefehl und die ständige Diffamierung Brigittes als „internationale Terroristin" in der Öffentlichkeit zu legitimieren.

Die minimale Voraussetzung für einen unter diesen Umständen wenigstens halbwegs fairen Prozeß, die eigentlich selbstverständlich sein sollte, ist, daß die Belastungszeugen persönlich vor Gericht erscheinen und von der Angeklagten und ihren Verteidigern befragt werden können. Sollten die Bedingungen dafür nicht geschaffen werden, so dürfen derartige Beschuldigungen im Prozeß keine Verwendung finden.

Eine zweite Voraussetzung ist die Aufhebung des skandalösen Haftbefehls, der noch niemals in irgendeiner Weise gerechtfertigt war und der in der Öffentlichkeit einer Vorverurteilung Brigittes gleichkommt.
Um diesen Forderungen gegenüber den zuständigen Stellen Nachdruck zu verleihen, wenden wir uns an die Öffentlichkeit.

ÖFFENTLICHE VERNEHMUNG DER SCHWEIZER

ZEUGEN IM PROZESS IN KARLSRUHE! SOFORTIGE AUFHEBUNG DES HAFTBEFEHLS GEGEN BRIGITTE HEINRICH!

Spendenkonto: Kto.-Nr. 336 - 81 243, Brigitte Heinrich, Frankfurter Sparkasse von 1822

Wer diese Forderungen unterstützt, schicke bitte seine Unterschrift an: ASTA Uni Frankfurt, Mertonstr. 26, 6 Frankfurt/M1

TOTALVERWEIGERER SIEGBERT KÜNZEL WIEDER ZU 21 TAGEN VERURTEILT

Hamm/Münster 8. Oktober *Siegbert Künzel, den ID-Lesern vom Titelbild der Nummer 297 bekannt, ist zum dritten Mal zu 21 Tagen Disziplinararrest verknackt worden. Zur Erinnerung:*

17.8.79 Öffentliche Festnahme im Hammer Jahnstadion während der Feier zur Übernahme der Patenschaft Hamms über das Sanitätsbataillon 7

19.8.79 Urteil des Truppendienstgerichts: 21 Tage Arrest

9.9.79 Abgabe an die Hammer Staatsanwaltschaft

12.9.79 Entlassung aus der Untersuchungshaft

13.9.79 Erneute Festnahme durch die Feldjäger

14.9.79 21 Tage Disziplinararrest

Freunde und Unterstützer Siegberts schreiben zu seiner augenblicklichen Situation:

Siegberts einwöchiges Fasten ist ohne besondere Zwischenfälle abgelaufen. Inzwischen hat sich der Freundeskreis um Siegbert entschlossen, an jedem Wochenende bis zu seiner Entlassung ein Solidaritäts-Fasten vor der Kaserne in Hamm und an anderen Orten in der Stadt durchzuführen.

Bereits am 27.9. verkündete die Westfälische Rundschau, daß Siegbert (laut Pressesprecher der Division in Unna) mit weiteren 21 Tagen Arrest zu rechnen hätte - sie behielt recht. Das Urteil wurde ihm am 5.10. überreicht. Bleibt zu hoffen, daß sich auch die zweite Prophezeihung der Westfäl. Rundschau erfüllt, daß Siegbert nämlich nach diesem Arrest endgültig aus der Bundeswehr entlassen wird. Ein entsprechender Antrag seines Kompaniechefs Gärthöffner soll der Division bereits vorliegen.

Doch freuen wir uns nicht zu früh, denn die Fronten haben sich verhärtet. Es scheint, man will Siegbert durch Schikanen gefügig machen, die Haftbedingungen wurden verschärft. Siegberts „neue" Zelle liegt direkt an der Kaserneneinfahrt, so daß die Abgase der an der Schranke wartenden Fahrzeuge direkt hineingeblasen werden. Der Motorenlärm reißt auch nachts nicht ab, und obwohl ruhigere Zellen frei stehen, weigert sich der Bataillonskommandeur Urbanczyk seit nun mehr als einer Woche, Siegberts Bitte um Verlegung nachzukommen. Zudem versucht man ihm jede Hoffnung auf eine baldige Entlassung aus der Bundeswehr auszureden.
Den Behörden wäre es am liebsten, er stellte einen Antrag auf Anerkennung als Kriegsdienstverweigerer - dann wären wenigstens sie von ihrer Gewissensnot befreit.....

Wer Siegbert helfen möchte, kann dies tun durch persönliche Briefe, durch Gespräche im Freundes- und Bekanntenkreis, durch Briefe, z.B. an seinen Bataillonskommandeur Urbanczyk, Peter Roettgen Platz 10, 4700 Hamm 1 oder an den Verteidigungsminister Apel, durch Unterschriftensammlungen mit der Forderung nach seiner Entlassung aus dem Arrest + der Bundeswehr, durch jede andere Art von Öffentlichkeitsarbeit (Zeitung, Info.....) und, „last not least", durch Spenden auf sein Konto Nr. 1889 63-466 beim PSchA Dortmund.

Kontakt: Norbert Künzel, Staufenstr. 8, 44 Münster (0251/375476)

FRAUEN TREFFEN SICH IM NOVEMBER

Frauen aus den Frauenzentren des süddeutschen Raumes, die Schwangerschaftsberatungen durchführen, trafen sich Ende September in Heidelberg. Sie diskutierten über die Anwendung des Abtreibungsparagraphen 218 und über die Angriffe, denen Frauen ausgesetzt sind, die sich zur Abtreibung entschlossen haben. Die Frauen verfaßten ein Papier und kündigten einen bundesweiten Beratungsgruppen-Kongreß und eine Demonstration im November an:

Alle, die an der Ausarbeitung und der Verwirklichung der Reform des § 218 beteiligt sind, werden von der Bischofskonferenz, der CDU/CSU und einem Teil der Ärzteschaft (Villmar) in eine Ecke gestellt mit den Massenmördern des Naziregimes. Wir lassen uns den Vergleich mit den Nationalsozialisten nicht vorwerfen von einer Seite, die selbst von dem Verdacht der Zusammenarbeit mit den Nazis nicht frei ist (päpstliches Konkordat u.a.)

Der Anstieg der Abtreibungszahlen nach der Reform, den die Kirche bejammert, ist nichts anderes als das Auftauchen von früher illegalen Abtreibungen in den offiziellen Statistiken. Für uns ist eine Frau, die in der Statistik auftaucht, eine Frau weniger, die gezwungen ist, zum Kurpfuscher zu gehen.

Wir nehmen der Kirche ihre Empörung nicht ab, und ihre Menschlichkeit erweist sich als Lippenbekenntnis. Wer, wie die Kirche, den Kindern verbietet, über Sexualität zu reden (Verbot von Sexualkundeunterricht), wer wirksame Verhütung für Sünde erklärt, Sexualität nur zum Zwecke der Kindererzeugung akzeptiert, kann nicht davon ausgehen, daß Frauen sich eine solche weltfremde „Moralpredigt" gefallen lassen.

Die Diffamierungskampagne hat reale wirtschaftliche und politische Gründe. In einer Zeit der hohen Arbeitslosenrate (v.a. Frauenarbeitslosigkeit) und der Angst vor dem Aussterben der Deutschen sollen Frauen auf ihre Mutterrolle reduziert werden, um sie aus den Arbeitslosenstatistiken verschwinden zu lassen. Die Kriminalisierung von Frauen, die sich zu einer Abtreibung entschließen, spielt hierbei eine wichtige Rolle.

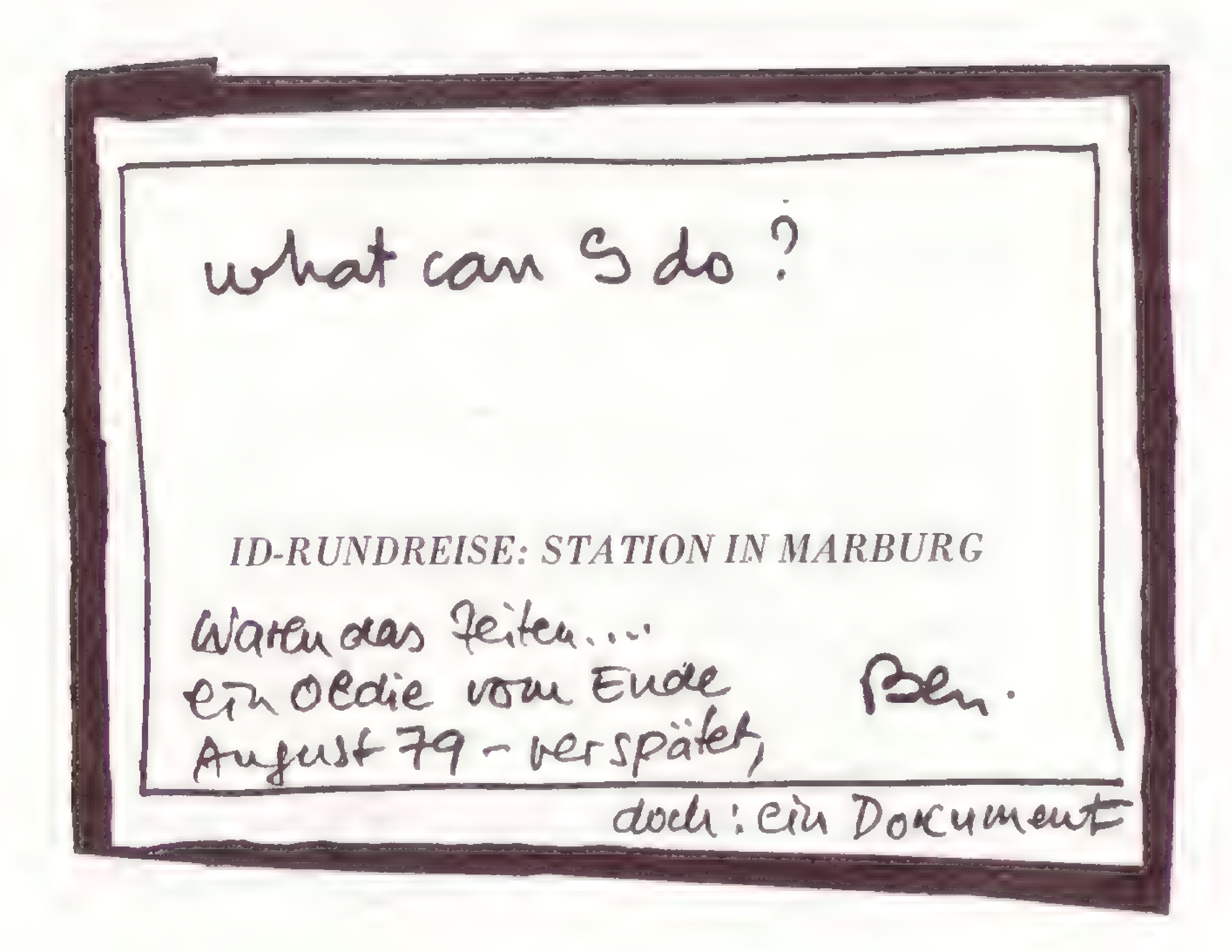
Wir lehnen es nicht ab, Kinder zu bekommen, aber wir wollen die Möglichkeit haben, selbst darüber zu bestimmen, und eine Abtreibung unter humanen Bedingungen muß uns als letztes Mittel gewährleistet sein. Grundlage einer Sozial- und Gesundheitspolitik in unserem Sinn ist eine umfassende Aufklärung von Kindern und Jugendlichen über Sexualität und Verhütungsmethoden, die Übernahme der Kosten von Verhütungsmitteln durch die Krankenkasse und die Erforschung von sicheren und unschädlichen Verhütungsmitteln für Mann und Frau.
Den Vorwurf, daß Frauen leichtfertig mit Abtreibung umgehen, können wir, zu denen Frauen oft von Ärzten, Kirche und Ämtern (die unfähig sind, geeignete Hilfen anzubieten) geschickt werden, nicht bestätigen.

Das Gesetz in der bestehenden Form hat sich als schwammig und weit auslegbar erwiesen, und als dazu geeignet, jederzeit die geringen Verbesserungen total in Frage zu stellen. Wir werden die Unfähigkeit des Staates, eine menschenunwürdige Situation zu verändern, durch unsere kostenlose Sozialarbeit nicht länger unterstützen. Wir sind zu Kompromissen nicht mehr bereit und bestehen auf unserer Forderung nach ersatzloser Streichung des § 218.

Am 9.-11.11. findet in Frankfurt ein bundesweiter Kongreß von Beratungsgruppen zu diesem Thema statt. Am 10. November demonstrieren wir in Mainz, um unsere Forderungen zu manifestieren.

Wir hoffen, daß alle, die sich betroffen fühlen, teilnehmen werden.

Bitte reicht - verdammt noch mal - eure Adresse nach!



ID-RUNDREISE: STATION IN MARBURG

Ende August diskutierten vier ID-Leute im Rahmen des Sponti-Plenums mit rund 20 Marburgern über den ID und seine Benutzbarkeit. Hier der Versuch einer Zusammenfassung von einem der Marburger:

Die Heide hat ziemlich gedrängt, daß ich etwas aufschreibe, da das ID-Tonband nicht funktionierte. Das Gespräch verlief in zwei Phasen. Einmal eine Diskussion über das Verhältnis zur taz, und dann im zweiten Teil ein Sammelsurium von Punkten, die Einzelnen am ID aufgefallen waren.

ID ist ID, taz ist taz

Warum schielt eigentlich der ID immer auf die taz? Da erzählt ein IDler, man einige sich oft, Artikel nicht zu veröffentlichen, weil dasselbe schon in derselben oder veränderter Form in der taz gestanden hätte. Warum? Würde der Spiegel auf eine Reportage verzichten, wenn der Stern schon eine Woche früher darüber berichtet hätte? Bei solchem Denken schiebt sich der ID selbst in die Rolle eines "Ergänzungsblattes" gegenüber der taz. Der ID ist aber etwas eigenes.

Unbehagen an der taz

Vielleicht läßt sich über die Konzeption des des ID das Unbehagen an der taz am klarsten darstellen. Der ID wollte/will unmittelbares Sprachrohr von Betroffenen sein. Ohne das Hinzutreten von korrigierenden Redakteuren sollten diese Betroffenen über ihren FAll, ihr Erlebnis etc. berichten. Also die Idee einer Identität von Leser und Schreiber. Im Lauf der Zeit zeigten sich die Schwächen dieses Konzepts: die Berichterstattung war sporadisch. So konnte es denn passieren, daß während der Brokdorf III-D Diskussion über die Alternative Brokdorf/Itzehoe außer einem einzigen mickrigen Bericht nichts stand. Dann war damit natürlich verbunden, daß die Katastrophenmeldungen überwogen, denn über "miese" Sachen, die einem passieren, schreibt man eher so etwas. Um der lückenhaften Berichterstattung Herr zu werden, wählte der ID zwei Wege. Bei "wichtigen" Sachen reisten einige IDler denn auch mal selbst durch die Lande, um zu recherchieren (z.B. Metallarbeiter-Streik). Manchmal war das damit verbunden, daß sie die Leute vor Ort zum Schreiben animierten (z.B. Dammbesetzung) in Kelkheim). Der andere Weg lief über sogenannte "Leserkorrespondenten". In vielen Regionen und Städten sitzen ein oder zwei Leute, die bei regionalen Vorfällen selbst recherchieren und dem ID Artikel zukommen lassen.

Im ID, wie wir ihn heute vor uns haben, also drei Stränge: Betroffenenberichte, Eigenrecherchen des ID, regionale ID-Korrespondenten.

Und die taz?

Da sitzen in Berlin etliche Leute, die verhackstücken aus Agentur-Meldungen, Berichten aus den Regional-Redaktionen und taz-Initiativen und eigenen Recherchen einen Einheitsbrei, der ständig unter Zeitdruck steht (Aktualitäts-Fetischismus). Inhaltliche Schnitzer sind da an der Tagesordnung und die eigentlich Betroffenen sind nur noch Objekte der Berichterstattung. Und trotzdem ist das Projekt Tageszeitung wichtig und auch unterstützenswert. Den ID kann die taz aber nicht ersetzen.

Sonstige Diskussionssplitter: Knast

Im Gegensatz zu sonstigen Bekundungen im ID war in dieser Sache in Marburg ein anderer Tenor zu spüren. Für die meisten Leute waren die Knast-Berichte gerade ein Grund dafür, den ID zu abbonieren.

Schwerpunkt-Nummern

Im Sommer wurde dieser Vorschlag aufgeworfen, doch mal Schwerpunkt-Nummern zu Themen wie Kinder/Verkehr etc. zu machen, Dies fand in Marburg kein positives Echo. "Der ID hebt sich doch gerade durch seine Vielfalt in jeder Nummer von den sonstigen Alternativ-Blättern ab. Wo gibt's das denn sonst, daß das Spektrum von unzensierten, das heißt unredigierten Nachrichten so groß ist?"

ID-Promotion

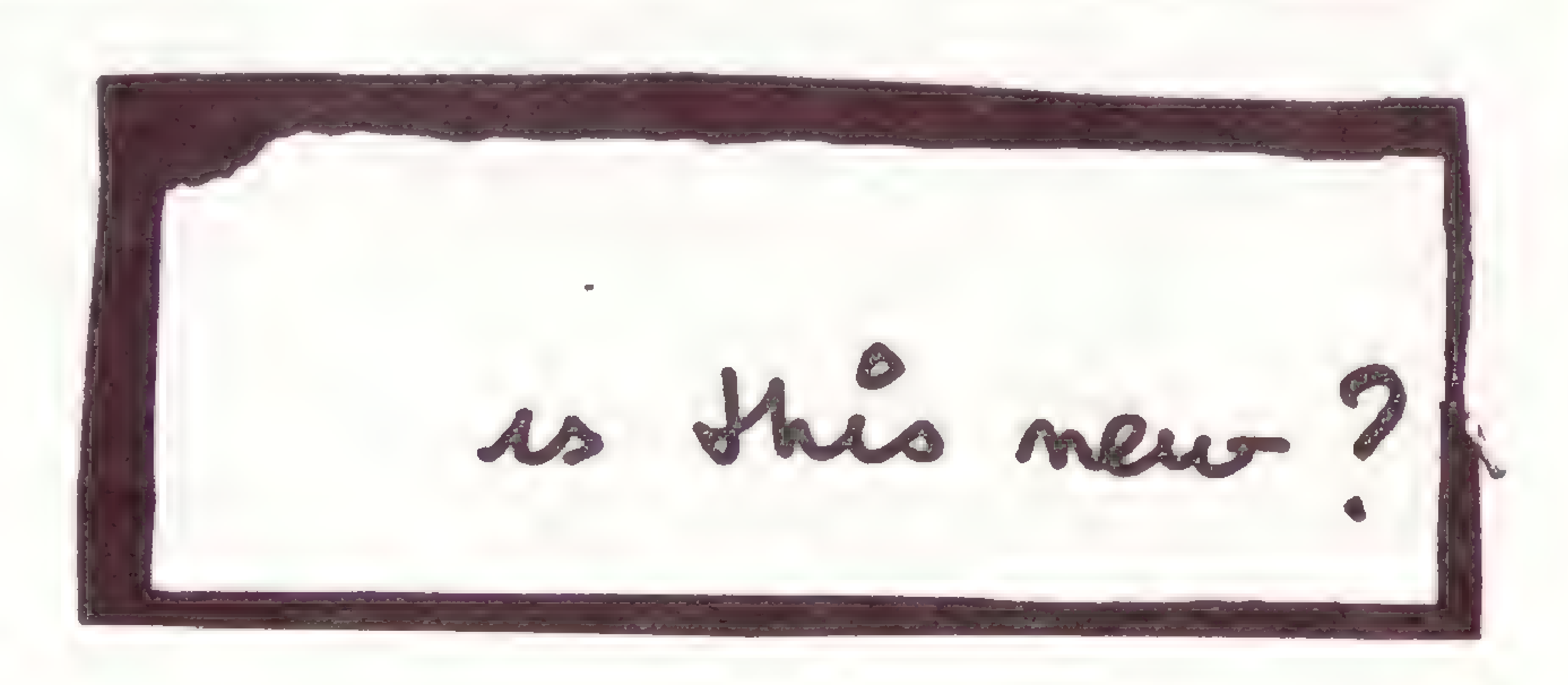
Irgendwie hat's der ID nicht geschafft, übe einen Insider-Kreis hinauszukommen. Jetzt, wo noch die taz als Konkurrenz und Ergänzung hinzukommt, bröckelt es bei den Abos. Es kam der Vorschlag auf, daß Leute aus der ID-Redaktion z.B. bei Festivals und überregionalen Jugendzentrums-Treffs etc. sich auch mal selbst darstellen sollten.

ID-Transparenz

Wer sich wie und wo hinter den ID-Machern verbirgt, ist immer noch nicht klar. Ebenso wenig, wie das so abläuft bei der Produktion, dem Vertrieb. Die Hausmitteilungen sind da als Informationsquelle zu spärlich. Da wird immer gefordert: "ID-Leser, schreibt über euch!" und das, was sich in der Hamburger Allee 45 abspielt, bleibt weitgehend im Dunklen.

Der Bilderdienst könnte doch z.B. mal einen zweiseitigen Foto-Roman über den Ablauf beim ID zusammenstellen: vom Nachrichteneintrudeln, Tohuwabohu, Composern, Teetrinken, Lay-outen, Drukken, Schneiden, Versand, Nervereien etc.

Im Winter wollen wir die ID-Leute noch mal zu einer Diskussion einladen.



ACHT MONATE MIT BEWÄHRUNG FÜR ERSATZDIENST–VERWEIGERER

Dortmund 18. Oktober *Am 5. Oktober ist Norbert Heitkamp vom Dortmunder Schöffengericht wegen „Dienstflucht" zu acht Monaten Gefängnis mit Bewährung und der Auflage 500 Stunden seiner Freizeit bei einer Behinderten-Selbsthilfe zu arbeiten. Er hatte die Ableistung seiner restlichen 3 Ersatzdienstmonate verweigert. Über die Gründe dafür und den Prozeßverlauf berichtet Norbert selber:*

GRÜNDE FÜR MEINE ERSATZDIENSTVERWEIGERUNG

In der Bundesrepublik, im Ersatzdienst genauso wie im Paragraphendickicht haben militärisches Denken und Handeln absoluten Vorrang: Den Wehrpflichtigen ermöglicht der Staat, ihre „Form der Verteidigung" zu drillen, den Kriegsdienstverweigerern gibt er diese Möglichkeit nicht. So gibt es z.B. keine staatlich geförderten Trainingszentren für Formen der nichtmilitärischen, sozialen Verteidigung. Kriegsdienstverweigerer dürfen laut Bundesverfassungsgericht in keinem (im Vergleich zur Bundeswehr eigenständigen) Alternativdienst ihre Vorstellungen von Friedensarbeit verwirklichen. Ihnen wird nicht nur die Eigenständigkeit versagt, sie werden sogar in militärstrategische Überlegungen einbezogen. (§ 79 Zivildienstgesetz)

Auch eine inn ergesellschaftliche sozialpolitische Friedensarbeit (z.B. Randgruppenarbeit) ist auf Grund der bestehenden Gesetze nicht möglich. Sobald Ersatzdienstleistende auf Mißstände hinweisen, wird ihnen, wie die Praxis in vielen Fällen zeigt, der Mund verboten, sie werden zwangsversetzt.

Ersatzdienstleistende haben weder Mitsprache- und Mitbestimmungs - noch Demonstrations- und Streikrecht.
Dies sind im groben die Gründe, derentwegen ich den Ersatzdienst verweigert habe.

PROZESSVERLAUF

Die auf eine Stunde angesetzte Verhandlung dauerte fast vier Stunden. Die Zuschauerbänke (ca. 80 Plätze) waren voll besetzt mit Ersatzdienstleistenden, Kriegsdienstverweigerern und anderen Interessierten aus dem ganzen Bundesgebiet, Freunden und Bekannten sowie Leuten aus meiner ehemaligen Einsatzstelle.

Die Prozeßführung war recht liberal. Bei keiner meiner Erklärungen wurde ich unterbrochen, das Fragerecht des Verteidigers wurde großzügig ausgelegt. Auch Martin Schröter, Pfarrer i.R., (als mein früherer Einsatzstellenleiter Zeuge der Verteidigung) konnte ausführlich über die bestehenden Widersprüche zwischen Kriegsdienstverweigerer-Motivation und Ersatzdienst-Praxis, über das Verbot des Bundesverfassungsgerichts, den Ersatzdienst zu einem Friedensdienst auszubauen, und über den Unterschied von Recht und Gesetz sprechen.

Zu Beginn der Verhandlung habe ich sehr ausführlich den Ersatzdienst als militärähnliche und militärunterstützende Organisation kritisiert. Ich habe aber ebenso dargestellt, was ich mir positiv unter Friedensarbeit vorstelle: freiwillige, korrekt bezahlte Arbeit mit allen uneingeschränkten Grundrechten z.B. in „Randgruppen-Projekten", „Ökologie-Projekten" (vornehmlich nationaler Aspekt von Friedensarbeit) und Trainingszentren für gewaltfreie Aktionen und soziale Verteidigung (vornehmlich internationaler Aspekt von Friedensarbeit).

Der Vorsitzende des Schöffengerichts, Dr. Raimer, saß mir ziemlich wohlwollend gegenüber (wenn auch von oben herab, aber das ist schließlich Schuld der Gerichtsarchitekten - Heinrich Lübke hing auch im Gerichtssaal). Vor allem „das Positive an mir", die theoretischen Vorstellungen von Friedensarbeit und meine praktische Arbeit vor und nach dem Ersatzdienst schienen ihm zu gefallen. Ich sei ein „wertvolles Mitglied unserer Gesellschaft, warum ich mich denn mit dem Staat und



dessen Gesetzen angelegt hätte, obwohl ich bei meiner überdurchschnittlichen Intelligenz doch wohl gewußt haben müßte, daß mein Handeln unweigerlich auf Bestrafung hinausliefe".

MEINE ANTWORT: DER STAAT UND SEINE GESETZE HABEN VERSAGT!

1. Der Ersatzdienst darf lt. höchstrichterlicher Entscheidung kein echter Friedensdienst werden.
2. Das militärische Potential in der BRD ist - selbst in Friedenszeiten - lebensbedrohend; die Atomwaffen stellen eine ungeheure Unfall-, Verseuchungs- und somit Lebensgefahr dar.
3. Im Kriegsfall wird die - militärisch nicht zu verteidigende - BRD dem Erdboden gleichgemacht, und ich muß als Kriegsdienstverweigerer dabei mitmachen (§ 79 ZDG).

Das ist bundesrepublikanischer Militarismus, und es besteht meiner Ansicht nach überhaupt keine Chance, ihn durch legale Mittel abzuschaffen. Die Wiederaufrüstung ist durch gesetzlich-demokratisches Verhalten (Informationsstände, Demonstrationen, Streiks u.a.) nicht verhindert worden, die Notstandsgesetze nicht, die ständige Aufrüstung nicht; wir haben eine wahnsinnige, umweltzerstörerische Wachstums- und Energiepolitik und ein Verfassungsgericht, dessen militaristisches Denken nur zu offensichtlich ist.

Auf Grund dieser Gegebenheiten stellt sich mir die Frage: mache ich weiter Infostände, demonstriere, streike und verhalte mich ausschließlich legal, laufe den Militaristen und Umweltzerstörern hinterher (mit den allseits bekannten Mißerfolgen) oder nehme ich alle Zivilcourage und Kraft zusammen und laufe vor; sage, was freiwillige Friedensarbeit ohne Zwang und mit allen Grundrechten ist und durch welche nichtmilitärischen waffenlosen Verteidigungsmöglichkeiten die in der BRD lebenden Menschen zu verteidigen sind.

Ich habe dem Gericht auf die Frage, warum ich mich ungesetzlich verhalte, mit folgenden Worten Thoreaus geantwortet, denen sich auch Gandhi und Martin Luther King angeschlossen haben:

„Eine Minderheit ist machlos, solange sie sich der Mehrheit anpaßt; sie ist dann nicht einmal eine Minderheit; aber sie ist unwiderstehlich, wenn sie sich mit ihrem ganzen Gewicht widersetzt. Wenn der Staat nur noch die Wahl hat, ob er alle gerechten Männer (Thoreau vergaß die Frauen) gefangen halten, oder den Krieg und die Sklaverei aufgeben soll, so wird er mit seiner Entscheidung nicht zögern."

PLÄDOYER DES STAATSANWALTES

Der Staatsanwalt entschied anders, als Thoreau es vermutete. Er forderte 10 Monate Gefängnis; eine Bewährung auf 2 Jahre machte er von der Auflage abhängig, daß icb die restliche Zeit meines Ersatzdienstes ableiste. Da ich mehrfach unmißverständlich geäußert habe, daß ich einer solchen Auflage nicht nachkommen würde, bleibt keine andere Interpretationsmöglichkeit als diese: ich sollte für 10 Monate hinter Gitter.

Der Staatsanwalt gab eine kurze Begründung seiner Forderung: Meine Argumente, die zum Teil bedenkenswert und zustimmenswert, zum Teil verworren und abwegig erscheinen, sind insgesamt nicht geeignet, mich in strafrechtlichem Sinne zu entschuldigen. Ich zeige eine gewisse Unbelehrbarkeit, deshalb sein eine Bestrafung die angemessene Reaktion. Zu meinen Gunsten sprechen meine ideellen Motive. Zu meinen Lasten spricht die Dienstflucht, ein provokativer Akt des zivilen Ungehorsams.

PLÄDOYER DES VERTEIDIGERS

Einen Freispruch konnte mein Anwalt nicht fordern. Dazu ge lten - natürlich - die Voraussetzungen: Gesetze, die Antimilitaristen und radikale Pazifisten Rechte zubilligen.

So blieb ihm „nur" die Möglichkeit, die Widersprüchlichkeiten der bestehenden Gesetze und der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichtes aufzuzeigen und festzustellen, daß das, worum es mir geht, nicht vor Gerichten auszutragen und durch Strafe zu lösen sei.

URTEILSVERKÜNDUNG

Die Auffassung des Richters, was seine Zuständigkeit anbetrifft, war eine andere. 'Er habe geschworen, Recht und Gesetz Geltung zu verschaffen und müsse mich verurteilen.' Was er dann auch tat. Allerdings nicht so, wie es der Staatsanwalt forderte.

Richter Raimer (und die Schöffen....? ? ?) waren der Auffassung, daß der Staat in meinem Fall 'ein Auge zudrücken kann'. 'Die Demokratie habe es nicht nötig, einen Norbert Heitkamp, der nicht kriminell ist, der sich im Ersatzdienst und darüber hinaus, vorbildlich eingesetzt hat, in den Knast zu stecken. Ich brauche den Ersatzdienst nicht zu Ende zu leisten.'

Stattdessen hat er mich zu 8 Monaten auf Bewährung verurteilt, mit der Auflage, 500 Stunden meiner Freizeit in der Aktion Behindertenselbsthilfe, Dortmund-Scharnhorst, zu arbeiten, die ich während meines Prozesses als positives Beispiel für sozialpolitische Friedensarbeit angeführt habe.

Mit den Worten eines WAZ-Reporters: *'Der Richter bezeugt dem Angeklagten mehrfach, ein Mensch mit hohen Idealen zu sein und konsequent danach zu leben - aber er verurteilt ihn eben wegen dieser Ideale." (Westdeutsche Allgemeine Zeitung, Dortmund, 6.10.79)*



UMWELT

„IN AHAUS WIRD BEREITS GEBAUT"

Notruf des Freundschaftskreises Ahaus

In der Zeit vom 28.7. - 12. 8.79 fand an dem geplanten Standort für ein Brennelemente-Zwischenlager in Ahaus (Kreis Borken) ein Sommercamp der Atomkraftgegner aus NRW und den Niederlanden statt. Im Rahmen unserer Arbeit mit der dortigen Bevölkerung machten wir während des Lagers und in den Wochen danach überraschend gute Erfahrungen, was die Offenheit und das Interesse der Landwirte und Landfrauen aus Ammeln angeht (Ammeln ist die Bauernschaft am BEZ-Gelände).

Ein Ergebnis der Diskussion während des Sommerlagers, die unter Beteiligung von Lüchow-Dannenbergen stattfand, war eine treckerdemonstration von 46 Landwirten gegen das BEZ. Die 25 %, die die UWG(eine unabhängige Wählergemeinschaft, die u.a. gegen das BEZ eintritt) bei den Kommunalwahlen errungen hat, bedeuten für die Ammelner Landwirte, daß sie in ihrem Kampf nicht alleine stehen. Trotz dieser Erfolge ist es besorgniserregend, daß sich der Widerstand bisher lediglich an Erörterungstermin und Stadtratpolitik orientiert, während die Betreiber in Ruhe Tatsachen schaffen:
IN AHAUS WIRD BEREITS GEBAUT! Die zur Zeit gelaufenen oder noch laufenden Baumaßnahmen sind:

- ca. 40 hydrogeologische Bohrungen sind niedergelassen
- Wassergräben rund um das vorgesehene Gelände sind gezogen
- sowie Straßen- und Wegebau
- allgemeine Vermessungsarbeiten
- Autobahnbau
- Anschluß ans Bundesbahnnetz
- Baugrunduntersuchungen
- Kanalisation zur neu zu bauenden städtischen Kläranlage

Während die gleichen Baumaßnahmen in Gorleben als vorbereitende Baumaßnahmen erkannt und behindert werden, sind sie in Ahaus voll im Gange. Währenddessen dient das Genehmigungsverfahren zur Ruhigstellung der Bevölkerung, um die Baumaßnahmen ungehindert durchziehen zu können. Das Schlimme ist, daß die Betreiber damit Erfolg haben und bisher ziemlich weit gekommen sind (siehe Stand der Baumaßnahmen), und daß die BEZ-Gegner sich auf das von der Landesregierung angebotene Bein - die Bürgerbeteiligung beim Genehmigungsverfahren - stützen. Dieses Bein kann von der Landesregierung jederzeit weggezogen werden, da beim Genehmigungsverfahren nach § 6 Atomgesetz (AtG)* keine gesetzliche Grundlage für die Bürgerbeteiligung besteht, d.h., daß das Verfahren noch so lange an § 7 AtG* (Bürgerbeteiligung) angelehnt wird, wie es der Landesregierung genehm ist. Bisher ist es das noch aus den o.g., sowie aus landespolitischen Gründen (nach § 6 AtG hätte auch die Landesregierung keine Möglichkeit gehabt, das BEZ zu verzögern; sie wollte das Projekt jedoch noch nicht Anfang 1979 zum ersten Erörterungstermin genehmigen, um den Zugzwang bezüglich Gorleben nicht von der Landesregierung in Niedersachsen zu nehmen). So können die Betreiber sich den günstigsten Zeitpunkt zur Erteilung der Genehmigung selbst aussuchen und den Widerstand, falls er sich nur auf dieses eine Bein gestützt hat, damit völlig in sich zusammenfallen lassen.
Zusammenfassend müsse wir festhalten:
WENN IN GORLEBEN BOHRBEGINN (HYDROGEOLOGISCHER) GLEICH BAUBEGINN WAR, DANN WIRD IN AHAUS HEUTE SCHON LANGE GEBAUT UND DIE DISKUSSION ÜBER DIREKTEN WIDERSTAND HAT NOCH GAR NICHT RICHTIG ANGEFANGEN!

Der Stellenwert des Standortes Ahaus muß im Zusammenhang mit der geplanten Urananreicherungsanlage in Gronau, der Brennelementefabrik in Lingen (in Betrieb), unter Umständen sogar mit den Endlagerabsichten in den Salzstöcken im Eper-Venn (20 km von Ahaus) oder noch etwas nördlicher mit dem bereits als Endlagerstandort diskutierten Salzformationenbei Wippingen/Aschendorf — Hümmling gesehen werden. Nicht zuletzt steht der Schnelle Brüter in Kalkar als Standort für Plutoniumabnahme keine 70 km entfernt.

Der konkrete Stellenwert des Standortes Ahaus ergibt sich aus der optimalen Verbindung der einzelnen Elemente eines "Entsorgungsparks Emsland" durch die zur Zeit im Bau befindliche Auobahn A 31 (Ostfriesenspieß), die Anbindung an das Bundesbahnschienennetz, aus der Arbeitsplatzlage des Kreises Borken und aus der relativ geringen Besiedelung des Umkreises.

An Fläche stehen zur Zeit ca. 20 ha zur Verfügung, eine Ausdehnung dieser Fläche ist in Richtung Bundesautobahn in der Größenordnung von mehr als 180 ha denkbar. Zusätzliche 18 ha wurden letzte Woche als Gewerbegebiet ausgewiesen. Die Erweiterung hat also schon begonnen. Diese denkbare Fläche von 180 ha reicht für ein BEZ und eine Wiederaufarbeitungsanlage mit einer Auslegung von 800 t Uran/Jahr, die zur Zeit in der Diskussion befindlichen "klein WAAs" an den BEZ Standorten mit 300 t Uran/Jahr Auslegung brauchen noch weniger Fläche.

Alles läuft darauf hinaus, daß Ahaus Standort der ersten deutschen Wiederaufarbeitungsanlage werden kann! Wir gehen jedoch davon aus, daß die endgültige Entscheidung erst in ca. 5 — 10 Jahren fällt, wenn mit dem Bau einer WAA begonnen werden muß. Alle BEZ Standorte sind als WAA—Standorte geeignet, weil 1. ein BEZ schon ein Eingangslager ist, 2. alle Infrastrukturmaßnahmen für eine WAA schon für das BEZ hergestellt werden müssen und 3. ein weiter Transport von jahrelang gelagerten Brennelementen vom BEZ zur WAA ungünstig wäre. Die Erwartung mehrerer kleiner WAAs ist durch den Bund — Länder Gipfel vom 28.09.1979 erhärtet worden. Auf Ahaus deutet die Äußerung der Industrie und Handelskammer, daß NRW eine WAA bekommen soll.

AUSSERDEM SIND IN DER EMSLANDPLANUNG ALLE URSPRÜNGLICH IN GORLEBEN VORGESEHENEN ELEMENTE EINES ENTSORGUNGSZENTRUMS VORHANDEN!
Ein Aspekt für die Entscheidung wird sicherlich auch die Stärke des Widerstandes am Ort sein!

Der Freundschaftskreis Ahaus lädt alle AKW—Gegner ein, mit uns am 3./4.11.79 die Situation in Ahaus zu diskutieren. Wir suchen d r i n g e n d noch Hilfe für verschiedene Arbeitsgruppen, die die vorbereitende und zum baldmöglichen Zeitpunkt verhindernde Arbeit in und zu Ahaus unterstützen.
WIR TREFFEN UNS AM 03. 11. 1979 um 10.oo Uhr in den GILDEN—STUBEN in AHAUS auf der BAHNHOFSTRASSE.
Meldet Euch bitte bei Ruth Sonntag, Wüllener Str. 39, Ahaus, Tel. 67 5 33 oder Helga Beckmann, Speicherstr. 45, Dortmund, Tel. 82 58 42, an.

Anmerkung: * § 6 AtG regelt die Aufbewahrung von Kernbrennstoffen — (nicht bestrahlter). Einspruchsmöglichkeiten von Bürgern und Gemeinden sind nicht eingeschlossen, Genehmigungsbehörde ist die Physikalisch—Technische Bundesanstalt. § 7 Abs. 1: "Wer eine ortsfeste Anlage zur Erzeugung oder zur Bearbeitung oder zur Verarbeitung oder zur Spaltung

von Kernbrennstoffen oder zur Aufarbeitung bestrahlter Kernbrennstoffe errichtet, betreibt oder sonst inne hat, oder die Anlage wesentlich verändert, bedarf der Genehmigung. Dieses Genehmigungsverfahren beinhaltet die Bürgerbeteiligung mit Erörterungstermin. Die Landesregierung hätte das Verfahren nach § 6 durchziehen können, hat es aber freiwillig an § 7 angelehnt."



Land Hessen ist befangen

KLAGE GEGEN KOMPAKTLAGER IN BIBLIS

Frankfurt 15. Oktober *Wie im ID 298 berichtet, haben Frankfurter und Offenbacher Anwälte im Namen von 9 Mandanten Klage gegen den Einbau von Kompaktlagern in den AKWs Biblis Block A und B erhoben. Inzwischen haben sich sechs weitere Kläger angeschlossen. Wir dokumentieren im folgenden eine Zusammenfassung der Klagebegründung der Anwälte:*

Die Klage wird im wesentlichen auf 4 Punkte gestützt:

1. für den Einbau von Kompaktlagergestellen gibt es nach dem derzeit geltenten Atomgesetz keine Rechtsgrundlage.

   Dieses sieht vielmehr eine strikte Trennung zwischen Stromproduktionsstätte und Lagerstätte für abgebrannte Brennelemente vor. Diesem Trennungsgedanken, der sich über das gesamte Atomrecht erstreckt, liegt die allgemein anerkannte Tatsache zugrunde, daß jeglicher Umgang mit radioaktiven Stoffen eine große Gefahr für die Umwelt darstellt, so daß eine Konzentration mehrerer Umgangsarten in einer Anlage unzulässig ist. Das wurde nochmals bekräftigt durch eine Änderung des Atomgesetzes. Nach § 6 Atomgesetz Vorschrift ist nur eine eigenständige, d.h. vom Atomkraftwerk getrennte Anlage zur Lagerung abgebrannter Brennelemente genehmigungsfähig.

2. Die Rechtswidrigkeit der erteilten Genehmigungen ergibt sich aus dem Umstand, daß das nach den atomrechtlichen Vorschriften erforderlichen Einwendungsverfahren zur Öffentlichkeitsbeteiligung nicht durchgeführt worden ist.

3. Ferner bedeutet die durch die Kompaktlagerung erfolgende Steigerung der Radioaktivitätsabgabe eine erhöhte Gefahr, die von den Atomkraftwerken ausgeht. Die erforderliche Vorsorge dagegen ist nicht getroffen.

   Die Sicherheitseinrichtungen in den Atomkraftwerken entsprechen nicht dem heutigen Stand von Wissenschaft und Technik und sind nicht geeignet, ausreichenden Schutz zu gewähren. Z.B. stehen lediglich 2 statt üblicherweise 4 Kühlsysteme, die zur Kühlung der Brennelement- Lagerbecken vorgesehen sind, zur Verfügung, die noch dazu mit dem Notkühlsystem des Reaktorkerns verbunden sind. Dies bedeutet, daß Störfälle im Reaktorkern zwangsläufig katastrophale Auswirkungen auf die Lagerbecken-Kühlung haben können und umgekehrt.

   Auch die Schutzvorkehrungen gegen Einwirkungen von Außen entsprechen nicht dem heutigen Stand von Wissenschaft und Technik.

   So sind die Sicherheitshüllen der beiden Atomkraftwerke nicht gegen den Absturz von Phantom-Jägern und gegen Gaswolkenexplosionen, die von Leckagen von auf dem Rhein befindlichen Gastanker-Schiffen ausgehen können, ausgelegt.

   Nach herrschender Meinung in Rechtswissenschaft und Rechtsprechung ist jedoch bei einer wesentlichen Änderung einer Anlage - wie es die Kompaktlagerung zwischen den Prozeßbeteiligten unstreitig darstellt - vom neuesten Stand von Wissenschaft und Technik auszugehen, sodaß bei älteren Anlagen (wie den Atomkraftwerken Biblis Block A und B) die Sicherheits- und Schutzvorrichtungen entsprechend zu ändern wären oder Genehmigungen nicht erteilt werden können.

   Dies blieb bei den angegriffenen Genehmigungen völlig unberücksichtigt.

4. Schließlich sind die Genehmigungen auch wegen *offensichtlicher Befangenheit des Landes Hessen* als Genehmigungsbehörde rechtswidrig, da dieses das ihr gesetzlich obliegende Ermessen bei ihren Entscheidungen nicht ordnungsgemäß ausüben konnte.

   Das Land Hessen ist bisher seiner eigenen gesetzlichen Verpflichtung, eine Landessammelstelle für abgebrannte Brennelemente und radioaktive Abfälle zu schaffen, nicht nachgekommen.

   Darüberhinaus ging die Genehmigungsbehörde bereits bei der Genehmigung der beiden Atomkraftwerke Biblis Block A und B wahrheitswidrig davon aus, daß deren Entsorgung gesichert ist durch Wiederaufarbeitungsanlagen wie Mol (Belgien) oder Karlsruhe, die jedoch niemals mehr waren als kleine Versuchsanlagen.

   Aufgrund des heute offenkundigen Entsorgungsdebakels wäre das Land Hessen gezwungen, die Betriebsgenehmigungen für die beiden Atomkraftwerke zu widerrufen.

   Dies hätte Schadensersatzverpflichtungen des Landes zur Folge.

   Zudem würde durch einen solchen Widerruf offenkundig, daß das Land Hessen bei den Genehmigungen der beiden Atomkraftwerke von damals bereits völlig unzutreffenden Voraussetzungen ausgegangen ist.

   Zur Abwendung von Schadensersatzforderungen der RWE als Betreiberin und zur Vermeidung von Legitimationsverlust sah sich die Genehmigungsbehörde ganz offensichtlich zu diesen rechtswiderigen Genehmigungen der Errichtung von Kompaktlagergestellen veranlaßt.

Dies ergibt sich aus der völlig unzureichenden Sachprüfung der Behörde im sicherheitstechnischen Bereich.

Kontakt:
Rechtsanwälte Kollbach, Mika, Müller, Oberländer-Pohl, Bergerstr. 87, 6000 Frankfurt, Tel. 43 94 39
und
Rechtsanwälte Iser, Lay, Neumann, Tschacksch, Frankfurter Str. 80, 6050 Offenbach, Tel. 0611/81 30 35



NEUES VERTEILER-SYSTEM DER ANTI-ATOM-BEWEGUNG

Recklinghausen
23. Oktober

Die Anti-Atom-Bewegung hatte bisher schon ein eigenes Verteiler-System, um alle Bürgerinitiativen möglichst schnell mit neuesten Informationen und Material zu versorgen. Auf einer Bundeskonferenz der Bürgerinitiativen war beschlossen worden, einen Hauptverteiler für jede Region einzurichten. Dieser alte Verteiler stimmt hinten und vorn nicht mehr. So ganz sicher scheint auch der neue, unten abgedruckte, nicht zu sein.
Noch etwas: ein Teil der Hauptverteiler beschweren sich über unleserliche Manuskripte, die ihnen zur Verteilung geschickt werden, und über viel Material, von dem sie nicht einsehen, warum dafür der Verteiler herhalten soll. Sie hätten es gern, wenn das Verteiler-System sorgfältiger benutzt würde.
Ganz dringende Bitte an alle Verteiler und deren Benutzer: Schickt doch kurz eine Mitteilung an alle Hauptverteiler, wenn sich an eurer Adresse irgend etwas ändert! Sorgt für Ersatz, wenn ihr die Arbeit nicht mehr machen wollt oder könnt!

HAUPTVERTEILER

1. BI Umweltschutz Kielerförde, Weizstr. 41a
   23 Kiel 1, Tel.: 0431/568550
   Region Schleswig Holstein Ost
2. BI Quickborn, c/o Fritz Schwartler,
   Kampstr. 27, 2085 Quickborn,
   Region: Schleswig Holstein West
3. BUU (autonom) Hamburg, Lutterothstr. 33
   2 Hamburg 19, Tel. 040/402782
   Region: Norddeutschland/Wilster Marsch
4. BUU Hamburg, Fruchtallee 9, 2 Hamburg 19,
   Tel. 040/432171 (Bunte Liste)
   Tel. 040/4398671 (BUU)
   Region: Hamburg und Umgebung
5. BAK, Bürgerei 18, 2819 Thedinghausen
   0421/2183293, Region: Heide, etc.
6. Göttinger Arbeitskreis gegen Atomenergie
   Marienstr. 10, Postfach 45
   34 Göttingen, 0551/7700158
   Region: Harz/Weserbergland/Südniedersachsen
7. Umweltschutzzentrum Hannover,
   Königstr. 53, 3 Hannover 1, 0511/18023
   Region: Hannover und Umgebung
8. AKU Münster c/o Michael Lohmann
   Uphoven 10, 4405 Nottuln
   02502/6642 Region: Münsterland
9. Landeskonferenz-Info—NRW c/o Bernd Meyer
   Dorstener Str. 115, 463 Bochum
   0234/513382, Region: Nordrhein-Westfalen
10. BBA - Walle/Gröpelingen
    c/o Michael Peltzer, Brakerstr. 37
    28 Bremen 0421/392842, Region: Bremen
11. BI Offenbach, c/o E. Hoffmann
    Bismarckstr. 177, 6050 Offenbach
    0611/813611
    Region: Hessen/Nordbaden/Rheingau
12. Nürnberger Initiative gegen Atomkraftwerke
    c/o Klaus Meyer, Kesslerplatz 15, 85 Nürnberg, 0911/558361, Region: Nord-Bayern
13. Münchener Bürgerinitiativen gegen Atomanlagen, c/o Ellen Hammrich, Ruppertstr. 22,
    8 München 2, 089/7253354
    Region: Süd-Bayern
14. BI Kurier, c/o BFU Tübingen, Postfach 1141
    74 Tübingen, Region: Baden-Württemberg
15. IGA St. Wendel, c/o Manfred Weiss, Zollsiedlung 3, 6690 St. Wendel, Saar 8
    06851/15260
16. BI Lüchow-Dannenberg, Drawehnerstr. 3
    3130 Lüchow, 05841/4684
17. BBU-Geschäftsstelle, Hellbergstr. 6
    75 Karlsruhe 21, 0721/574248
18. „Machwerk" Anti AKW-Gruppe Kreuzberg
    Reichenbergstr. 133, 1 Berlin 36
    030/6121045
19. Initiative Österreichischer AKW-Gegner,
    Postfach 138, 1071 Wien,
    043222/4373232 o. 3842223
20. WISE (World service on energie) c/o Norbert Bambach, Thomashofstr. 19, 51 Aachen
21. Forum Humanum (Klägerverband)
    Wendtstr. 22, 28 Bremen 1, 0421/76976

ERWIDERUNG AUF "LECUN DU LARZAC"

Liebe Leute vom ID,
meiner Meinung nach soll der ID kein Diskussionsforum sein, auf dem sich Privatleute streiten. Im Fall des Beitrags „Le Cun Du Larzac" - KEIN ERMUTIGENDES BEISPIEL! im ID Nr. 303 vom 12. Oktober 79 meine ich allerdings, daß die Verdrehungen und Falschinformationen richtig gestellt werden müssen, und bitte Euch deshalb um Abdruck folgender Erwiderung:

Im Beitrag „Le Cun du Larzac" - kein ermutigendes Beispiel! versucht Volker Tonnätt gegen das geplante Tagungshaus für Gewaltfreie Aktion im Landkreis Lüchow-Dannenberg zu polemisieren, indem er schlicht erfundene „Fakten" mit seiner persönlichen Meinung mischt.
Zum Beispiel, indem er behauptet, daß der angefangene Neubau von Le Cun wieder abgerissen worden sein soll, nachdem das Gericht den Abriss unter Androhung eines Bußgeldes angeordnet hatte. Das ist schlicht nicht wahr und wird in Tonnätts Beitrag selbst widerlegt: vom 20.-22. September bauten die Bauern mit den Kriegsdienstverweigerern ein ebenso illegales Haus aus Eichenbalken und Strohballen, weil im Winter die Arbeit nicht in Zelten fortgesetzt werden kann. Also die selben Bauern stellen drei Tage ihrer Arbeitszeit zum Bau des Hauses zur Verfügung, rufen in ihren eigenen Zeitung Gardarem Lo Larzac, Nr. 47, Oktober 79, S. 5 zu Spenden für Leute auf, die nach Volker Tonnäts Behauptung von ihnen als „Parasiten des Larzac" angesehen werden! Wahr hinter der Unterstellung ist lediglich, daß das Gericht im Fall von Le Cun den Abriß angeordnet hat, weil es sich um „ortsfremde Rädelsführer" handelt und noch nicht gewagt hat, genauso gegen illegale Bauten von Bauern vorzugehen. Die gleiche Spaltungspolitik zwischen braven Einheimischen und „bösen" Auswärtigen wie in Gorleben. Weshalb sollten wir auf diese Logik der Herrschenden übernehmen?
Das Team von Le Cun hat ebenso wie die Teilnehmer an seinen Seminaren von Anfang an sowohl an den Aktionen der Bauern aktiv mitgearbeitet, wie auch wesentlich zur Unterstützung der Bauern durch Kampagnen in ganz Frankreich beigetragen, z.B. Steuerverweigerung, Wehrpaß-Rücksendungen, GFA und andere gewaltfreie Aktionsformen. Die Themen der Seminare von Larzac haben mindestens so praktische Bedeutung wie die von Larzac-Universität, z.B. Einführung in Zivilen Ungehorsam, Gewerkschaftliche Kämpfe für Selbstverwaltung, Training in direkter gewaltfreier Aktion, Selbstverwaltung in welcher Art von Staat? , Boykott, Streik auto-reduction (eine Form davon ist der Stromzahlungsboykott), Soziale Verteidigung, Gewalt und Emanzipation, Warum und wie wird man Kriegsdienstverweigerer? , Schulung für militante gewaltfreie Aktionen usw.

All diese Themen werden von Volkers Larzac-Freundeskreis bei ihren Larzac-Veranstaltungen glatt verschwiegen, obwohl ohne sie der Erfolg der Larzac-Bewegung gar nicht erklärbar ist. Als Gewaltfreier lasse ich mich kritisieren, wenn Belege gebracht werden, daß ich die Rolle der Gewaltfreiheit im Larzac-Kampf überschätze. Statt diesen Belegen liefert Volker aber unterbliebene, d.h. unterdrückte und sogar gefälschte Nachrichten. Da die Gewaltfreien weder Funktionäre haben, noch haben wollen, ist der Angriff gegen das geplante Zentrum in Gorleben vielleicht aus Volkers unbewältigter Vergangenheit als Funktionär im 'Ring Bündi-

scher Jugend' bis zum Zeitpunkt, wo diesen der KB liquidiert hat, erklärbar.

Es ist nämlich genauso unwahr, daß es in Lüchow-Dannenberg „auch" genügend Räume und Häuser für Seminare, Konferenzen und Versammlungen gäbe. Bauer Wiese in Gedelitz, die BI und die Leute von den Camps können davon ein Lied singen, wie nötig eigenständige Häuser wären. Mach Dir keine Sorgen, Volker, die „gewaltigen Summen" für das Tagungshaus werden sicher ohne Aussaugen der BI-Bewegung aufgebracht werden, auf der Ebene der Freiwilligkeit. Und Du kannst Deine professionellen Erwachsenenbildungsseminare in etablierten Häusern mit staatlicher Förderung, von der Du auch lebst, weitermachen. Wir brauchen unsere Kraft mehr für positive Aufbauarbeit als für Polemik aus nur Dir verständlichen Gründen.

Wolfgang Hertle

Die Initiative „Amnestie für alle verurteilten Atomkraftwerks-Gener" hat uns geschrieben:

CHRISTIAN GERCKE: WARUM ICH UNTERGETAUCHT BIN

Zu elf Monaten Haft wegen der Grohnde-Demonstration von März 1977 verurteilt, hat Christian Gercke die Strafe nicht angetreten, sondern ist untergetaucht (s. auch ID 304). Allerdings nicht mit der Perspektive, lebenslang auf der Flucht zu bleiben.

Christian hat uns einen Video-Film von 20 Minuten Dauer zukommen lassen, in dem er begründet und beschreibt:

— warum wir nach Grohnde gegangen sind,
—wie die Demonstration zerschlagen wurde,
— wie die Prozesse abgelaufen sind,
—warum er Amnestie fordert.

Es gibt Kopien auf VCR-Kassette und auf Sony-Band V-60 H. Wer den Film für Veranstaltungen haben will, wende sich an die Initiative; der Unkostenbeitrag ist 15 Mark plus Porto. Wir können auch Redner vermitteln, die am 19. März 1977 in Grohnde dabei waren und die Prozesse verfolgt haben und (oder) von Schadenersatzforderungen betroffen sind.

Initiative „Amnestie für alle verurteilten AKW-Gegner", c/o S. Haenisch, Grimmstr. 8, 3000 Hannover, Tel. 0511/803065.

HANAU: AUSSTELLUNG „UMWELTFREUNDLICHE ENERGIE"

Eine Ausstellung über umweltfreundliche Energiegewinnung aus Sonne, Wind und Biogas, sowie ihre Nutzung im Eigenbau ist in der Stadthalle zu Hanau im Schloßgartensaal in der Zeit vom Sonntag, dem 28. Oktober, bis Freitag, den 2. November, zu sehen. Öffnungszeiten: täglich 10 bis 18.30 Uhr. Führungen durch die Ausstellung täglich 10 Uhr, 11.30 Uhr, 15 Uhr, 17 Uhr. Am Mittwoch, den 31. Oktober findet außerdem um 19 Uhr ein Vortrag zum Thema „Wärme von der Sonne und Strom vom Wind" in der Stadthalle statt.

Frankfurter Informationsdienst e. V.
Hamburger Allee 45
Postfach 90 03 43
6000 Frankfurt/Main 90
Tel. 0611/704352

Achtung liebe Abonnenten!
Wenn auf dem Adressaufkleber das Zeichen !? ! auftaucht, heißt das, daß baldigst Geld auf unser Postscheckkonto 5252 28-602 überwiesen werden muß, um den ID auch weiterhin wöchentlich zu erhalten . . .
KEIN GELD AUF'M KONTO — KEIN ID IM KASTEN!

Abonnement:
Bei Bestellung bitte Stichworte angeben: Neuabo, Verlängerung oder Adresswechsel. Außerdem die genaue Anschrift (und die Abonummer). Bitte deutlich auf die Einzahlungsabschnitte schreiben.

Ich will unbedingt Euer Blatt haben und zwar
12 Hefte für DM 30,–
24 Hefte für DM 60,–
48 Hefte für DM 120,–

Bei Preiskorrekturen verlängert sich der Bezugszeitraum entsprechend.

Das Geld habe ich überwiesen auf das Postscheckkonto 525228 — 602 (BLZ 500 100 60) Postscheckamt Frankfurt/Main

Name ....
Straße ....
Wohnort ....
Unterschrift ....

Bitte angeben:
☐ Neuabo ☐ Patenschaftsabo für Gefangene
☐ Abo-Verlängerung ☐ Geschenkabo

Redaktionsschluß: Mittwoch 16 Uhr

EIGENTUMSVORBEHALT: *Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift solange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. ‚Zurhabenahme' ist keine persönliche Aushändigung im sinne dieses Vorbehaltes. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichaushändigung zurückzusenden.*

"SCHWARZI CHATZ" MIAUT WIEDER REGELMÄSSIG

ZÜRICH 1. Okt.

Vor einem Jahr begann der Züricher Piratensender "Schwarzi Chatz" regelmäßig alle zwei Wochen seine Sendungen auszustrahlen. Die Betreiber dieses freien Senders verstehen sich als eine Art Dienstleistungsgewerbe für die Züricher Linke, die eine "Radio-Infrastruktur" für die Bewegung zur Verfügung stellt. Die technischen Einrichtungen machen es möglich, die Funküberwachung regelmäßig einen Abend lang erfolg- und ratlos durch Zürich tappen zu lassen – auf der Suche nach einem Phantomradio. Teils zufrieden, teils unzufrieden mit ihrer Arbeit legten die schwarzen Katzen eine längere Sendepause ein, die sie für intensive Diskussionen über die weitere Arbeit nutzten. Außer dem Beschluß, ab 30. September wieder regelmäßig auf UKW zu senden, ist noch ein Bericht an die linke Öffentlichkeit herausgekommen, der im Züricher "zeitdienst" veröffentlicht wurde, und den wir übernehmen:

"Seit Oktober 1978, also seit Radio 'Schwarzi Chatz' den regelmäßigen Betrieb aufnahm, hat der Sender zweimal die Funktion der Radio-Infrastruktur ausgeübt, beide Male mit recht gutem Erfolg. Die erste Gelegenheit boten im Frühling die Seethaler Festspiele, die militärische Machtdemonstration in Zürich. Der Widerstand gegen diese Armeeaktion vereinigte alle linken Gruppen und Schattierungen. Das Radio als schnellstes und aktuellstes Medium hat dabei gut und sinnvoll eingesetzt werden können. Ein vierstündiges Nachtprogramm verkürzte damals die Wartezeit bis zum Anrollen der Panzer. Dem Aufruf in der Sendung folgten gegen zweihundert Demonstranten, denen es, mindestens für einige Zeit, gelang, die rollenden Wahrzeichen der Militärs aufzuhalten. Die zweite Gelegenheit: eine Sendung für Strafgefangene in Regensdorf im Knast angekündigt und in der Nähe der Regensdorfer Mauern ausgestrahlt. Eine Sendung also, die auf Anregung einer Gruppierung realisiert wurde und auch außerhalb des normalen Sendegebiets für einen begrenzten Hörerkreis bestimmt war. Dies sind zwei Beispiele wie das Radio als Dinestleistung funktionieren kann. Daneben aber haben die Aufforderungen, Sendungen zu gestalten, Tonkassetten, herzustellen, kaum Erfolg gehabt. Radio 'Schwarzi Chatz' bot sich an als Sendegefäß für jedermann, als total demokratisches Medium, das sich alle Gruppierungen aneignen können . Bis jetzt wurde der zusätzliche Freiraum, den das Piratenradio bietet, schlecht ausgenutzt. Gleichzeitig aber bestand für die Macher, die Radioleute der schwarzen Katze, der Zwang, alle vierzehn Tage eine Sendung anzubieten, mindestens um die Präsenz zu bestätigen. Die halbstündige Sonntagabendemission wurde mit fremden Beiträgen abgefüllt, mit halbaktuellen Informationen und Ankündigungen, aufgelockert durch einige Gags und eigene kleine Programmteile.

Weg von der 'ambulanten Objektivität'

Radio 'Schwarzi Chatz' soll also ein eigenes Gesicht bekommen. Nicht mehr die Bekanntmachung fremder Ideen soll im Vordergrund stehen. Bisher haben sich die Radiomacher in der gewohnten journalistischen Art innerhalb der Linken als ambulante Objektivität ausgegeben. Für die Sendungen wurde zwar eine Auswahl der Beiträge getroffen aber nie gegen außen begründet. Bestimmt war die Auswahl eher durch die sozialen Kontakte, kaum durch eine klare Standortbestimmung. Das Radio gab sich offen gegen alle Seiten, ohne es aber zu sein.

Das Unbehagen, das sich jetzt nach einem Jahr manifestiert, ist also vor allem darauf zurückzuführen, daß die Radiomacher zu wenig Kontakt zu ihrem eigenen Programm hatten. Der technische Aufwand, das Bereitstellen der Sendeanlagen und Einrichten von Sendestandorten, führte zu einer Vernachlässigung der Sendeinhalte.

Die Idee der Dienstleistung ist gescheitert

Radio 'Schwarzi Chatz' ist nicht ein Einzelfall: verschiedene Leute in der linken Medienszene versuchen, Infrastrukturen anzubieten, und warten dann darauf, daß sie jemand braucht. Auch beim Radio übersteigen die eigenen Aktivitäten das Angebot von außen. Eine Reduktion dieser Aktivitäten wäre beim Radio recht einfach, vor allem weil der finanzielle Aufwand für die technischen Mittel gering ist. Soll die 'Schwarzi Chatz' also nur noch senden, wenn wirklich etwas Besonderes passiert? Die Radiogruppe ist gegen einen ausschließlich sporadischen Einsatz des neu erschlossenen Mediums. Für besondere Gelegenheiten soll das Radio seine Infrastruktur-Aufgabe behalten, im Sinne einer Bereitstellung. Daneben aber bestehen Ideen und Ansprü-

che, die regelmäßige Sendungen möglich machen. Sendungen mit einem eigenen Gesicht. Die Regelmäßigkeit muß bestehen bleiben, auch wenn sie für die Macher einen Zwang darstellt. Denn: Was nützt ein Radio, das auf Ankündigungen in anderen Medien angewiesen ist?

Wie soll das neue, eigene Gesicht aussehen?
Die Form von Radiobeiträgen ist durch das Medium bestimmt. Nich alles, was druckreif vorliegt, läßt sich für eine Sendung aufbereiten. Ein Gesicht bekommen Beiträge erst, wenn eigenes Engagement der Macher die Form bestimmt. Das Radio, das als Medium eine gewisse Spontaneität verlangt, ist geeignet, Betroffenheit hervorzurufen. Dies neben der Aufgabe, Informationen zu vermitteln. Beispiele für diese Art zu informieren, sind direkte Kontakte in den Sendungen, Interviews, Live-Mitschnitte an Konzerten und Veranstaltunen gehören dazu. Das eigene Gestalten von Sendungen heißt nun nicht, daß sich die Radiomacher gegen außen abschließen und ihre Kontakte zu den bisherigen Informanten abbrechen. Im Gegenteil, auf Tips, Anregungen und Informationen sind sie weiterhin angewiesen. Einiges über die Gedanken, welche sich die Radioleute zu ihrer Tätigkeit gemacht haben, wird auch in der ersten Sendung vom 30. September zu hören sein."



Gaskammer: technisch überholt

US–TODESSTRAFE: ENDLICH HUMAN

LONDON/TEXAS/OKLAHOMA Oktober 79 *Die Londoner Alternativzeitung „International Times" Nr. 10 brachte den folgenden Artikel:*

Wir haben in den letzten Tagen gehört, daß vor kurzer Zeit in Texas und Oklahoma Gesetze durchgebracht wurden, die die Hinrichtung von verurteilten Gefangenen durch Überdosen von Barbituraten (eine Art Schlaftabletten) erlauben. Der oberste Amtsarzt von Oklahoma, Dr. J. Chapman, sagt:" Die vernünftigste Methode, jemanden mit Hilfe moderner Technologie hinzurichten, ist durch Drogen, und zwar intravenös eingegeben. Drogen sin nicht unmenschlich, sie sind dasselbe wie Betäubung."

Das funktioniert so: Zuerst wird der/die Verurteilte an einer Krankenhausliege human festgeschnallt, danach mit großer Rücksicht auf seine/ihre Bequemlichkeit zur Todeszelle gefahren, wo eine "medizinisch ausgebildete Person" (d.h. ein Arzt) eine dünne Röhre aus Plastik in eine Armvene einführt. Ohne daß der/die Verurteilte es.sieht, beginnen im angrenzenden Zimmer bestimmte Personen, die vom Direktor der "Korrigierungs-Abteilung" (Corrections-Division) ernannt werden, (d.h., die Henker) damit, eine Salzlösung durch die Röhre zu leiten und dann – sehr besorgt – eine Barbituratlösung einzuführen.

In Oklahoma hat der/die Veruteilte die Freiheit zu wählen, ob er/sie sitzend od. liegend stirbt. Tolle Sache, was?

"Humane" Hinrichtungen sind human nicht für das Opfer, sondern für die Henker und die Gesellschaft, die die Hinrichtungen gutheißt. Geschworenengerichte werden sich eher auf eine Todesstrafe einigen, wenn die brutale Abscheu vor der Hinrichtung durch "vernünftigen" Betrug der "modernen Technologie" verdeckt ist.

Dr. Chapman sagt:" Meine Philosophie ist, daß die Todesstrafe nicht nur als Strafe oder Vergeltung verabreicht wird, sondern ausdrücklich befürwortet werden sollte. Wir sagen dem/der Verurteilten:

Elektrischer Stuhl: technisch überholt

Es tut uns wirklich leid, daß Sie nicht nach unseren Regeln in unserer Gesellschaft existieren können. Sie müssen eliminiert werden.
Wir vernichten ihn/sie durch eine sehr vernünftige Methode."
Ich habe gerade über meine Schreibmaschine gekotzt.

Die Anschrift der „International Times": 97 A Talbot Road, London W 11, Großbritannien

Neapels Welt der Arbeit

23 STRASSENKEHRER VERHAFTET

In der Stadt, in der am meisten blaugemacht wird, sind genau aus diesem Grund 23 Strassenkehrer verhaftet worden. Neapels kommunistischer Bürgermeister Valenzi erklärte sofort: „Bestimmte Formen von Korporativismus (privilegierte Standesinteressen) verlangen nach staatlichen Schutzmaßnahmen. Es muß Schluß gemacht werden mit den Auflösungserscheinungen des Staates. „Mehr Staat und mehr Sauberkeit - da fühlt sich der Kommunist angesprochen".

Die 23 Straßenkehrer waren kurz nach Mitternacht nach Hause gegangen, anstatt bis 4 Uhr morgens zu putzen und den Dienstschluß abzuwarten. – Zwei andere Strassenkehrer werden verdächtigt, in selbiger Nacht einen Raubüberfall getätigt zu haben. Die beiden führen als Alibi ihre nächtliche Schichtarbeit mit dem Besen in der Hand an.

Neapels stellvertretender Staatsanwalt, der die 23 verhaften ließ, bezeichnete das Blaumachen der Straßenkehrer als „sozial gefährlich". Der Hintergrund: von Neapels

3000 Straßenkehrern arbeiten tatsächlich etwa 1200. Die anderen kommen nur zu Arbeitsbeginn, unterschreiben in der Anwesenheitsliste und gehen wieder. Die meisten von ihnen haben ihren Job über die Mafia bzw. die Christdemokratie bekommen. Darüber ärgert sich seit langem Neapels kommunistischer Bürgermeister.

Übrigens hatte es eine Woche lang nach seiner Wahl (1975) anders ausgesehen: Neapel war so sauber, wie schon ewig nicht mehr. Aber der Elan eines neuen Zeitalters - ein Kommunist im Bürgermeisteramt - währte nur eine Woche, dann sah Neapel wieder aus wie eh und je: dreckig. Und jetzt reagieren die Kommunisten also mit Verhaftungen gegen Straßenkehrer.

Am Morgen nach den Verhaftungen protestierten die Anverwandten der Straßenkehrer beim Stadtreinigungsamt. Eine Mutter, deren Sohn unter den Verhafteten ist, schreit einen Beamten an: „Mein Sohn ist immer früher von der Arbeit weggegangen, weil er von Besoffenen angepöbelt und ausgeraubt wurde. Er kann nicht jede Nacht sein Leben riskieren für sowenig Geld." Die 23 Straßenkehrer sollten in einem Stadt teil in der Nähe des Hafens saubermachen, der für seine hohe Kriminalität und als Umschlagsplatz der Mafia bekannt ist. Waffenhändler, Diebe, Prostituierte, Transvestiten sind dort zuhause. Wer soll es da einem armen Straßenkehrer verübeln, sich nicht bis in die frühen Morgenstunden auf der Strasse rumzutreiben?

Inzwischen fand ein Schnellprozeß gegen die 23 statt. Wegen Urkundenfälschung (Fälschung der Anwesenheitslisten) und Betrugs zu Lasten der Stadt Neapel wurden sie zu fünf Monaten Freiheitsstrafe (auf Bewährung) und 120 DM Schnellstrafe verurteilt. Zu dem Prozeß waren an die 300 Straßenkehrer-Kollegen erschienen; als das Urteil bekannt wurde, protestierten sie auf der Straße. Bei ihrem Zug durch die Innenstadt Neapels trafen sie auf eine Demonstration der organisierten Arbeitslosen, die in diesen Tagen wieder täglich durch Neapel ziehen.

Isolationshaft

ANZEIGE FÜR EINEN GEFANGENEN

Franca Rame, Dario Fo und Sergio Spazzali haben in Mailand Strafanzeige erstattet gegen den Polizeipräsidenten und den Gefängnisdirektor von Neapel, die zu verschiedenen Zeiten amtierenden Justizminister sowie alle weiteren verantwortlichen Personen.

Dario Fo ist auch bei uns in den letzten Jahren als Theatermacher bekannt geworden; seine Frau Franca Rame ist Hauptdarstellerin in vielen seiner Stücke; Sergio Spazzali, Rechtsanwalt, war Mailänder Vertreter des Internationalen Komitees zur Verteidigung politischer Gefangener in der BRD (IVK).

Mit ihrer Anzeige greifen die drei den bei uns unbekannten Fall des Italieners Alberto Buonoconto auf. Er sei ungesetzlich behandelt worden und habe während seiner Haft irreversiblen Schaden erlitten. Obgleich sein Zustand durch Ärzte, Verteidiger und Familienangehörige bezeigt worden sei, und obgleich Presse wie bekannte Parlamentarier, so KPI-Senator Terracini, auf den Gesundheitszustand Buonocontos hingewiesen hätten, habe der Minister den Gefangenen nicht freigelassen.

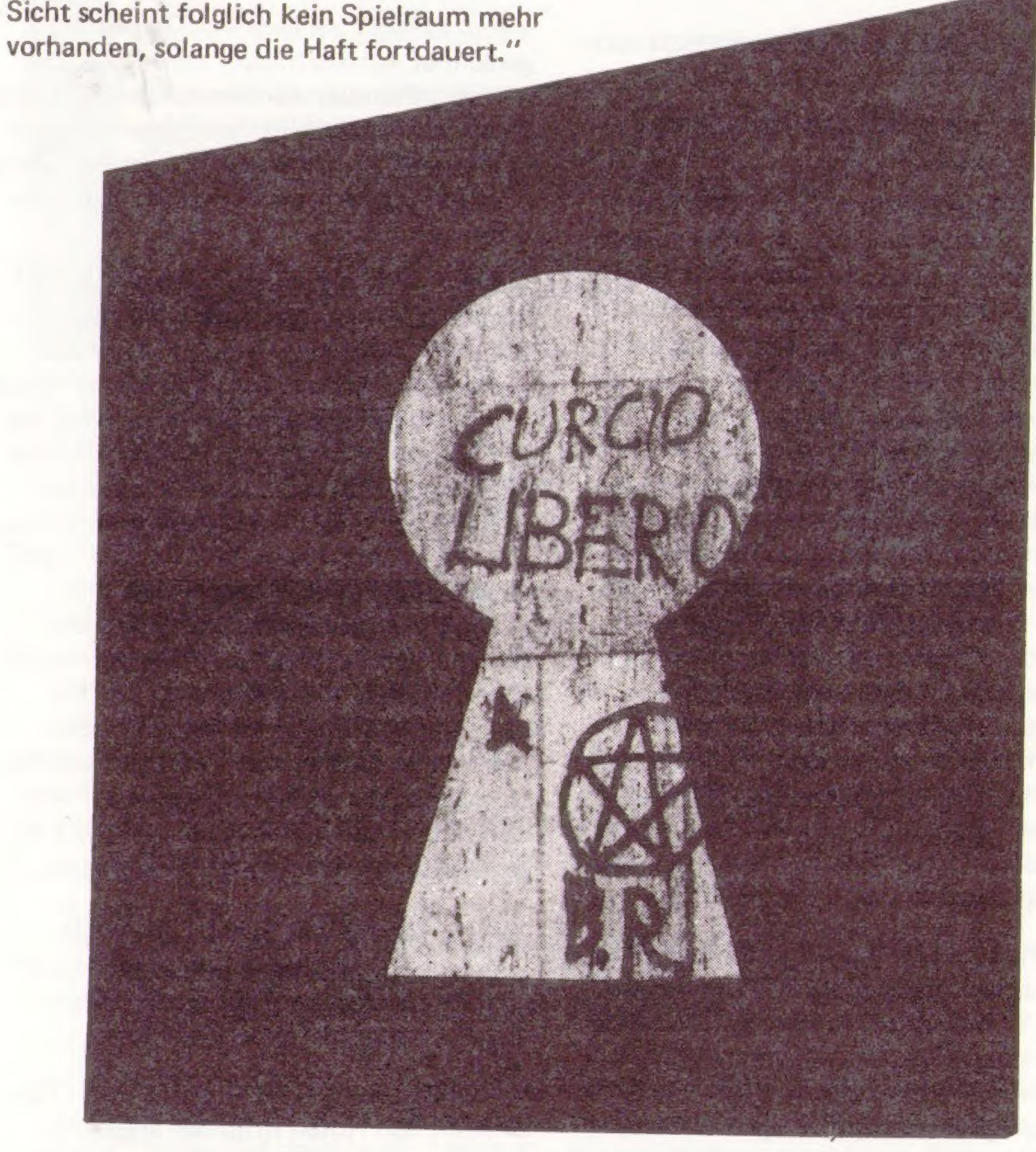
In einem Gutachten seines behandelnden Arztes, das auch vom Anstaltspsychiater vom Pisaner Gefängnis unterzeichnet ist, heißt es über ihn:

„Der Gefangene kam aus seiner Zelle und war von einem Mithäftling begleitet, welcher Buonoconto stützte und schleppte. Selbiger präsentierte sich in folgendem Zustand: Oberkörper im rechten Winkel nach vorne gebeugt; Kopf nach rechts hängend, die linke Hand in der Hosentasche; rechte Hand mit zusammengekrallten Fingern (...) unregelmäßige trippelnde Schritte; er murmelt unaufhörlich unverständlich vor sich hin...In Gegenwart des Schreibers äußert er keinerlei Anzeichen des Erkennens(...) Er ist nunmehr - nach jahrelanger Haft - in einem Stadium schweren körperlichen Verfalls, der mit Sicherheit in der Haft nicht mehr rückgängig gemacht werden kann. In therapeutischer Sicht scheint folglich kein Spielraum mehr vorhanden, solange die Haft fortdauert."

Alberto Buonoconto wurde am 10.10.1975 in Neapel wegen Zugehörigkeit zur NAP (Nuclei armati proletari — Guerillagruppe, die aus der italienischen Gefangenengewegung hervorgegangen ist), Überfall auf ein Waffengeschäft und Entführung verhaftet. Von der letzten Anklage wurde er im Berufungsprozeß freigesprochen. Bei einem ersten 10-stündigen Verhör wurde er blutig geprügelt; eine diesbezügliche Anzeige wurde eingestellt.

Im Prozeß wurde Buonoconto zu 15 Jahren verurteilt; die Strafe wurde im Berufungsprozeß auf 8 Jahre 2 Monate herabgesetzt. Seitdem war Buonoconto in den Gefängnissen von Neapel, Mailand, Salerno, Sulmona, Volterra, Viterbo, Neapel, in der Asinara (Insel bei Sardinien), Cuneo, Trani, Pisa - teilweise in Spezialtrakte und Isolationshaft. Eine Behandlung des schwer Erkrankten im klinischen Zentrum Neapel wurde abgelehnt. Im April dieses Jahres forderte die Gefängnisleitung von Trani wegen seines ernsten Zustands die Verlegung in ein Normalgefängnis, was ebenfalls abgelehnt wurde.

Neben der Anzeige fordern Dario Fo und Franca Rame die sofortige Freilassung von Alberto Buonoconto, ersatzweise vorzeitige Haftentlassung wegen Verbüßung der Strafhälfte, wie sie in der Vergangenheit sogar Rechtsradikalen gewährt wurde.



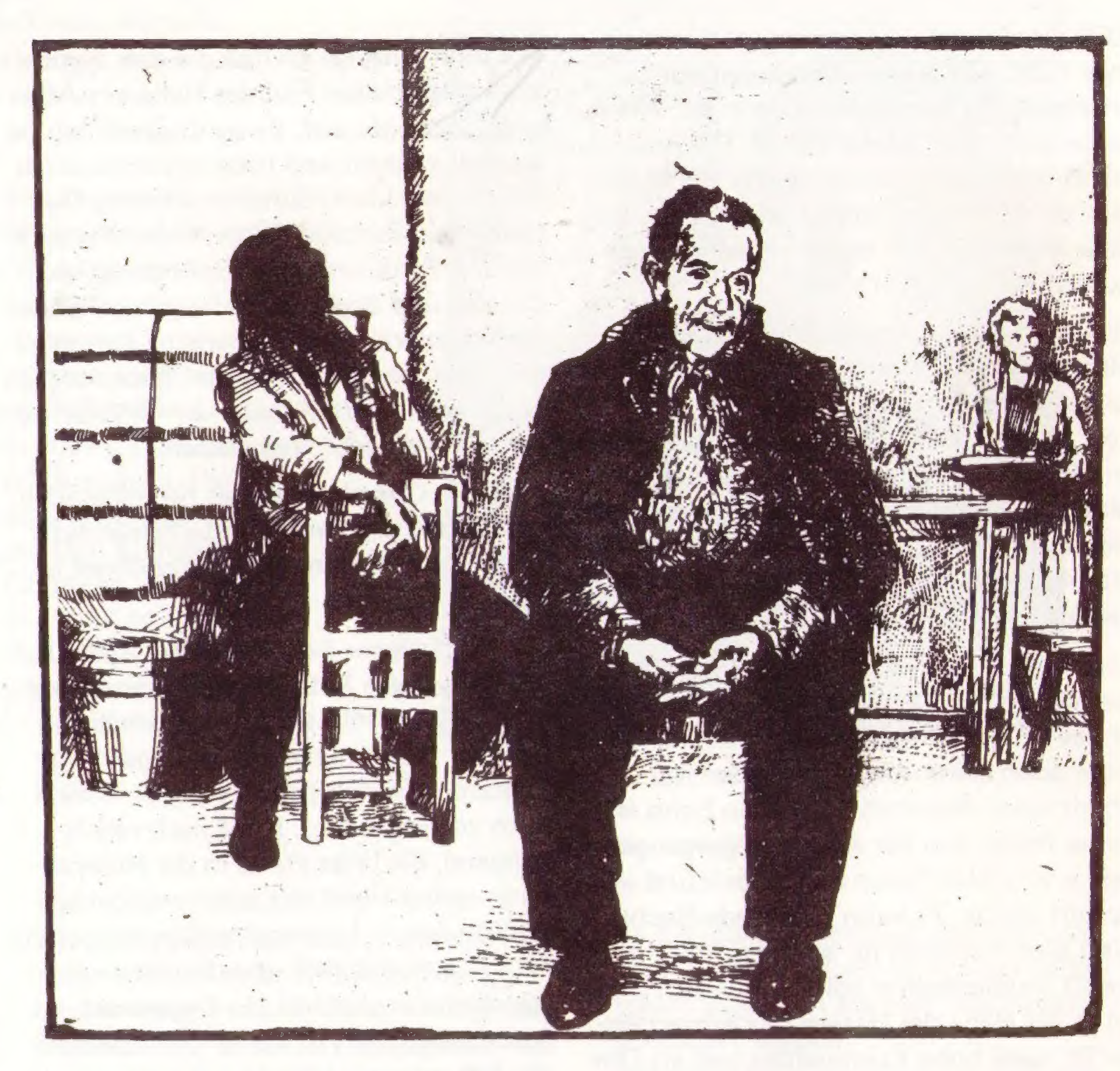
Freiheit für Curcio(Rote Brigaden)

KOMMUNISTISCHE PRESSEFREIHEIT

Der Direktor der KPI-Tageszeitung Unita, Alfredo Reichlin, meinte zu den finanziellen Nöten von Lotta Continua (Lotta Continua hatte zuvor von ihrer *letzten* Spendensammlung geredet):

„Die Frage, ob Lotta Continua überlebt, ist natürlich in erster Linie ein Problem der Freiheit. Wir Kommunisten haben uns immer für die Meinungs- und Pressefreiheit eingesetzt, auch dann, wenn es sich um unsere Gegner handelt. Umso mehr gilt das in einer Situation, in der von neuerlichen Pressekonzentrationen die Rede ist....Wir haben die Bewegung um Lotta Continua immer bekämpft - in den Fabriken und in den Schulen -, weil wir sie für eine zerstörerische Bewegung, einen Konfusionsfaktor innerhalb der Linken ansehen.... Aber wenn das gesagt ist, bleibe ich dabei, daß Lotta Continua ein Bezugspunkt für eine bestimmte soziale Schicht, vor allem von Jugendlichen darstellt, mit der wir Kommunisten in einen positiven Sinn die Rechnung machen müssen. Und das bedeutet vor allem, sich ins Gesicht zu sehen, um zu diskutieren, ja vielleicht auch zu streiten, aber um sich in die Augen zu sehen. Und auch aus diesem Grund, nicht nur aus formalen und prinzipiellen, wünsche ich mir, daß Lotta Continua am Leben bleibt."

Aus Lotta Continua vom 18.10.79



ALDO MORO IM VERHÖR

Franco Piperno aus Frankreich ausgewiesen

Gibt es noch politisches Asyl innerhalb Westeuropas?

Franco Piperno wurde letzte Woche aus Frankreich ausgewiesen, inzwischen befindet er sich in einem römischen Gefängnis. Piperno ist einer der bekanntesten Genossen der Autonomia. Bei der Verhaftungsaktion am 7. April (gegen Toni Negri u.a.) hatte die Polizei ihn nicht erwischt, Piperno war daraufhin untergetaucht. Aus dieser Situation heraus schlug er eine Amnestiekampagne für die politischen Gefangenen in Italien vor und arbeitete an der neuen Zeitschrift der Autonomia „Metropoli" mit; die meisten Mitarbeiter von „Metropoli" sind inzwischen im Knast. Später ging Piperno nach Paris, wo er - völlig legal - an einer privaten Sprachschule unterrichtete. Vor einigen Wochen wurde er von der französischen Polizei verhaftet, Italien forderte seine Ausweisung, Piperno politisches Asyl; dieses wurde nun - wie bei Croissant und und - abgelehnt.

Die französische Regierung zögerte nicht: die Ausweisung geschah 17 Stunden nach dem Richterspruch. In einem Kommunique führt sie die abstrusesten Argumente an, um die Ausweisung und vor allem die Schnelligkeit zu rechtfertigen. Es seien Informationen vorhanden, nach denen mit einem ernsten Versuch von Geiselnahme gerechnet werden müsse, deswegen habe schnell gehandelt werden müssen. Von den gesamten Anschuldigungen gegen Piperno mußten 44 (!) fallengelassen werden, übrig blieben lediglich zwei Vergehen gegen das öffentliche Recht.

1. Beschuldigung: Piperno habe angeblich zwei Dissidenten der Roten Brigaden Unterschlupf gewährt. Es spielt kaum eine Rolle, daß Piperno das leugnet. Und selbst wenn das der Fall gewesen wäre, wäre das immer noch kein Grund, ihm die Vorfälle anzuhängen, die die beiden Dissidenten betreffen, wie es die italienische Regierung tut. Die zweite Anschuldigung: die Veröffentlichung einer Zeichnung, die Moro sitzend in einem Raum darstellt: diese Zeichnung zeige deutlich, daß Piperno zur Zeit der Entführung Moros dessen Verschleppungsort gekannt haben müsse, hier werde deutlich das Gefängnis von Moro gezeigt. Wir veröffentlichen ein Faksimile dieser berühmten Zeichnung, die Absurdität der Behauptung springt ins Auge.

Die Zeichnung war in der Zeitschrift „Metropoli" erschienen; sie stammt nicht von Piperno sondern von zwei anderen, inzwischen verhafteten Genossen.

Schließlich werden als Ausweisgrund Kontakte zu den Roten Brigaden angeführt, wobei auch hier die Tatsachen verdreht werden, war es doch die Sozialistische Partei Italiens, die während der Moro-Entführung an Piperno herangetreten war, um Diskussionen mit den Entführern für die Freilassung Moros in Gang zu setzen.

Um die Beweisführung abzuschließen: es gehe lediglich um die Ermordung einer unschuldigen Person, um die Aufklärung des Mordes an Moro. Dieses Vergehen an sich habe keinen politischen Charakter, das Auslieferungsersuchen der italienischen Regierung verfolge also auch kein politisches Ziel; politisches Asyl sei abzulehnen, so die französische Regierung.

In Rom fand vor dem Gefängnis, in dem sich Franco Piperno mittlerweile befindet, eine - verbotene - Demonstration statt. Molotowcocktails contra Tränengaspatronen der Polizei, fünf Autos gingen in Flammen auf.

In der italienischen Presse wird die Ausweisung Pipernos ziemlich scharf kritisiert. Die liberale Repubblica:

„Die Absurdität und Ungerechtigkeit des Urteils Frankreichs sind offensichtlich". Metropoli, die verbotene Zeitschrift der Autonomia, spricht von einer „psychologischen Kriegsführung auf gesamteuropäischer Ebene". Sie bereitet für den 9. bis 11. November eine Versammlung zur Freilassung der Gefangenen vom 7. April (in Rom) vor.

INHALTSVERZEICHNIS

SCHÜLERPHANTASIEN

Die drei hier dokumentierten Schulaufsätze stammen von 13jährigen Schülern aus einer modernen Trabantenstadt in der Nähe Frankfurts. Vielleicht drücken sie die destruktive Seite des vieldiskutierten „Neuen Sozialsiationstyps" (NST) aus, der aus seiner Ichschwäche heraus nur noch zu Destruktion oder Selbstdestruktion fähig ist. Die vielen Selbstmorde in den neuen Satellitenstädten und andererseits die ins Faschistische gehenden Aggressionen und Zerstörungsaktionen an den Schulen sind wohl die Folge davon. Erschreckend, daß die Lust, Menschen zu zerstören, 40 Jahre nach Auschwitz wieder da ist.

Das war ein verrückter Sonntag! (1)

Das war ein verrückter Sonntag....und als ich merkte, daß es nur noch etwa 2000 m bis zum Aufprall sind, schloß ich die Augen und wartete, bis ich auf dem Beton aufschlagen würde. Plötzlich fand ich mich neben dem Doppelbett, aus dem ich aus der 2. Etage gefallen war. Obwohl ich mir 2 Rippen und den linken Arm gebrochen hatte, war ich froh, daß ich den Fall aus dem Flugzeug nur geträumt hatte. Als ich durch meine kaputten Brillengläser auf meinen selbstgebauten Wecker guckte, bekam ich fast einen Herzschlag. Nach intergalaktischer Zeit verfällt meine Million, die ich im Lotto gewonnen hatte, in einer Stunde. Als meine Mutter ins Zimmer kam und die Unordnung sah, bewarf sie mich mit ihren Kraftausdrücken: „Du vollidiotischer Krampfkanacke, räum' das sofort auf." Als mich die Wut packte, schlug ich ihr meinen Rollstuhl ins Gesicht und schrie: „Ihr glaubt wohl, ich bin blöd, hä, bin ich aber nicht." „Werd' bloß nicht frech, sonst prügel' ich dich rückwärts in deinen Rollstuhl", sagte meine Mutter. Da bekam ich einen Wutanfall und schlug sie mit einem furchterregenden Schrei zusammen. Also, ich konnte diesen blutigen Fleischhaufen nicht mehr als Mensch bezeichnen. Als ich merkte, daß wir uns bis ends geprügelt hatten, war auch die Million verfallen. Als ich das merkte, machte ich meinen heutigen Traum wahr.

Das war ein verrückter Sonntag! (2)

Morgens stand ich um 5 Uhr auf. Meine Mutter brüllte mich an und sagte: „Los esse dein Brot, damit du ein paar Rentner erwischst." Meine Mutter sagte: „Hier hast du noch ein paar belegte Brote, Hamburger und Cola", - schließlich war ich den ganzen Tag unterwegs. Heute war der 1. April, und in der Zeitung steht, daß man für einen Rentner 2000 DM und eine Ehrenurkunde bekommt. Ich setzte mich in meinen Porsche Turbo und drückte auf die Tube. Ich sagte zu mir: „Thomas, bevor du einen Rentner umfährst, esse lieber ein paar Brote." Da kam ich am Altenheim mit 230 km vorbei. Da stand eine Gruppe Rentner, die auf zwei Busse warteten. Es waren mindestens 100 Stück. Ich fahre also mit 230 km in die Meute rein , keiner hat überlebt. Dann bin ich in ein Altenzeltlager reingefahren, es waren 400 Stück, ich habe sie eiskalt umgefahren. Es ging dem Abend zu. Als ich daheim ankam, sagte meine Mutter gleich zu mir: „Und, wieviel Rentner hast du erwischt? " Ich sagte: „500". Meine Mutter sagte: „Gut, morgen machst du weiter."

Das war ein verrückter Sonntag! (3)

Am Morgen weckte mich meine Mutter und sagte: „Karl-Egon, aufstehn!" - „Was? So früh schon? " Ich stand auf und ging in die Küche, um zu frühstücken. „Igitt, das schmeckt ja nach Nonnenpisse". Meine Mutter stand auf und knallte mir eine. Das konnte ich mir nicht gefallen lassen. Ich zog meinen Trommelrevolver aus der Tasche und drückte ab. Leider erwischte ich nur ihr linkes Ohrläppchen. Aber ich blieb cool und schoß nochmals. Sie brach zusammen und blieb auf dem Boden reglos liegen. Da lag sie jetzt blutüberströmt mit Löchern im Kopf und weit aufgerissenen Augen. Plötzlich kam mein Vater in die Küche und blieb erschreckt stehen. „Was ist denn mit deiner Mutter los? " – „Ich glaube, ihr geht es nicht gut Papa". Wenig später fuhren wir mit dem Wagen in den Wald, um sie in einem Ameisenhaufen zu verstecken. Nach dem Mittagessen fiel mein Vater auf einmal um. Irgendwie scheint ihm das Arsen nicht bekommen zu sein. Dann spielte ich mit meinem Freund eine Partie Totenkopfkegeln. Am Abend ging ich ins Bett und träumte wunderbar von Totenköpfen und....(unlesbar)........

In der Schulklasse, in der das Aufsatzthema „Ein verrückter Sonntag" gestellt wurde, waren die drei hier abgedruckten Aufsätze die einzigen, in denen eine derartige Brutalität sich ausdrückte. Sie wurden nicht benotet.

DELMENHORST – ROCK GEGEN RECHTS

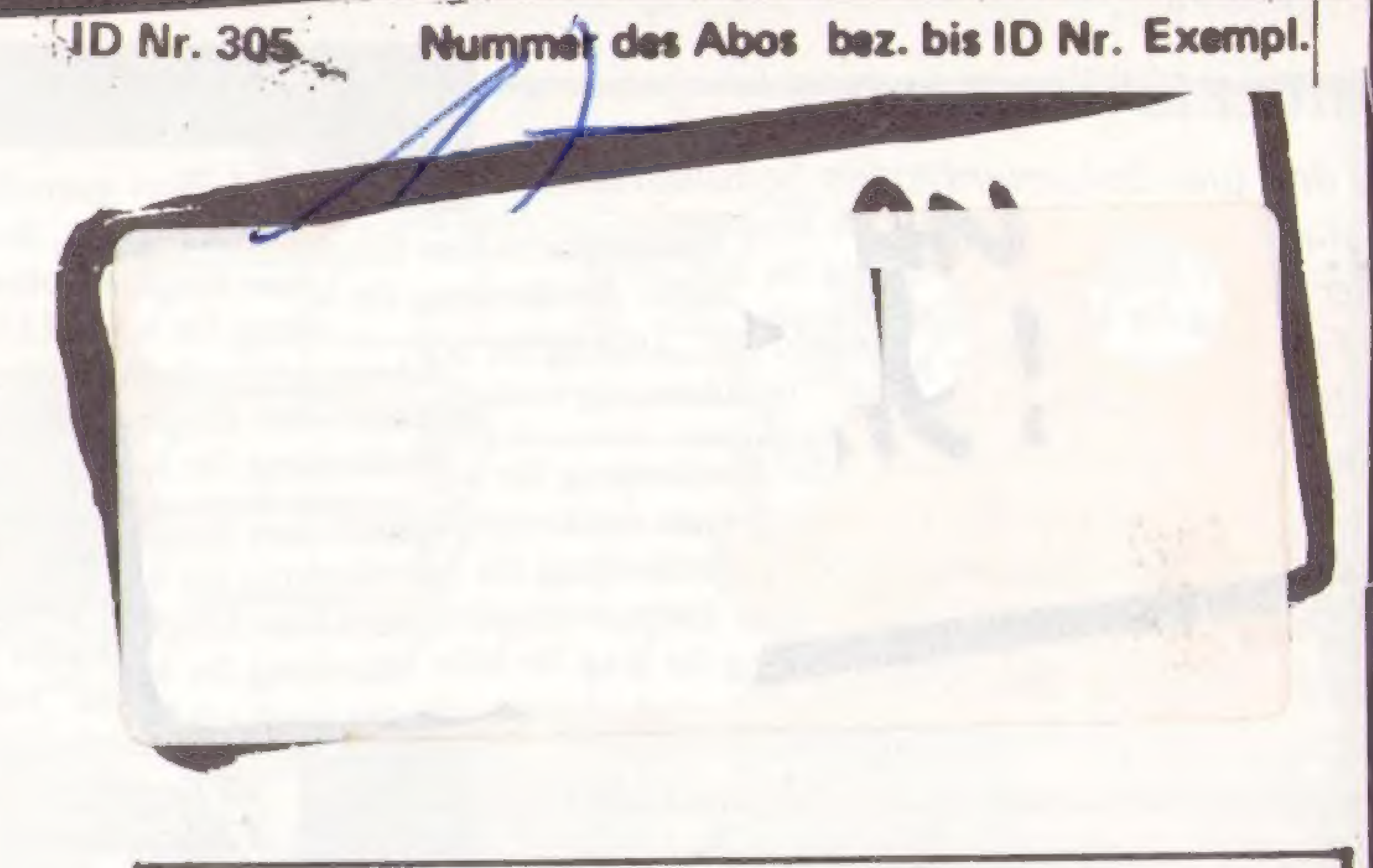
Samstag, den 27. Oktober findet in Delmenhorst in den DLW-Festsälen ein „Rock gegen Rechts" - Festival mit den Gruppen Alcatraz, Achterbahn, Embryo, Rübezahl, RockRolladen und den Straßenjungs statt. Beginn ist 14:30 Uhr, Ende 24 Uhr. Die Gruppen spielen mit Gage, soviel die Veranstalter zahlen können.

Kontakt: P. Beran, Ziethenweg 9b, 2870 Delmenhorst

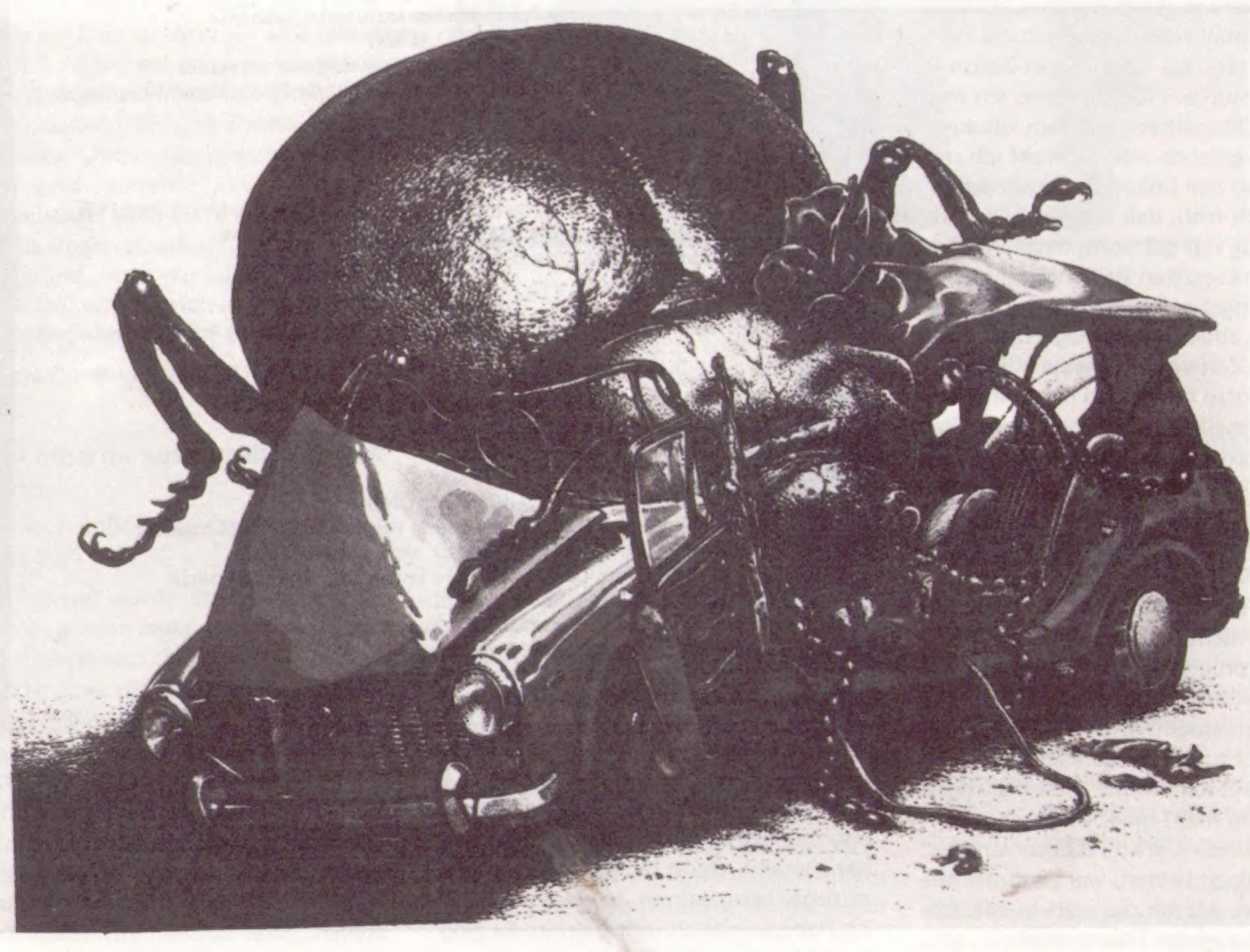
Postvertriebsstück
Gebühr bezahlt
D 1870 CX
Informationsdienst
Postfach 900 343
6000 Frankfurt 90

CHA OS CHA CHA CHA

ID Nr. 305 Nummer des Abos bez. bis ID Nr. Exempl.



HERAUSGEBER:
Frankfurter Informationsdienst e.V.
Hamburger Allee 45, 6000 Frankfurt 90, Tel.:0611/704352
Verantwortlicher Redakteur: Johannes Beck



Bremen „Indianer und wir"

Die Bremer Gruppe der Gesellschaft für bedrohte Völker hat einen Fotokalender 1980 zum Thema „Indianer und wir" herausgegeben. Der Kalender im Format DIN A3 umfaßt 25 Seiten, kostet 7 DM und ist zu beziehen über:

Verlag Roter Funke, Klaus Mecking, Feldstr. 13, 2800 Bremen

Initiative „SPANDAUER SCHÜLER GEGEN RECHTS"

Berlin
11. Oktober

SSGR ist eine antifaschistische Schülerinitiative, die sich im Bezirk Spandau in Westberlin gegründet hat. SSGR versteht sich als „Rock gegen Rechts"-Basisgruppe der Schüler; unsere Hauptaufgabe ist aber die Informations- und Aufklärungsarbeit.

In Spandau hat die faschistische Wiking Jugend in letzter Zeit durch mehrere Aktionen auf sich aufmerksam gemacht. Sie bedrohten einen selbstverwalteten Schülerladen und schlugen den Laden der FDJW-Spandau ein. Unter den Lehrern befinden sich viele, die den Hitlerfaschismus verharmlosen. Und überall kann man die Parole „Türken raus" lesen.

Was können wir dagegen tun?
Wir wollen über das Auftreten von Neonazis und anderen rechten Kräften und deren Organisationen berichten.
Wir wollen über antifaschistische Aktionen berichten und Tips geben, wie man solche z.B. auch in der Schule selbst durchführen kann Und wir wollen Musik- und Filmveranstaltungen organisieren, denn schließlich soll auch Spaß dabei sein.

SSGR Kontaktadresse: Andreas Krüger, Weinmeisterhornweg 137, 1000 Berlin 20, Tel. (030) 361 98 86